INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts
3 DM

2,50 DM

20 ACKLAM RD W10
968 6686
968 6730
PROSTON CARS

Nr. 246

24. Juni 1993

Inhalte

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordner

Erklärung zum Volxsport von S.8
Anmerkunger zur Studidemo vom 16.Juni
Der rev. Funke
Antisemitismusvorwurf an BP
Stadtplan Augsburg
Gefangenenkolltktiv der CCC
Anarchy in London
D.Schneider über M.Aberle
Projekt Total tote Dose
Komitee gegen imperial. Krieg
ExJugoslawien-Demo HH
Antifa-Infos
Anti-EG-Demo in Bern (letzte Woche)
Demo gegen Roma-Deportation in BO
pol.Karikaturen von Shahar (Ausstellung)
U.K.Squatters under Attack.
Fairer Handel mit Bananen?

DIE ZEIT DER UNSCHULD MUSS VORBEI SEIN!

Es begann mit einem K3llerbrand nachts um 2.3o Uhr.
und endete mit einer toten Frau und einem toten Kind.

Beide sind unsere Nachbarn gewesen in einem Haus mit typischer "Kreuzberger Mischung" - wir fühlen uns damit wohl. Wir haben uns auch gefreut, als im April ein kurdisches Restaurant eröffnete, dessen Gesellschaftsräume und Küche im Seitenflügel sind.

Es begann mit einem Kellärbrand? N e i n , so harmlos können wir den Brand nicht mehr umschreiben. Es war ein Brandanschlag und wir behaupten, daß der Brand mit rassistisch-faschistischem Hintergrund an diesem Ort gelegt wurde.

Angela und Dario sind nicht Opfer tragischer Umstände. Die, die den Brand gelegt haben, haben Tote mit einkalkuliert.

Angela und Dario sind ermordet worden.

Rassistische Sprüche, faschistische Schmierereien gehören in unserem Hinterhof zum Alltag.
Wir sind es so schrecklich gewohnt gewesen; wir haben gedacht, in Kreuzberg leben wir doch sicher, hier funktioniert das Schlagwort von der multikulturellen Gemeinschaft.

Aber wir mußten erst diese Nacht erleben, um zu begreifen, daß die Zeit der Unschuld vorbei sein muß.
Wir mußten die Bedrohung dieser Nacht erst selbst erleben, wir müsser erst um zwei Menschen trauern, um eine Realität zuzulassen:

Rassisten und Faschisten setzen auf Kolaboration:
Deutsche die darauf bestehen - so wie wir - daß sei in einer Gemeinschaft mit Frauen und Männer Aller Nationalitäten und Hautfarben leben wollen, sollen mit Gewalt dazu gezwungen werden, sich von eben diesen Menschen zu distanzieren.
Rassisten und Faschisten sagen uns: Wenn ihr eure Häuser nicht sauber haltet, dann erledigen wir das für euch. Wenn ihr dabei draufgeht, dann seid ihr selbst schuld.

DAS ist die neue Realität, die bei allen anderen Brandanschlägen der letzten Tage in Kreuzberg verkannt wurde.
Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus betrifft alle in dieser Stadt. Wir müssen ihn gemeinsam führen.

Der Schutz unserer Häuser ist unser Kampf als Hausgemeinschaft. Wir führen unserer Forderungen als Beispiel für alle Hausgemeinschaften an.
Wir lassen uns von Hausverwaltung, Behörden etc. nicht länger hinhalten, wenn wir die Zustände in unseren Häusern und Höfen bemängeln.

W i r f o r d e r n

- den Einbau von stabilen, metalleren Haustüren, die auch tagsüber verschlossen sind
- die Bereitstellung von Feuerschutzgeräten Feuerlöscher, Brandschutzdecken, Rettungshauben
- Einbau einer Brandschutzdecke im Keller

- Einbau von Rauch- und Feuermeldern im gesamten Wohnbereich Blücherstraße 31 und 31a

- Einstellung einer Vollzeit-Hausmeisterkraft

- Abschluß des Hofes durch sichere Tore zwischen 22.oo und 7.oo Uhr, Wochenende ganztägig

- Verpflichtung der Firma Teppich Domäne zur täglichen Hofreinigung, um brennbares Material sofort zu beseitigen

- Überprüfung der Schornsteine auf undichte Stellen

- Sicherung der Keller und Dachböden und Ausbau zu Fluchtwegen

- Aufforderung der Firma Teppich-Domäne, ihren Sicherheitsdienst anzuweisen, Kontrollen nicht nur von der Straße aus vorzunehmen

A K T U E L L E   F O R D E R U N G E N

- Bereitstellung von Ersatzwohnraum

- Umweltmessung in den Wohnungen (Dioxin)

- Renovierung sämtlicher Wohnungen nach Umweltgutachten

- sofortige Installation von Notstromversorgung und Notanschluß an das Telephonnetz

- Verzicht auf Mietforderung bis zur Wiederherstellung ab Brandtag

- Öffentliche Klärung des Feuerwehreinsatzes

ViSdP: für die Mietergemeinschaft
Blücherstrasse 31 a

KEINEN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!!!

Wir haben in der Nacht zum 18.6. dem Jugendclub in der Welsestr., Hohenschönhausen, einen Besuch abgestattet und einen halben Liter Buttersäure zurückgelassen.
An der Tür haben wir folgendes Plakat angebracht:

"Uns Stinkts!
In diesem Jugendclub treffen sich Nazis.
Deshalb haben wir euch eure Freitagsdisco mit Buttersäure vermiest.
Wenn ihr in Zukunft in Ruhe feiern wollt, schmeißt die Nazis raus.
Ansonsten: Wir kommen wieder.
Autonome Antifas"

Der Jugendclub in der Welsestr. ist kein reiner Faschistentreffpunkt. Aber hier können sich auch Nazis treffen, staatlicherseits ungestört Propaganda betreiben und Überfälle auf MigrantInnen und Linke organisieren.

Mit unserer Aktion wollen wir mit dazu beitragen, daß auch in einem Bezirk wie Hohenschönhausen die Nazis sich nicht ungestört fühlen können.
Außerdem soll sie die Menschen unterstützen, die dort unter ziemlich schlechten Bedingungen antifaschistische Politik machen.

Keinen Fussbreit den Faschisten!

Wir kommen wieder!

Aufruf zu den Aktionstagen gegen den Bundesparteitag der Republikaner vom 25.06. bis 27.06.93 in Augsburg

Salü-Salo,

Hier noch schnell ein paar Informationen zur Situation in der Stadt und dem Bundesparteitag der Republikaner.

Da die Reps, die Bullen und die Stadt in einträchtiger Zusammenarbeit bis zum 26.5. (Tag X) dichtgehalten haben, blieb uns sehr wenig Zeit, auf die Situation zu reagieren. Zudem haben wir durch interne Schwierigkeiten (Umzug, Streitigkeiten, Auflösungserscheinungen u.ä.) zur Zeit nicht gerade eine arbeitsfähige Struktur.
Trotzdem haben wir es noch geschafft, daß es eine Bündnisdemo zur Halle, einen gemeinsamen Treffpunkt bzw. Anlaufstelle für das Wochenende sowie einen EA geben wird. Zudem haben wir ein Info-Telefon eingerichtet, das Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag jeweils von 19-21 Uhr besetzt sein wird unter

0821 / 312415

könnt Ihr die vorletzten/letzten Neuigkeiten erfahren.
Pennplätze können wir nur begrenzt organisieren, wenn Freitag abend bereits genügend Leute in der Stadt sind, können wir versuchen, ein Städteplenum auf die Reihe zu kriegen, in jedem Falle sollte Samstag früh eines zustande kommen. Meldet Euch bitte diesbezüglich.

Zur Situation am Veranstaltungsort, der Schwabenhalle:

- Die Halle steht ziemlich allein auf weiter Flur, direkt vor der Halle gibt es einen großen Parkplatz, dieser ist allerdings von den Reps schlauerweise mitgemietet. Es wird trotzdem versucht, daß die Demonstrations-Kundgebungen dort stattfinden können.
- Wenn dies nicht gelingt, wird ein Parkplatz auf der anderen Seite der 4-spurigen Friedrich-Ebert-Straße Kundgebungsort.
- Für FrühaufsteherInnen sind das gesamte Wochenende über durchgehend (auch nachts) Mahnwachen an der Zufahrtsstraße zur Halle angemeldet, es ist also möglich, die Reps bei Eintreffen zu "begrüßen". Auf das immense Bullenaufgebot brauchen wir wohl nicht genauer hinzuweisen.
- Wir halten es für sinnvoll, daß wir uns auf der mittäglichen Demonstration zur und später auch vor der Schwabenhalle gemeinsam verhalten und versuchen, zusammenzubleiben, um es unseren grünen Freunden nicht zu einfach zu machen.
- Öffentliche Verkehrsmittel zur Schwabenhalle sind: Buslinie 44 und Straßenlinie 4 Richtung Haunstetten/Universität. Im übrigen ist der Verkehrsknotenpunkt, von dem aus alle Straßenbahn- und Buslinien abfahren, der Königsplatz.
- Angemeldete Aktionen könnt Ihr dem beiliegenden Flugi entnehmen, alles weitere kommt auf uns an.

Schon tausendmal gesagt: All the way no drugs, no Alk; Anna und Arthur halten's Maul; der EA ist kein Infotelefon; Alkis, Sexisten und RassistInnen sollen aus der Demo rausgeworfen werden.

Es wird EA-Zettel auf deutsch und hoffentlich türkisch geben, wir versuchen, noch ein Info-Flugi für Demo-TeilnehmerInnen mit allen wichtigen (Treff-)Punkten und Telefonnummern zu machen.

Bei den Demonstrationen nach Solingen sind auch bei uns in Augsburg türkische FaschistInnen (Graue Wölfe) gehäuft aufgetreten (mindestens 50). Obwohl wir nicht mit ihrem Erscheinen rechnen, wollen wir und unsere türkischen GenossInnen sie im Fall ihres Auftretens nicht dulden.

Kein Fußbreit den FaschistInnen - in Augsburg und anderswo !

Mit antifaschistischen Grüßen

Die gestreßten AugsburgerInnen

■ Frankreich/Skins

Anschlag auf Laden

Paris (AFP) – In einem als Treffpunkt von Skinheads bekannten Geschäft in Paris hat sich in der Nacht zum Montag eine Explosion ereignet. Nach Angaben der Polizei handelt es sich offenbar um einen Anschlag. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Das Abstimmungsverhalten der Bürger hat sich geändert.

Samstag, 26.06.93:

9.30 Uhr	Auftaktkundgebung vor der Schwabenhalle für einen
10.15 Uhr	Demonstrationszug in die Innenstadt unter dem Motto: "Eine Stadt wehrt sich gegen Fremdenhaß und Rassismus" mit
11.30 Uhr	Kundgebung am Rathausplatz (Veranstalter: DGB)
12.30 Uhr	Demo der Antifaschistischen Initiative Augsburg (AIA) vom Rathausplatz zur Schwabenhalle
14.00 Uhr	Abschlußkundgebung der AIA vor der Schwabenhalle
21.30 Uhr	Lichterkette an der Schwabenhalle

Nachtrag zur nicht stattgefundenden Tagung der Denkfabrik am 1/2. Mai in Berlin und einem Schweizer-Touristen

Die Berliner Morgenpost meldete am 3.5., daß dem "Tourist Jean-Jacques H. aus der Schweiz" im Berliner Grunewald "auf den Kopf geschlagen" wurde.

Die Ausgabe der "DESG-inform 5/93" beschreibt den Vorgang folgendermaßen: "Kurz vor Beginn (der Tagung der Denkfabrik) versperrten Angehörige 'Unabhängiger antifaschistischer Gruppen' die Zugänge zum Tagungslokal und verweigerten mit Brachialgewalt einigen Besuchern den Zutritt. Ein Seminarteilnehmer aus der Schweiz mußte blutüberströmt mit Kopf- und Handverletzungungen ins Krankenhaus gebracht werden, zusätzlich war er auch noch beraubt worden. Da der Wirt des Tagungslokals Angst um sein Etablissement hatte, konnte das Seminar nicht stattfinden."

Bei dem Touristen/Seminarteilnehmer aus der Schweiz handelt es sich um Jean-Jacques Hegg, einen langjährigen Funktionär der "Nationalen Aktion für Volk und Heimat" (NA). Laut einem Gerichtsbeschluß kann öffentlich behauptet werden, daß die NA einen "nazihaften Rassismus" vertritt. Sie wurde 1961 gegründet. 1970 initiiert die NA eine Volksabstimmung über die Ausweisung aller ausländischen Menschen, die mit 46% nur knapp eine Mehrheit verfehlte. Von der NA ist der Begriff "Asylantenflut" geprägt worden. Mitte der 80er Jahre verliert die NA an Bedeutung. Dies vor allem ab 1985, als die bürgerlichen Parteien die rassistischen NA-Postulate übernahmen. In den Anfangsjahren der Republikaner war gerade von Schönhuber die Schweiz als rassistisches Musterländle hochgehalten worden.

Hegg war Chefredakteur des Parteiorgans der NA "Volk und Heimat" und auch für die NA in den Nationalrat gewählt worden. Einer seiner Artikel wurde in der in Österreich mehrfach beschlagnahmten Nazi-Zeitschrift "Sieg" nachgedruckt. Unter der Überschrift "Alle germanischen Völker bedroht" beklagt er den schwindenden "germanischen Blutanteil".

Desweiteren übernahm er regelmäßig Artikel aus der bundesrepublikanischen Nazi-Presse. So z. B. einen Artikel aus der Zeitschrift "Neue Anthropologie", des Nazi-Staranwaltes Rieger, in dem die Verfolgung von Juden ("diese bewußt und religionsgebundene Züchtung einer Menschengruppe") gerechtfertigt wird: "Ihre Fähigkeiten und Erfolge haben immer wieder den Neid ihrer Wirtvölker hervorgerufen und sie selbst ihre Gaben missbrauchen lassen. Daraus erklären sich die wiederholten Verfolgungen und Vertreibungen."

Ein besonderes Verhältnis hat Hegg zu der Nazi-Zeitung "Nation Europa", von der er Artikel abdruckte, aber dort auch selber veröffentlichte bzw. sogar Vorträge von ihm abgedruckt wurden. So eine Hetzrede, die er 1979 auf einer Südafrika-Tagung hielt: Unter der Überschrift "vernünftige Bevölkerungspolitik" empfiehlt er, schwarze Babys verrecken zu lassen, wenn deren Eltern nicht zur Geburtenregelung bereit seien, denn es müsse "das Überleben einer genügend großen 'weißen', europäischstämmigen, europiden Elite gesichert werden".

Ende der 80er Jahr gerät die NA aufgrund zahlreicher Enthüllungen über die Durchsetzung bzw. die Zusammenarbeit mit sich bekennenden Nationalsozialisten in der Öffentlichkeit unter Druck. Nach verschiedenen Abspaltungen, u. a. 1986/87 der heute wieder aufgelösten "Ökologischen Freiheitlichen Partei", erfolgte dann die Umbenennung in "Schweizer Demokraten". Der damit verbundene gemäßigtere Weg wollten Faschisten wie Hegg nicht mitmachen. In einer Stellungnahme von ihm heißt es: "Die derzeitige Parteilinie der Leute, die zum Namen 'Schweizer Demokraten' drängen, schenkt dem Überfremdungsproblem der Schweiz und der damit einhergehenden Umweltzerstörung viel zu wenig Aufmerksamkeit".

Hegg versuchte am 1.Mai vergeblich an der Tagung der Denkfabrik teilzunehmen. Interessant sind die Orte, an denen er sich in der Woche zuvor aufgehalten hatte:

24.4. Zum Lämmle, Würzburg
25.4. Brüner Baum, Würzburg
26.4. Hotel Goldene Traube, Coburg
26.4. Gildehaus Erfurt
26.4. Ratskeller, Jena
27.4. Hotel am Ring, Erfurt
28.4. Bella Donna, Dresden
29.4. Restaurant Barockschloß, Moritzburg, Dresden

und seine internationale Reisetätigkeit:

1988
11.06.: GB-Heathrow; 11.06.: Kanada; 21.06.: Alaska Poker Creek; 23.06.: Kanada; 26.06.: Alaska; 29.06.: Kanada; 20.10.: Visum USA aus Zürich; 27.10.: USA Chicago

1989
15.04.: USA Chicago; 10.09.: Venezuela Aeroporto S. Bolivar; 12.09.: Venezuela; 15.09.: USA; 19.09.: Venezuela; 29.09.: Venezuela ASB

1990
30.05.: Visum Tschechoslovakei;
30.11.: Dubrovnik;
06.12.: DDR Drewitz

1991
09.12. DDR

1992
10.02. Argentinien;
22.08. GB Dover;
04.10. USA

1993
23.03 Kanada



K L E I N E S　　　B U R S C H E N S P E C I A L

DER SCHMIß GEHT SO TIEF, DAß VOM GEHIRN NICHT MEHR VIEL ÜBRIG SEIEN KANN !

Die Burschenschaft "Cartellverband katholisch deutscher Studentenvereinigungen" (CV) hat am Samstag-Abend (19.6.) einen großen Ball im Palais am Funkturm veranstaltet. Wir waren auch da und wollten mitfeiern - aber auf unsere Art und Weise ! Nachdem sich die fettbäuchigen und in voller Montur auftretenden Burschen bzw. alten Herren mit ihren ausstaffierten Damen im Saal verkrochen hatten und dabei allzu selbstsicher aufgetreten waren, wollten wir ihnen die scheinbar guten Eindrücke von Berlin ein wenig zunichte machen. Dummerweise gelang uns das nicht im geplanten Ausmaß, da Sekunden vor Beginn unserer Aktion der Ball auf einmal zu Ende war. So konnten wir uns bei einem etwas hektischen Rückzug anstelle von mehreren Wagen nur noch eine westdeutsche Burschenkarre (mit CV-Aufkleber) auf dem Mittelstreifen vornehmen:
WIR HABEN DAS AUTO ENTGLAST UND DANACH PISSE AUF DIE RÜCKBANK GESCHÜTTET !
Später wurden noch vereinzelte Burschen von uns mit Eiern geschmückt.

Wegen der gemeinsamen ideologischen Fundierung von Konservatismus und Faschismus in der Theorie (natürlicher) sozialer Ungleichheit, verwischen die Grenzlinien zwischen bürgerlichem rechten Rand und offen agierenden Neonazis immer mehr. Gerade in einer Zeit, wo in Solingen, Mölln, Rostock etc. dumm-dämliche Faschisten die Worthülsen der Brandstifter von Bonn bis Axel Springer Verlag mit Morden füllen, bleibt es eine wichtige Aufgabe, die geistigen Ziehväter der braunen Horden nicht ungestört zu Wort oder ins Stadtbild kommen zu lassen.
DAHER AUCH DIESE AKTION GEGEN DIE FARBENTRAGENDEN KORPORIERTEN:

Während vor allen Dingen die Deutsche Burschenschaft (DB) diesen rechtsextremen Bereich personell (mind.18 Burschenschaftler sind rechts von der CSU FÜHREND tätig), organisatorisch (es gibt Kooperationen mit NPD,REP,FAP sowie der Neuen Rechten in Form ihrer Zeitung Criticon) und ideologisch ("...die Ostgebiete,Österreich sind alles deutsche Länder") abdeckt, kümmert sich der hier in Berlin tagende Cartellverband Kathol. deutscher Studentenvereinigungen (CV) vorwiegend um die akademische Tradition der Burschenschaften. Doch das macht ihn nicht weniger gefährlich, da Leistungs- und Elitedenken, übler Chauvinismus und Rassismus auch bei ihm tragende Rollen spielen:

So sind Frauen, wie in allen anderen Burschenschaften, wenn überhaupt, nur als Abendbegleitung erwünscht. Man(n) versteht sich als exklusiver "Männerbund" und lehnt die "gleichmacherische, verweichlichte und verweiblichte Zivilisation" ab, was zumeist in einer Blut (Schmiß) und Eisen (Säbel) -Symbolik, die Männlichkeit beweisen soll, manifestiert wird. Das Weibliche, stellvertretend für eine auf Freiheit und Gleichheit gerichtete Weltzivilisation, wird erbittert bekämpft, während z.B. durch Lieder eine (zum Glück) längst vergangene Männlichkeit glorifiziert wird, in der die Frau noch nicht einmal als vollwertiger Mensch angesehen wurde.

Auch in der "Rassenfrage" bezog der CV 1927 eine vielsagende, weil bis heute nicht zurückgezogene Position: "Es ist nichts einzuwenden, wenn der CV sich rasserein erhalten, die eigene deutsche Rasse pflegen und keine Juden in seine Reihen aufnehmen will."(Academia/15.7.27) Bei dieser faschistischen Vergangenheit ist es kein Wunder, daß sich mit der Tuiskonia auch eine als rechtsextrem geltende Burschenschaft unter den Farben des CV tummelt.

All dies ist schlimm und Grund genug dagegen vorzugehen, doch wäre es noch erträglich, wenn es sich beim CV nur um eine kleine Sekte ohne Einfluß handeln würde. Doch den ist leider nicht so, denn der CV, der sich als "akademische Elite mit Auftrag zur konservativ-nationalen Meinungsbildung" versteht, hat großen Einfluß durch ungenierte Protektion erreicht ("Überlege, wenn Du selbst oder Deine Personalabteilung einen qualifizierten Mitarbeiter suchst, ob nicht auch ein Cartellbruder die gestellte Aufgabe übernehmen könnte" Academia 4/86). So sitzen im Bundestag alleine 30 CV-ler als Abgeordnete (6%), obwohl ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung gerade mal 33 000 also 0,04% beträgt ! Desweiteren sind die Chefs der westdeutschen Chemieindustrie, die führenden Funktionäre bei Hoesch, Holsten-Brauerei, Daimler Benz und IBM, die Aufsichtsratvorsitzenden der Großbanken sowie die Präsidenten der Spitzenverbände der deutschen Industrie größtenteils Korporierte!

MIT UNSERER AKTION WOLLEN WIR AUF DIESE ÖFFENTLICH UNBEACHTETE, KONSERVATIV-NATIONALISTISCHE BIS RECHTSEXTREME, UNGLAUBLICH EINFLUßREICHE KRAFT, DIE BURSCHENSCHAFTEN VERKÖRPERN, AUFMERKSAM MACHEN UND IHNEN WENIGSTENS ALS ANFANG DIE STRAßE, DEN ÖFFENTLICHEN RAUM STREITIG MACHEN ! WER HIER IN BERLIN OFFEN IN FARBEN HERUMRENNT, MUß SELBER DIE KONSEQUENZEN DAFÜR TRAGEN !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Ansonsten halten wir es mit Kurt Tucholsky: "VERBINDUNGSSTUDENTEN SIND EIN HAUFEN VON VERHETZTEN, IRREGELEITETEN, MÄßIG GEBILDETEN, VERSOFFENEN UND FARBENTRAGENDEN JUNGEN DEUTSCHEN, SIE SIND EIN SCHANDFLECK DER NATION !" ALSO WEG DAMIT!

P.S.:

Insgesamt gesehen, wäre an diesem Abend mehr möglich gewesen, da die Burschen überhaupt nicht mit sowas gerechnet haben. Sie sind teilweise vollständig in Farben gekleidet alleine mit der U-Bahn gekommen und wieder weggefahren ! Doch mit unseren wenigen Menschen konnten wir neben der Aktion nicht auch noch Burschen bis nach Hause verfolgen. Dafür aber haben wir eine ganze Reihe von Nummernschildern, um die sich vielleicht Leute bei Gelegenheit kümmern wollen. Es sind alles mit 100% Sicherheit Autos von Burschenschaftlern oder alten Herren:

B-CZ 1009	weißer Mazda	B-WW 165	silberner Rover
B-MP 328	roter BMW	B-CV 2021	weißer Audi
B-AV 6131	schwarzer Mercedes	B-CV 6142	roter Golf
B-ND 4930	schwarzer Mercedes	B-Z 2159	blauer Passat
B-Z 1757	weißer Peugeot	B-AH 4731	weißer Mercedes
B-AH 6421	blauer Ford	B-DH 9335	silberner Mercedes

Als Busunternehmen waren GRENZENLOS REISEN + PRIMA KLIMA für den CV unterwegs.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch auf eine weitere Burschenschaft hinweisen und zwar auf die "Juvenis Gothia". Diese erste Schülerverbindung Berlins hat in den letzten Monaten massiv an Zehlendorfer Gymnasien unter der Parole "deutsch, frei und stark" für sich geworben. Nach unseren Informationen war der Zuspruch von Seiten der Schüler annähernd null, aber dennoch stellt dieser Werbeversuch eine neue Dimension in den Bemühungen der Burschen dar, sich wieder an Schule und Uni zu etablieren. GEBEN WIR IHNEN DIE ANGEMESSENE ANTWORT: (im folgenden die Adressen der führenden Köpfe bei der Juvenis Gothia)

Philipp Michael Runge
Wilskistr. 105
1 Berlin 37
8 13 35 94

Robert Gerstenberger
Pardemannstr. 8
1 Berlin 39
8 05 31 41

Günther Handke
Am Fischtal 76c
1 Berlin 37
8 13 16 69

Harald Bensen
Hochkirchstr. 5
1 Berlin 62
7 84 85 52

Das Haus der Juvenis Gothia steht in der Königstr. 3; 1 Berlin 37; 8029081
(Achtung: in unmittelbarer Nähe ist eine Bullenwache)

Mit feurigen Grüßen Euer autonomer Nachwuchs

Diese Aktion ist ein Teil davon, ein kleiner Hoffnungsträger und richtet sich an all jene, welche auch eine freie, antirassistische, klassenlose und antipatriarchale, emanzipierte Gesellschaft erkämpfen wollen. Wir haben keine andere Wahl, als weiterzukämpfen, in Verbundenheit mit den 'Verdammten dieser Erde' wollen wir Teil sein für wirkliche solidarische Verständigung aller Völker weltweit, und für die Respektierung der Vielfältigkeit von Kulturen und Lebensweisen einstehen.

Darum: Wir haben vom Pfingstsonntag 30.5.93 auf Pfingstmontag einen Brand gelegt bei der BLICK-Druckerei in Adligenswil bei Luzern. Dies ist die zentrale Zeitungsdruckerei des Ringier-Konzern.

Funken der Freiheit

6-seitige Erklärung hierzu ist im Ordner

3.6.93. Trauerfeier in Kölner Moschee

In der Ehrenfelder Ditib-Moschee fand am Donnerstag die offizielle Trauerfeier für die fünf ermordeten TürkInnen aus Solingen statt. Neben den islamischen Geistlichen waren auch türkische Offizielle wie z.b. der türkische Regierungssprecher vertreten. Von deutscher Seite waren Seiters, Kinkel, Blüm, Rau, Klose, Süssmuth, Weizsäcker und einige andere PolitikerInnen anwesend. In die Moschee selber wurden nur geladene Gäste und ältere TürkInnen eingelassen. Für die anderen wurde das Ganze auf einer Großleinwand auf einem benachbarten Fußballplatz übertragen. Insgesamt waren etwas über 10.000 Menschen -zu 90% TürkInnen- zu der Trauerfeier gekommen.Vor dem Eingang der Moschee waren viele türkische Jugendliche mit Fahnen. Ständig wurden Parolen gegen Nazis, ebenso wie nationalistische "Die Türkei ist das größte", oder religiöse "Allah ist groß" gerufen. Als die deutschen PolitikerInnen ankamen, wurden diese mit einem gellenden Pfeifkonzert begrüßt. Seiters kam genau in dem Moment, wo die islamischen Geistlichen einen Trauergesang anstimmten und die Jugendlichen aufforderteten, sich niederzuknien. Dies taten die meisten auch, sprangen jedoch wieder auf und pfiffen Seiters aus, als dieser kam. Auch die Reden der deutschen Politiker wurden später von ihnen mit Pfiffen und Buh-Rufen begleitet. Die Reden der türkischen Offiziellen wurden ebenfalls teilweise mit Pfiffen bedacht. Die Polizei war die ganze Zeit mit einem Riesenaufgebot von 2000 Beamten vor Ort. Sie sperrten den Weg in die Innenstadt. Kurz bevor die PolitikerInnen, deren Sicherung eines ihrer größten Probleme war, rauskamen, zog ein Teil der Jugendlichen los. Nachdem es zu Rangeleien an der Straßensperre der Bullen gekommen war, zogen etwa 500 Jugendliche in die andere Richtung über die Venloer Straße (eine Geschäftsstraße) nach Ehrenfeld. Die Bullen, die den Abzug der PolitikerInnen schützten, ließen sich für etwa eine halbe Stunde nicht blicken. In dieser Zeit wurde ein großer Teil der Schaufensterscheiben in der Venloer Straße eingeworfen. Banken, Supermärkte, Sonnenstudios, Spielhallen und auch Kioske und kleine Läden, sowie ein griechischer Imbiß waren die Ziele. Parkende Autos wurden demoliert und teilweise Steine gegen ZuschauerInnen geschmissen. Nach einer halben Stunde kamen die Bullen und hatten die Lage unter Kontrolle. Auch danach kam es noch zu weiteren Demonstrationen in der Innenstadt und teilweise zu kleineren Auseinandersetzungen mit den Bullen. Mindestens in einem Fall zog dabei ein Zivi eine Knarre und bedrohte Teilnehmer der Demonstration. In der Presse war am nächsten Tag von rechtsgerichteten türkischen Jugendlichen die Rede. Die Zusammensetzung der Jugendlichen war jedoch eine sehr gemischte. Unter den 500, die die Scherbendemo auf der Venloer Straße machten, waren viele, die den Gruß der Grauen Wölfe machten und sehr viele mit türkischen Flaggen, die aber zum großen Teil Mitglieder der verschiedenen Kölner Gangs waren. Im hinteren Teil der Demo waren dann hauptsächlich Jugendliche von den Schulen, darunter auch einiger deutsche und einige türkische Mädchen/Frauen. Linke türkische/kurdische Gruppen waren bei der Demo und vor der Moschee kaum vertreten. Der TKP/ML wurde von einigen türkischen Jugendlichen das Mao-Transparent entrissen. Insgesamt gab es laut Polizeiangaben an diesem Tag 42 Festnahmen und etwa 500.000 Dm Sachschaden.

9.6.93: Veranstaltung der DEUTSCHEN LIGA in Köln

Für diesen Tag hatte die DL eine Großveranstaltung zum Auftakt des Kommunalwahlkampfes 1994 angekündigt. "Die größte Veranstaltung der Kölner Rechten der letzten Jahre" sollte es werden. Als Redner sollten neben den Kölnern ROUHS und BEISICHT, der Europaabgeordnete NEUBAUER, der Bremer Hans ALTERMANN und der Chefredakteur der DEUTSCHEN RUNDSCHAU und von NATION und EUROPA Karl RICHTER auftreten. Der Veranstaltungsort wurde geheimgehalten. Einen Tag vor der geplanten Veranstaltung wurde diese von der Polizei verboten. Zum einem wegen zu erwartender Auseinandersetzungen, zum anderen wegen zu erwartender "Volksverhetzung" seitens der DL.
Etwa 2500 Menschen versammelten sich in der Innenstadt um das Treffen zu verhindern. Da das Treffen auch vorm Verwaltungsgericht verboten blieb, wurde eine Kundgebung abgehalten und eine Demo durch die Innenstadt gemacht. Bei der Kundgebung war u.a. eine Gruppe von etwa 40 türkischen jugendlichen mit türkishen Fahnen anwesend. Ihnem wurde erklärt, daß die türkische Fahne als Symbol für den türkischen Staat auf der Demo und auch Kundgebung nicht getragen werden sollte. Es kam zu heftigen und langen Diskussionen. Unter diesen 40 Jugendlichen wurden ca. 4 organisierte graue Wölfe erkannt, die sich unter diesen durchsetzten. Da ein großer Teil der Jugendlichen dann auch noch den Gruß der Grauen Wölfe machte, wurden sie vom Kundgebungsplatz abgedrängt. Dabei kam es allerdings zu KEINEN Schlägereien.
Die Polizei war mit einem der größten Aufgebote in der Kölner Geschichte vertreten. Über 2000 Bullen waren im Einsatz. Der gesamte Kundgebungsplatz war von starken Polizeikräften umstellt. Schon vor Beginn der Kundgebung wurden zahlreiche Menschen festgenommen. Gruppen von mehr als 3 Türken wurden in der gesamten Innenstadt kontrolliert. Auch bei der Kundgebung wurden am Rande ständig DemonstrantInnen festgenommen. Dabei kam es auch zu einem kurzen Einsatz des SEK. Das SEK griff auch einige Zeit später die Demo an und holte 10-15 Leute raus. Angeblich wegen Vermummung. Ca. 50-60 türkische Jugendliche, die mehrere hundert Meter hinter der Demo gingen wurden von SEK und Bereitschaftspolizei eingekesselt und ziemlich brutal allesamt abgeführt und festgenommen. Ein Teil der Jugendlichen war identisch mit denen vom Kundgebungsplatz. Andere von Gangs waren dazugekommen. Die Demo verhielt sich zu dieser Situation nicht. Dies entstand aus einem unklaren Wissen darüber, um was für Jugendliche es sich da eigentlich handelte. Die Polizei behauptete hinterher unter den Jugendlichen viele erkannt zu haben, die ein paar Tage vorher die Venloer Straße entglast hatten. Insgesamt wurden an diesem Tag 132!! Personen festgenommen. 42 wurden wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetzes (Vermummung und gefährliche Gegenstände) und 90 wegen Gefahrenabwehr festgenommen. Die meisten Festgenommenen waren türkische Jugendliche. Am nächsten Tag stand in der Presse, daß es zu Auseinandersetzungben zwishen rechten und linken Türken gekommen sei. Damit wurde der massive Polizeieinsatz gerechtfertigt. Diese Auseinandersezungen haben NICHT stattgefunden. Es sei denn auf verbaler Ebene. Der Polizeieinsatz richtete sich direkt gegen die Kundgebung/Demonstration.
Die Veranstaltung der DEUTSCHEN LIGA in Köln hat nicht stattgefunden. Ein paar DLer in einem Brauhaus wurden von der Polizei wieder weggeschickt.

12.6.93 Faschistischer Angriff auf DIDF
Ertwa 20-30 türkische Faschisten stürmten am Samstag nachmittag den türkischen Arbeiterverein DIDF in Ehrenfeld. Anwesend waren ca. 14 Menschen, darunter 4 Männer auf die sich die Angreifer stürzten. Bei diesem Angriff wurden mehre Mitglieder des Vereins verletzt. Zwei davon schwer. Einer wehrte mit der Hand einen Messserstich auf den Bauch ab.. Die Faschisten hatten ihren Angriff von einem türkischen Lokal etwas 150 Meter entfernt, das als Treffpunkt der Grauen Wölfe bekannt ist, ausgeführt. Am nächsten Tag versammelten sich daraufhin 300 Menschen zu einem Fest gegen Rassismus und anschließender Demo vor den Vereinsräumen.

Stellungnahme der Autonomen Infogruppe Solingen zu den Ereignissen nach den faschistischen Morden am 29.5.'93

Staat und Nazis inszenieren gemeinsam den Notstand!

Nach einer vorläufigen Analyse der Ereignisse der letzten Tage sind wir zu einer neuen Einschätzung der gegenwärtigen Situation gekommen.

Seit Tagen erleben wir von türkischen Faschisten geschürte Krawalle, mit denen die Staatsmacht scheinbar nicht fertig wird, einerseits und eine massive Lügenhetze gegen Autonome und andere, insbesondere türkische und kurdische antifaschistische Gruppen, andererseits. Was uns zunächst als ein in dieser Form unerklärlicher Widerspruch erschien, kristallisierte sich mit der Zeit immer klarer als bewußte Strategie der Herrschenden heraus. Der Staat und die Polizeiführung haben die Krawalle gewollt, sie haben sie bewußt zugelassen, sie absichtlich provoziert und forciert. Gleichzeitig lief die Propagandamaschinerie auf Hochtouren.
Dazu eine erste, nicht vollständige, jedoch beispielhafte Chronologie der Ereignisse:

Samstag Nachmittag, wenige Stunden nach den faschistischen Morden, zieht eine Demonstration von Menschen aus den verschiedensten Spektren in die Untere Wernerstraße, wo gerade Bundesinnenminister *Seiters*, wenige Tage nachdem die von ihm mitbetriebene rassistische Abschaffung des Asylrechts beschlossen wurde, seine Betroffenheit über das Verbrechen heucheln will. So sieht er sich dann auch von Polizeiketten geschützt und vor der Weltpresse lautstarken "Mörder, Mörder"-Rufen ausgesetzt. Nachdem *Seiters* die Brandstelle wieder verlassen hatte, zieht der Demonstrationszug in die Innenstadt, dabei gehen an der sog. 'Ausländerbehörde', dem schärfsten Repressionsinstrument gegen die hier lebenden Menschen ohne deutschen Paß, sowie an der Hauptstelle der Deutschen Bank, über die anderen Orts schon genug gesagt oder geschrieben ist, einige Fensterscheiben zu Bruch. Später löst sich die Demonstration in der Innenstadt auf.

Auch im Laufe des Sonntags kommt es tagsüber zu verschiedenen Demonstrationen, bereits den ganzen Tag über berichten die Medien, daß für den Abend schwere Krawalle erwartet werden. Am Abend versammeln sich zahlreiche, überwiegend türkische DemonstrantInnen, deren Stimmung durch türkische Faschisten kräftig angeheizt wurde, bis es schließlich zu den Krawallen kam. Die Polizei und der BGS griff, obwohl massiv präsent, stundenlang praktisch nicht ein. Der ortsansässige Lokalsender RSG verschärfte die Stimmung noch durch eine völlig überzogene Berichterstattung. Es wurde zeitweilig der Eindruck vermittelt, als brenne die halbe Innenstadt und es käme zu bewaffneten Straßenkämpfen. Ferner hieß es, einige hundert Autonome seien daran beteiligt, was nicht den Tatsachen entspricht, da nur ein Bruchteil der Autonomen in der Stadt war, und die Vorbereitungen für die für Samstag geplante bundesweite Demonstration auf Hochtouren liefen. Schließlich 'gelang' der Polizei am späten Abend doch noch die Festnahme mehrerer Autonomer. Fünf Menschen aus Osnabrück wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Solingen, beim Verlassen ihres Autos, von der Polizei mediengerecht überfallen und verschleppt.

Am folgenden Montagnachmittag führte erneut eine Demonstration türkischer, kurdischer und deutscher AntifaschistInnen zur Unteren Wernerstraße. Dort war auch eine größere Gruppe *Grauer Wölfe* anwesend, die sofort die DemoteilnehmerInnen provozieren, es kommt zu ersten Rangeleien. Gerade als der Demonstrationszug den Ort verlassen wollte, marschierte von hinten eine größere Gruppe, offensichtlich zu Konfrontationen entschlossener, türkischer Faschisten, angeführt von einer Polizeikette, auf die Demo zu. Kurz bevor die Faschisten auf die Antifa-Demonstration trafen, zog sich die Polizeikette zurück, so daß ein Zusammenstoß unvermeidlich war. Besonnenen DemonstrantInnen gelang es jedoch vorerst, eine Eskalation zu vermeiden. Daraufhin zogen wieder Polizeikräfte zwischen den Blöcken auf. Wenige Minuten später sah sich der Demonstrationszug einem Steinhagel von Seiten der Faschisten ausgesetzt. Die Polizei ging daraufhin nicht gegen die angreifenden Faschisten vor, sondern stürzte sich auf die vor den Steinen fliehenden DemonstrantInnen und nahm mehrere von ihnen fest, darunter auch zwei deutsche Antifas. Einer der beiden wurde erheblich verletzt, ihm wurde eine Ärztin / ein Arzt verweigert, beide wurden erkennungsdienstlich mißhandelt und erst am nächsten Morgen gegen 6.00 Uhr entlassen.

Nach den Krawallen am Montagabend, als türk. Faschisten wahllos auch gegen ausländische Läden und ein Altersheim vorgingen und die Polizei wiederum tatenlos zusah, kam es am Dienstag vor der regionalen Bündnisdemo zu einer massiven Provokation seitens des Repressionsapparates gegen autonome Zusammenhänge vorm Infoladen. Eine halbe Stunde vor Beginn der Demonstration wurde völlig unbegründet der Infoladen belagert, einige BesucherInnen wurden kontrolliert, einige entzogen sich der Kontrolle, indem sie sich im Infoladen einschlossen. Der Zweck dieser Aktion liegt auf der Hand, die Stimmung unter den Autonomen sollte angeheizt werden. In die selbe Kerbe schlug der Solinger Polizeichef "Lügen"-*Uhrig* nach der Demo in Hinblick auf den geplanten bundesweiten Sternmarsch am Samstag mit dem Liveinterview in Vox: "Man muß sie über das gesamte Spektrum einordnen, sowohl radikal links, ich denke auch radikal rechts, im türkischen Bereich. Ich sehe ein großes Anstifterpotential bei der deutschen autonomen Szene."

Zu einem weiteren Fascho-Angriff kam es am Dienstag als ein mit zwei Nazi-Skins besetzter PKW absichtlich in einen Demonstrationszug raste und eine 16-Jährige verletzte.

In den letzten Tagen vor der Großdemo am Samstag wurde das Klima der Angst in der Bevölkerung von den Medien und dem Repressionsapparat gezielt gesteigert. So wurde z.B. der Mitgliedern des DGB vom Vorstand nahegelegt, sich nicht an dem Sternmarsch zu beteiligen. In Folge dessen wurden im gesamten Stadtgebiet, auch in den Stadtbezirken, die meisten Schaufenster verbarrikadiert. Das Konzept der Herrschenden ging voll auf, statt der erwarteten 50.000 kamen lediglich 20.000 TeilnehmerInnen. Auf der Route des autonomen, antifaschistischen, internationalistischen

Spektrums demonstrierten etwa 4000 Menschen - trotz massiver Bullenprovokationen - friedlich, lediglich ein Haus des Altnazis *Gunter Kissel* (Gesellschaft für freie Publizistik), sowie die Deutsche Bank wurden gezielt angegangen..

Die Kundgebung wurde von Anfang an massiv von türkischen Faschisten / *Grauen Wölfen* gestört, die sich vor der Bühne aufbauten und provozierten. Durch das friedliche Eingreifen von besonnen DemonstrantInnen, die sich an einer friedlichen Demonstration interessiert waren, konnte eine größere Auseinandersetzung zu diesem Zeitpunkt verhindert werden. Zur Eskalation trugen hauptsächlich die ungerechtfertigten Angriffe durch die Polizei bei. Mit Stoßtrupps auf friedliche DemonstrantInnen aus der autonomen Szene griffen sie völlig unbegründet Teile der Kundgebung an und lösten damit gewalttätige Gegenreaktionen und Panik aus. Dies geschah entgegen der in fast täglichen Gesprächen mit der Demonstrationsleitung getroffenen Vereinbarung, vor einem Einsatz der Polizei im Inneren der Demonstration eine Absprache mit der Demonstrationsleitung zu suchen. Der Einsatz der Polizei muß als völlig ungerechtfertigt bezeichnet werden. Der weitere Verlauf der Veranstaltung gestaltete sich friedlich. Nach ca. einer weiteren Stunde wurde die Kundgebung beendet.

Während der Kundgebung zogen die autonomen Gruppen, eingeschlossen in einem massiven Wanderkessel aus Polizei und SEK, von denen ständig Provokationen ausgingen, zum Ausgangspunkt zurück, von wo aus sie nach Hause fuhren.

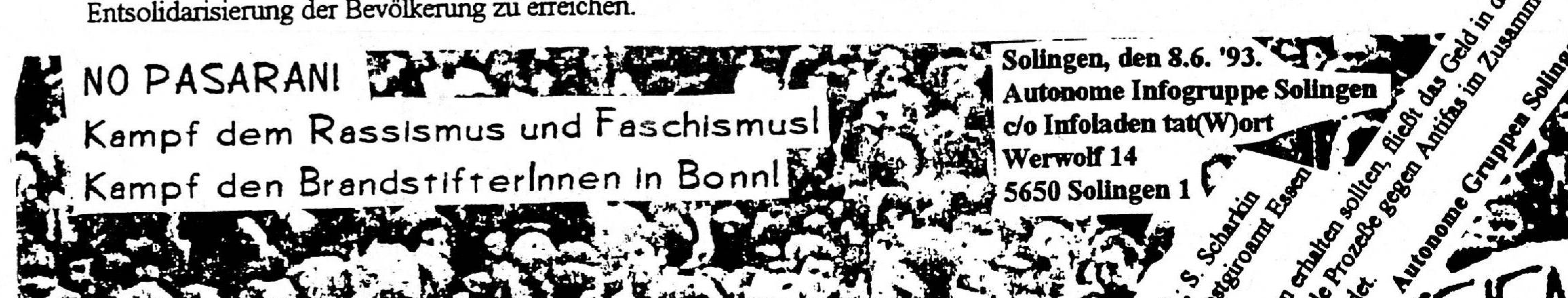
Um es noch einmal zu betonen:

Wir haben in einer früheren Stellungnahme gesagt, daß wir die Wut und die direkten, militanten Reaktionen berechtigt und richtig finden. Wir distanzieren uns jedoch grundsätzlich von den Aktivitäten reaktionärer und faschistischer Gruppierungen, deren Aktionen sich vielfach gegen Unschuldige sowie AntifaschistInnen richteten. Davon gibt es kein Wort zurückzunehmen. Es bleibt also dabei, daß es für uns niemals gemeinsame Sachen mit FaschistInnen geben kann, gleich welchen Paß sie besitzen. So haben wir unsere Politik auch bestimmt. Die letzten Tage sind, so wie sie gelaufen sind, im Interesse der herrschenden BrandstifterInnen gewesen. Hatte sich in den ersten 36 Stunden nach den Morden die öffentliche Diskussion auf die rassistische Politik der Herrschenden konzentriert, wurden die Herrschenden in breiten Kreisen sowohl im Inland, vor allem auch im Ausland mehr oder weniger deutlich als die wahren Brandstifter benannt, so schlug die Stimmung am Sonntagabend um, sie wurde entpolitisiert. Inhaltliche Auseinandersetzungen wurden durch ein gezielt geschaffenes Klima der Angst, durch die Medien noch geschürt, abgelöst. Die Herrschenden brauchten diesen Wandel, den nach den Morden drohte ihnen und ihrer rassistischen Politik endgültig der Boden unter den Füßen wegzubrechen. Durch diesen Anschlag, wenige Tage nach der Grundgesetzänderung, wurde vielen Menschen klar, wessen Saat es eigentlich ist, die in Solingen aufgegangen ist. Es wurde für die Herrschenden zur zwingenden Notwendigkeit, die sich außerhalb staatlicher Kontrolle bildende antifaschistische Gegenwehr in entpolitisierter Randale zu ersticken, begleitet von entsprechender Medienberichterstattung. So haben sie den Ausnahmezustand inszeniert. eine zunächst in Scherben liegende und später völlig berbarrikadierte Stadt bot die gespenstische Kulisse für ein polizeiliches Großaufgebot, das die Lage scheinbar nicht in den Griff bekommen konnte. Selbst die GSG 9(!) wurde Montagnacht für einen geradezu demonstrativen öffentlichen Auftritt in diesem Drama eingeflogen. So ist auch klar, daß sie die Zusammenstöße im Verlauf der Großdemonstration wollten und brauchten. Daher haben sie die im Solinger Appell erwähnten Absprachen gebrochen, ständig versucht, den Autonomen-Demonstrationszug zu provozieren und, als dieser sich nicht provozieren ließ, die Kundgebung angegriffen.

Die Inszenierung hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Es ist ihnen gelungen, die breite antifaschistische Bewegung in dieser Woche weitgehend in die defensive zu drängen und weiter Stimmung gegen Menschen nicht-deutscher Nationalität zu machen. Wenn *Weizsäcker* auf der Trauerfeier in Köln nicht auf die Forderung eingeht, seine Unterschrift unter die Grundgesetzänderung zu verweigern, sondern stattdessen das harte durchgreifen des Staates propagiert, so wird deutlich, daß die Herrschenden keine politischen Lösungen für die von ihnen verursachten Widersprüche anzubieten haben, sondern die Strukturierung des autoritären Repressionsstaates verschärft vorantreiben.

Das Gesamtkonzept der Herrschenden ist am Beispiel Solingen deutlich geworden:

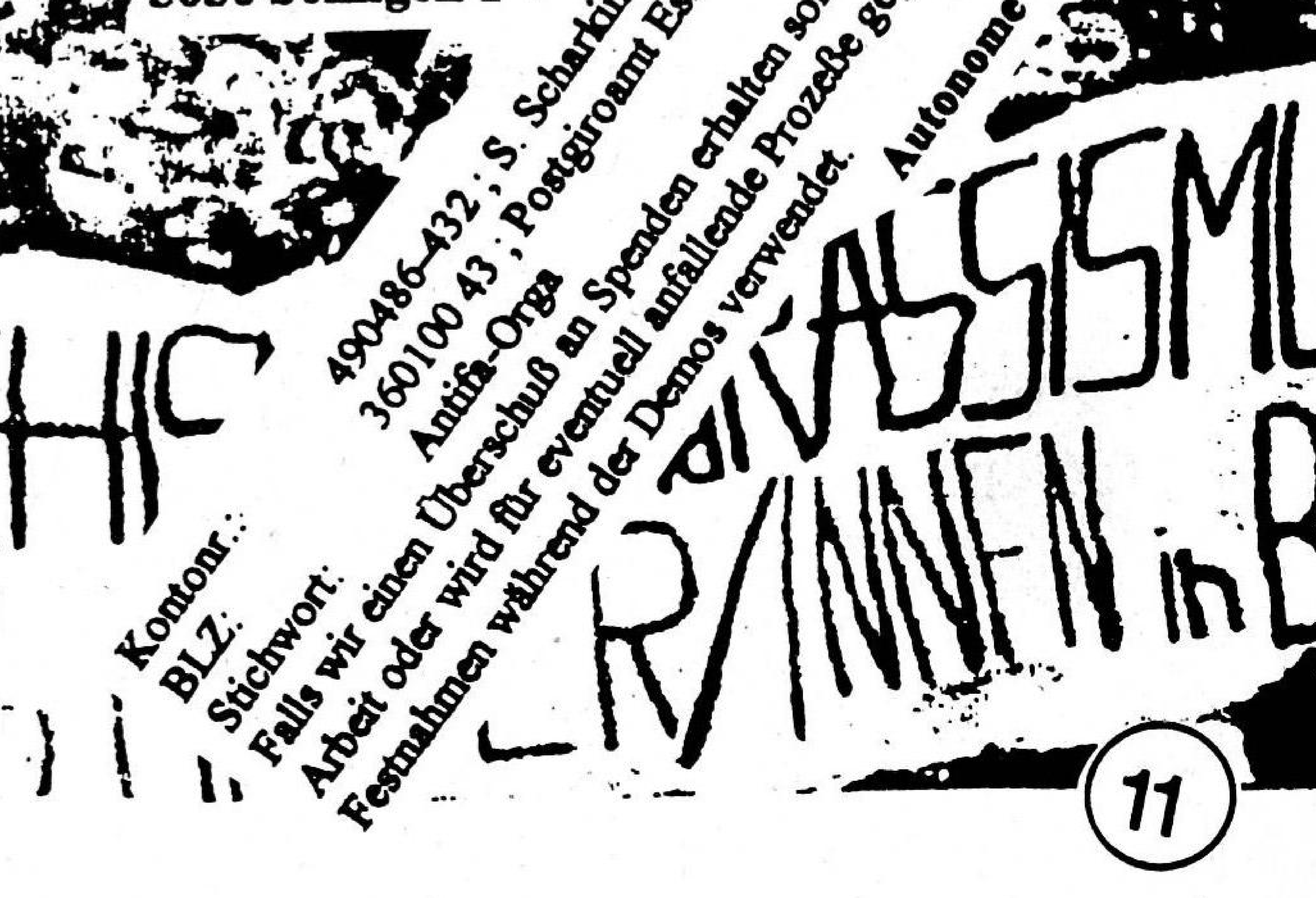
Jeglicher Widerstand gegen ihre rassistische und immer faschistoider werdende Politik soll zerschlagen werden, indem sie den Widerstand von unten durch gezielte Hetze und Repression spalten und unterbinden um so eine Entsolidarisierung der Bevölkerung zu erreichen.



Solingen, den 8.6. '93.
Autonome Infogruppe Solingen
c/o Infoladen tat(W)ort
Werwolf 14
5650 Solingen 1

Dringender Spendenaufruf!

Die Mobilisierung und Vorbereitung der regionalen sowie der bundesweiten autonomen, antifaschistischen, internationalistischen Demonstrationen wegen der 5-fachen faschistischen Morde in Solingen hat uns in einen Schuldenberg gestürzt. Zur Zeit sind wir kaum in der Lage, unsere Arbeit fortzusetzen - das gilt besonders für den Infoladen tat(W)ort, der durch Spenden finanziert wird, sowie für die Antifa. Wenn wir nicht dringenst Unterstützung erhalten, werden wir unsere öffentliche Arbeit einstellen und den Laden schließen müßen. Einen genauen Überblick über die Schulden haben wir noch nicht, sie belaufen sich aber auf mehrere tausend Mark.
Veranstaltet Soli-Konzerte, Sammlungen etc., wir sind wirklich darauf angewiesen, und überweist das Geld auf das Konto:



Kontonr.: 490486-432 ; S. Scharkin
BLZ: 360100 43 ; Postgiroamt Essen
Stichwort: Antifa-Orga
Falls wir einen Überschuß an Spenden erhalten sollten, fließt das Geld in die Antifa Arbeit oder wird für eventuell anfallende Prozeße gegen Antifas im Zusammenhang mit Festnahmen während der Demos verwendet. Autonome Gruppen Solingen

Das pränatale Umfeld begehrt auf
oder: Überlegungen zum BVG-Urteil

Das Urteil des BVG zum §218 steht in einer Reihe mit anderen Maßnahmen zur Umsetzung von ursprünglich ultrarechten Foderungen, wie dem neuen Ausländerinnengesetz und der Änderung des Art.16GG. Im den letzten Jahren wurde staatliche Politik, was noch vor wenigen Jahren nur in den Programmen ultrarechter Parteien wie der Republikaner vorkam. Dem BVG Urteil kommt dabei die Rolle zu, das nationalistische Frauenbild der Frau als Gebärerin der Nation festzuschreiben. Die im Urteil festgelegte Straffreiheit erscheint uns dabei eher als taktischer Schritt. Das Urteil ist so angelegt,daß, wenn sich diese Strategie als falsch erweisen sollte, der sogenannte "Lebensschutz" auch jederzeit mit anderen Maßnahmen sichergestellt werden kann. Abtreibung bleibt laut Urteil ein Tötungsdelikt.
Am Urteil zeigt sich, wie die Ideologie der Lebensschützer sich im Laufe der letzten Jahre in der Rechtssprechung durchsetzen konnte.
Schon die Sprache zeigt, von wem die Inhalte des Urteils kommen. Ständig ist die Rede von dem "Ungeborenen" und seiner "Mutter". Die ideologische Aufspaltung der Schwangeren in "Mutter" und "Ungeborenes" ist etwas, was die Lebensschützerorganisationen seit Jahren intensiv propagieren, u.a. mit aufwendigen Werbekampagnen mit Bildern von Embryonen, die im Raum zu schweben scheinen, in denen also gar keine Frau mehr vorkommt.
Weiterhin wird ständig ein Schwangerschaftskonflikt unterstellt. Auch das ist O-Ton Lebensschützer. Sie wollen mit diesem Begriff unterstellen, daß jede schwangere Frau sich grundsätzlich in einem Konflikt zwischen ihrem "natürlichen Kinderwunsch" und der bösen Umgebung befände. Frauen ohne Kinderwunsch kommen in diesem extrem biologistischen Frauenbild nicht vor.
Einer der Richter, Ernst Wolfgang Böckenförde, ist sogar Mitglied einer Lebensschützerorganisation, der "Juristenvereinigung Lebensrecht" (JVL). Die 1984 gegründete Vereinigung sieht sich als Elite-Organisation, in der neben Juristen auch reaktionäre Mediziner (Professoren und Klinikchefs), Theologen und Publizisten Mitglieder sind. Ihr Ziel ist es, den Gedanken des Lebensschutzes im gesammten Rechtswesen zu verbreiten. Besonderen Wert legen sie dabei auf die Publikation von einschlägiger Fachliteratur. Diese Strategie scheint einigen Erfolg zu haben: So ist z.B. der Dreher-Tröndele-Kommentar zum StGB, eines der wichtigsten Grundlagenwerke zum Strafrecht und 1991 in der 45. Auflage erschienen, von zwei Gründungsmitgliedern der JVL, den Herren Dreher und Tröndele, verfaßt worden.
Die JVL beschäftigt sich auch seit langem mit den im Urteil angesprochenen Unterschieden zwischen Rechtfertigungsgrund (die Tat wird nicht bestraft und die Täterin ist unschuldig, so in der Neufassung des §218 vom Bundestag vorgesehen) und Straflosigkeitsgrund (die Tat wird nicht bestraft, aber die Täterin ist schuldig, so im Urteil verkündet) und mit Möglichkeiten zur Abschaffung der Krankenkassenfinanzierung.
Durch Doppelmitgliedschaften u.ä. verfügt die JVL über beste Kontakte zu rechtsradikalen und faschistischen Kreisen. So ist z.B. der Vorsitzende der "Europäischen Ärzte Aktion" (EÄA), ebenfalls eine Lebensschützerorganisation, Siegfried Ernst, auch Mitglied der JVL. Ernst versuchte bereits 1972 zusammen mit der NPD eine "Christliche Wähler-

initiative Menschenwürde" zu gründen. Weiterhin ist er Mitglied der "Salem-Bruderschaft", der auch zwei ehemalige Vorsitzende des ökofaschistischen "Weltbund zum Schutz des Lebens"(WSL), Max Otto Bruker und H.Momsen, angehören. Außerdem verfügt(e) Ernst über beste Kontakte zu Manfred Röder, der 1982 wegen Rädelsführerschaft und Gründung einer Wehrsportgruppe zu 13 Jahren Haft verurteilt worden ist. Die Verbindungen, die sich an der Person Siegfried Ernst nachweisen lassen, sind nur ein Beispiel. Es ließen sich noch viele ähnliche finden. Sie alle im einzelnen darzustellen würde an dieser Stelle aber zu weit führen. Welche mehr wissen will, kann das u.a. in: Vorsicht Lebensschützer. Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner, Hg.: Bundesweit Koordination Frauen gegen §218, Hamburg: Konkret Literatur Verlag,1991, nachlesen.

Die Umsetzung dieses Angriffs auf das Entscheidungsrecht der Frau über verschiedene Lebensmöglichkeiten erfolgt nicht gleichmäßig für alle Frauen. Die Bundesregierug unterstützt Institutionen wie die "International Planed Parenthood Foundation" (IPPF) oder die Rockefeller-Stiftung, die in Ländern des Trikont sogenannte "Familienplanungsprogramme" durchführen, die Abtreibung und Zwangssterilisation miteinschließen. Z.B. war bei Programmen in Bangladesh die Abgabe von Lebensmitteln an die Sterilisation einer bestimmten Quote von Frauen in einem Dorf gebunden.

Die Erfahrung mit dem alten §218 hat gezeigt, daß behinderte Frauen oft unter Druck gesetzt werden, abzutreiben und dazu häufig auch medizinische Indikationen bekommen. Ebenso wird Druck auf Frauen ausgeübt, abzutreiben, wenn eine Schädigung des Embryos festgestellt worden ist. Die "embryopathische" Indikation wird als Rechtfertigungsgrund festgeschrieben. In diesem Zusammenhang ist dann auch nicht mehr vom "Ungeborenen" die Rede, daß ein eigenständiges Lebensrecht haben soll, sondern vom Embryo. Haben potentiell Behinderte kein Lebensrecht?

Die Bestimmungen im neuen AusländerInnengesetz legen fest, daß zur Erteilung bzw. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis ein Nachweis von "ausreichendem Wohnraum" erforderlich ist. Auch der lBezug von Sozialhilfe kann ein Abschiebungsgrund sein. Beides führt zu einem erheblichen Abtreibungsdruck auf Migrantinnen.

Aber auch innerhalb der weißen deutschen Gesellschaft wird differenziert. Sozail besser gestellten Frauen wird die Lebensmöglichkeit als "Karrierefrau" nicht verbaut. Für Frauen, die Schwierigkeiten haben, einen Schwangerschaftsabbruch aus eigener Tasche zu finanzieren, sieht es jedoch ganz anders aus. Sie sollen zurück an Heim und Herd geschickt werden, pünktlich zu einem Zeitpunkt, wo selbst die bürgerlichen Zeitungen anfangen, von einer wirtschaftlichen Krise in Deutschland zu reden.

Dabei reiht sich die getrichene Krankenversicherung nahtlos in den Sozialabbau der letzten Jahre, vorallem im Gesundheitswesen, ein.Die einzigen, die daran verdienen, sind die Ärzte, die sich nach dem Einfrieren ihres Krankenkassenbudgets neue Einkommensquellen erschließen müssen. Z.B. hat der Vorsitzende des Hartmannbundes Anfang Mai auf dem Ärztekongreß in Berlin gefordert, daß Abtreibung, Verhütungsmitttel und Schwangerschaftsuntersuchungen aus der Krankenversicherung ausgenommen werden sollen. Das heißt, daß die Honorare nicht auf die von der Krankenkasse vorgeschriebenen Höchstsummen angerechnet werden, da sie ja von den Frauen privat oder von den Sozialämtern bezahlt werden.

Die Neufassung des §218 und das BVG-Urteil sind auch ein Ergebnis der Reduzierung der Forderungen auf die Belange von weißen deutsch Mittelschichtsfrauen und der damit einhergehenden Spaltung der Frauenbewegung. Die Auseinandersetzungen um den §218 sind jahrelang von bürgerlichen Frauen vereinnahmt und (vielleicht deshalb) von anderen Teilen der Frauenbewegung vernachlässigt worden. So ist es möglich, daß das Urteil von eingen Frauen als Fortschritt begrüßt wird und diese jetzt nur noch Forderungen wie die nach der Freigabe von RU486 und nach einen "Abtreibungsfond" formulieren.

Für uns drückt sich in diesem Urteil jedoch ein scheitern dieser reformistischen Strategie aus. Durch die Reduzierung der Forderungen auf Rechte für weiße deutsche Mittelschichtsfrauen wurde ihre nationalistische Vereinnahmung ermöglicht. Der weitere Kampf muß sich deshalb internationalistisch orientieren und die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Frauen berücksichtigen. Das ist mit einem Bündnis mit bürgerlichen Kräften und mit dem Ziel einer parlamentarischen Durchsetzung nicht zu vereinbaren.

Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine!

Weg mit dem Meldeappell!

Wie immer, wenn Politiker und Wirtschaftsbonzen von Krise reden, meinen sie, daß wir zu wenig arbeiten und dafür zuviel bekommen — und basteln an Maßnahmen, dies zu ändern.
Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Lohnsenkungen, "Gesundheitsreform", Karenztage oder ähnliches, Einschränkungen bei der Sozialhilfe, Kürzungen in allen Bereichen - auch Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung werden angepeilt. Während die Reichen immer reicher werden, werden wir Erwerbslose seit einiger Zeit mit dem Blüm'schen Meldeappell "beglückt", der angeblich dazu dienen soll, "Sozialschmarotzer" oder sog. SchwarzarbeiterInnen ausfindig zu machen. Abgesehen davon, daß viele zur Schwarzarbeit gezwungen sind, um die kärgliche Arbeitslosenunterstützung aufzubessern, geht es den Herren an der Macht um mehr:
- die Masse der Erwerbslosen in Verbindung mit dem Sozialversicherungsausweis und dem Abgleich gespeicherter Sozialdaten besser zu überwachen und uns davon abzuschrecken, unser Recht auf Arbeitslosenunterstützung geltend zu machen. Faktisch bedeutet das mehr Disziplinierung und weniger Arbeitsvermittlung und Beratung für uns;
- uns durch ihre Willkür zu demütigen und zu verunsichern, indem wir stundenlang Schlange stehen. Wir sollen wie Bittsteller vor ihnen auftreten, statt die Arbeitslosenunterstützung als unser Recht anzusehen;
- mit der Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und der beabsichtigten Kürzung der Arbeitslosenunterstützung wollen sie erreichen, daß wir für'n Appel und'n Ei arbeiten, damit wir dann einen Lohndruck auf die Arbeitenden ausüben sollen;
- und natürlich versucht der Staat, mit diesen Maßnahmen Gelder einzusparen, da jede/r, der/-die zu spät oder gar nicht zum Appell erscheint, die Arbeitslosenunterstützung gestrichen bekommt.

Die gesamte Arbeitsmarktpolitik läuft natürlich in die Richtung, daß wir uns untereinander bzw. gegeneinander regelrechte Konkurrenzschlachten um die beschissensten Arbeitsplätze und Billigarbeit liefern und uns um Gelder, die uns zustehen, balgen sollen. Damit sich die Wut der ArbeiterInnen und Erwerbslosen nicht gegen die Herren an der Macht richtet und sie weiter ruhig ihre Profite scheffeln können, versuchen sie uns gegenseitig auszuspielen: "Ossis" gegen "Wessis", "Männer" gegen "Frauen", "Deutsche" gegen "Ausländer", "Erwerbslose" gegen "Arbeitsplatzbesitzende".
Aber wieso und für wen sollen wir mehr und billiger arbeiten?

Ein großer Teil unserer Arbeit ist letztendlich eh nur Zerstörungswerk an Mensch und Umwelt. Wieviel Müll, Schrott und Gift sollen wir noch produzieren, um daran zu ersticken?
Die Kürzungen der Lohn- und Sozialeinkommen und der verschärfte Druck, schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen, kann nur durchgesetzt werden, wenn wir uns das gefallen lassen. Erfolg und Mißerfolg hängen von uns allen ab. Es sind heute schon viele, die sich nicht mehr alles gefallen lassen und auf die Straße gehen. Ob die Stahlarbeiter in Rheinhausen oder Henningsdorf, die Eltern gegen die Verteuerungen und Verschlechterungen der Kitaplätze oder die Beschäftigten der Metallindustrie gegen Lohnkürzungen. Auch wir Erwerbslose müssen uns gegen Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe wehren.
Dazu gehört auch der Kampf gegen den Meldeappell. Sprecht darüber mit Euren Bekannten, FreundInnen, NachbarInnen und beteiligt Euch an Protesten und Aktionen. Wenn ihr vorgeladen werdet, sagt euren SachbearbeiterInnen, daß ihr keinen Bock auf den Meldeappell habt. Versucht durch lange Gespräche mit den SachbearbeiterInnen, den Ablauf durcheinanderzuwirbeln.

Initiative gegen den Meldeappell, c/o Infoladen Papiertiger, Cuvrystr. 27, 1/36
Schickt Eure Einsprüche an die Leistungsstelle des Arbeitsamtes!

KOHLE HER ODER WIR LEGEN EUCH UM

In der Nacht zum 21. März 84 hat Jean Moreau, ein 49jähriger Arbeitsloser, die Büros des Arbeitsamtes in Rennes, das ihm das erwartete Geld nicht geben wollte, verwüstet. Computer, Telefone, Schreib- und Rechenmaschinen, sanitäre Anlagen, dutzendweise mit einem großen Hammer zerstört. Alle herumliegenden Akten wurden mit dem Feuerlöscher erledigt. Ein schönes Werk!

Was Jean Moreau da angestellt hat, wir sind Hunderte, Tausende, die darauf Lust hatten. Die immernoch darauf Lust haben.

Es kommt gar nicht in Frage, über unser Elend zu klagen!

Für all die durch Arbeit verlorene Zeit (auch wenn es nur 3 Monate sind, um anschließend Arbeitslosengeld zu bekommen) und für unsere dabei verbrauchte Jugend schulden uns Gesellschaft und Staat ein Lösegeld!

Jede Idee eines fatal auf ein Existenzminimum reduzierten Lebens lehnen wir ab!

Die Notwendigkeit des Geldes verzehrt unser Leben. Sie zerfrißt uns das Gehirn und die Geschlechtsorgane. Jetzt, da der Staat endlich mit Arbeitgebern und Gewerkschaftsbürokraten einig ist, wurde entschieden die kümmerliche Arbeitslosenunterstützung zu kürzen und sie denen, die augenscheinlich nicht beabsichtigen, sich dem Gram wieder zuzuwenden, ganz wegzunehmen.

Deswegen werden wir uns doch nicht einschränken! Und Ihr Angestellten des Arbeitsamtes, die sich wie Bullen aufführen und sich mit dem Geld des Staates identifizieren und uns die Unterstützung wegnehmt: PAßT BLOß AUF!

Und was das Übrige angeht, d.h. das Wesentliche, wir wissen schon wie wir uns bedienen werden. Ohne zu bezahlen.

Arbeitslose auf Lebenszeit

verteilt in Nantes, außerdem ind Paris, Le Havre in den Arbeitsämtern, ebenso in der Vorstadt von Marseille

Für Flüchtlinge in Zukunft mehr Zwangsarbeit

Gesetzentwurf soll aktuelle Praxis legalisieren

Zur Zeit wird im Bundestag ein Gesetz verhandelt, das rechtlich absegnen soll, was Sozialämter Flüchtlingen schon heute vielfach verwehren. Wie die Erfahrung zeigt, treffen die Maßnahmen der Bundesregierng gegen Flüchtlinge mit einer Verzögerung von ein paar Monaten regelmäßig auch alle anderen Sozialhilfeempfänger: erst die Kampagne gegen "Asylmißbrauch", jetzt gegen "Mißbrauch von Sozialleistungen", erst die Ankündigung von Leistungskürzungen für Flüchtlinge, später dann für alle Stütze-EmpfängerInnen.

Der Gesetzentwurf zur "Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber" will folgende Punkte legalisieren: Die Leistungen für Flüchtlinge sollen um 25 Prozent reduziert werden - also unter dem staatlich anerkannten Existenzminimum liegen. Flüchtlinge sollen zur Sicherung des Lebensunterhalts grundsätzlich nur noch Sachleistungen erhalten. In Ausnahmefällen gibt es Warengutscheine. Das gilt für Ernährung, Heizung, Unterkunft, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege sowei Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

Bargeld werden Flüchtlinge kaum noch in die Hand bekommen. Pro Monat sollen für unter 15-Jährige nur noch 40 Mark, für die anderen 80 Mark zugestanden werden. Gebrauchsgüter für den Haushalt gibt es nur noch leihweise.

Der Entwurf sieht zusätzlich vor, daß Asylbewerber verpflichtet werden, für zwei Mark pro Stunde an der Betreibung der Einrichtung mitzuarbeiten, in der sie untergebracht sind. Darüberhinaus sollen weitere Zwangsarbeitsplätze für Asylbewerber bei kommunalen und gemeinnützigen Trägern eingerichtet werden. Wer dann eine solche Tätigkeit ablehnt, muß mit einer weiteren Kürzung rechnen.

Asylbewerber, die arbeiten (selbständig oder unselbständig) und dies nicht innerhalb von drei Tagen den zuständigen Behörden melden, werden durch das Gesetz mit einer Strafe bis zu 10.000 Mark bedroht.

Im Krankheitsfall soll nur noch bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung erfolgen. (Quelle: Woche im Bundestag 5/93)

quer

REGIONALE UND UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG FÜR ARBEITSLOSE

quer, Günthersburgallee 22, W-6000 Frankfurt am Main 1

Rechte für JobberInnen

Auch Teilzeitkräften im öffentlichen Dienst mit weniger als 18 Stunden pro Woche steht Übergangsgeld zu. (Landesarbeitsgericht Köln, Aktenzeichen 6 Sa 1016/91)

Die im öffentlichen Dienst geltende Regelung, nach der Teilzeitkräfte mit weniger als 18 Stunden pro Woche keine Betriebsrentenanwartschaften erwerben konnten, ist unwirksam. (Bundesarbeitsgericht, Aktenzeichen 3 AZR 176/92)

Frauen, die als geringfügig beschäftigt gelten, haben unter bestimmten Voraussetzungen auch Anspruch auf Mutterschaftsgeld. Wer nicht Mitglied einer Krankenkasse ist, erhält das Mutterschaftsgeld in Höhe von maximal 400 Mark vom Bundesversicherungsamt. Viele sind über ihren Anspruch gar nicht oder unzureichend informiert. Als Entgeltgrenze für geringfügige Beschäftigungen gelten in den neuen Ländern 390 Mark monatlich.

Treffen gegen die Meldepflicht bei Arbeitsämtern

am Mi. 23. Juni um 20 Uhr im Blauen Salon, Mehringhof (1. Stck.)

Dabei wollen wir uns mit allen Betroffenen und Interessierten über die Meldepflicht und andere Praktiken bei Arbeitsämtern austauschen und überlegen, wie wir uns gemeinsam dagegen verhalten können.

Hanau: "BASTA" weiter aktiv gegen Zwangsarbeit

Drohung mit Kürzung der Stütze nicht verwirklicht

Scheinbar hat die Stadt Hanau inzwischen eingesehen, daß die Heranziehung von Sozialhilfebeziehern zur Zwangsarbeit für den "Grünen Punkt" (siehe "quer" 2/93; Seite 1) rechtswidrig war. Zumindest wurde bislang nach Kenntnis der Hanauer Sozialhilfeinitiative "Basta" keinem der Sozialhilfeempfänger, die sich geweigert haben, die Arbeit beim städtischen Fuhramt aufzunehmen, die Stütze gekürzt oder verweigert. Zum aktuellen Stand schreibt "Basta":

Wir haben bisher mehrere Leute getroffen, die vom Sozialamt zum Arbeitsantritt verdonnert wurden, aber nicht hingegangen sind. In keinem dieser Fälle wurde bislang die Sozialhilfe gekürzt oder gestrichen.

Allerdings hatte es eine Sachbearbeiterin bei einem Mann versucht: Sie wollte ihm die Sozialhilfe nicht auszahlen. Nachdem er aber von uns erfahren hatte, daß er sein Geld bekommen müsse, versuchte er es nochmal - und zwar mit Erfolg.

Trotzdem: Solange das Sozialamt die Androhung, die Sozialhilfe zu sperren oder zu kürzen, nicht offiziell und jedem einzelnen Betroffenen gegenüber zurückgenommen hat, ist immer noch mit solchen "Maßnahmen" zu rechnen. Deshalb beschreiben wir jetzt genau, wie sich Betroffene wehren können:

Wer bereits fristgemäß (innerhalb eines Monats nach Erhalt des Bescheides) Widerspruch gegen die Heranziehung zur Zwangsarbeit eingelegt hat, muß normalerweise keine Sperre befürchten, weil der Widerspruch "aufschiebende Wirkung" hat. Dagegen könnte das Sozialamt allerdings einen "Sofortvollzug" anordnen (wofür es aber in unserem konkreten Fall schon etwas spät ist). Gegen den "Sofortvollzug" kann der/die SozialhilfebezieherIn dann eine Eilklage beim Verwaltungsgericht einreichen, damit die Sozialhilfe dann doch ungekürzt augezahlt wird. Dafür sollte man zu einem Rechtsanwalt gehen, der sich mit Sozialhilfeangelegenheiten auskennt.

Wer gegen den Heranziehungsbescheid keinen Widerspruch eingelegt hat, und plötzlich die Sozialhilfe gekürzt oder gesperrt bekommt, sollte dagegen sofort schriftlichen Widerspruch einlegen. Dazu genügt der Satz: "Hiermit lege ich Widerspruch ein gegen die Kürzung meiner Sozialhilfe (gegen den Becheid vom ...). Begründung wird nachgereicht". Gleichzeitig sollte eine Eilklage durch einen Rechtsanwalt gemacht werden (s.o.).

Inzwischen hat die Stadt Hanau die "Mehraufwandsentschädigung" pro Stunde für die fünf beim Fuhramt in "Maßnahme zur Einführung des Dualen Systems" tätigen Sozialhilfebezieher von zwei Mark auf vier Mark erhöht.

Doch damit geben sich die "BASTA"-Leute nicht zufrieden. Sie fordern, daß Beiträge zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung gezahlt werden - mit anderen Worten: ein ganz normales Arbeitsverhältnis für diejenigen, die diese Arbeit machen wollen.

Illegale Zwangsarbeit

Zum wiederholten Mal hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf die Bundesrepublik kritisiert, weil sie sich nicht an die Regelungen hält, zu deren Einhaltung sich alle Mitgliedsländer der ILO verpflichtet haben. Diesmal ging es um die in der Bundesrepublik alltägliche Praxis, Häftlinge für Privatunternehmen arbeiten zu lassen, ohne ihre Einwilligung einzuholen. Dies ist ein eindeutiger Verstoß gegen die ILO-Konvention gegen die Zwangsarbeit.

Weigern sich Häftlinge, die Zwangsarbeit auszuführen, drohen ihnen zumeist Haftverschärfungen und Schikanen. Außerdem kritisierte die ILO, daß die Häftlinge für diese Zwangsarbeit nur fünf oder sechs Prozent (!) der sonst üblichen Löhne erhalten und nicht einmal entsprechend kranken- und sozialversichert sind.

Große Sprüche - nichts dahinter



Die Parolen gegen Sexismus lesen wir seit Jahren auf Transparenten,Flugis und Shirts.Umgesetzt werden sie so:

Vor 2 Jahren wurde eine Frau in der Steffi (Besetztes Haus in Karlsruhe) von dem Gitarrist der band "Back to the Planet" vergewaltigt.Nach der Vergewaltigung gab es einige Briefwechsel. Er stritt die Vergewaltigung ab.Ein letzter Brief,der an ihn nach London geschickt wurde,war eine Aufforderung,sich nicht mehr in der BRD blicken zu lassen.

In England standen weiterhin Leute zu ihm,über Auseinandersetzungen,dort,wissen wir nichts.Als wir mitkriegten,daß Marshall mit "Experiment" hier noch mal auftreten will,haben wir einen Boykottaufruf an die Konzertstädte geschickt.Wir wissen nicht genau, ob Kommerzveranstalter darunter waren.Bremen haben wir zu spät erreicht.Die Reaktionen der Autonomen -und Jugendzentren waren unterschiedlich.In Goslar konnten sie problemlos spielen.In Pforzheim und Lutter wurden die Konzerte ohne Frage abgesagt

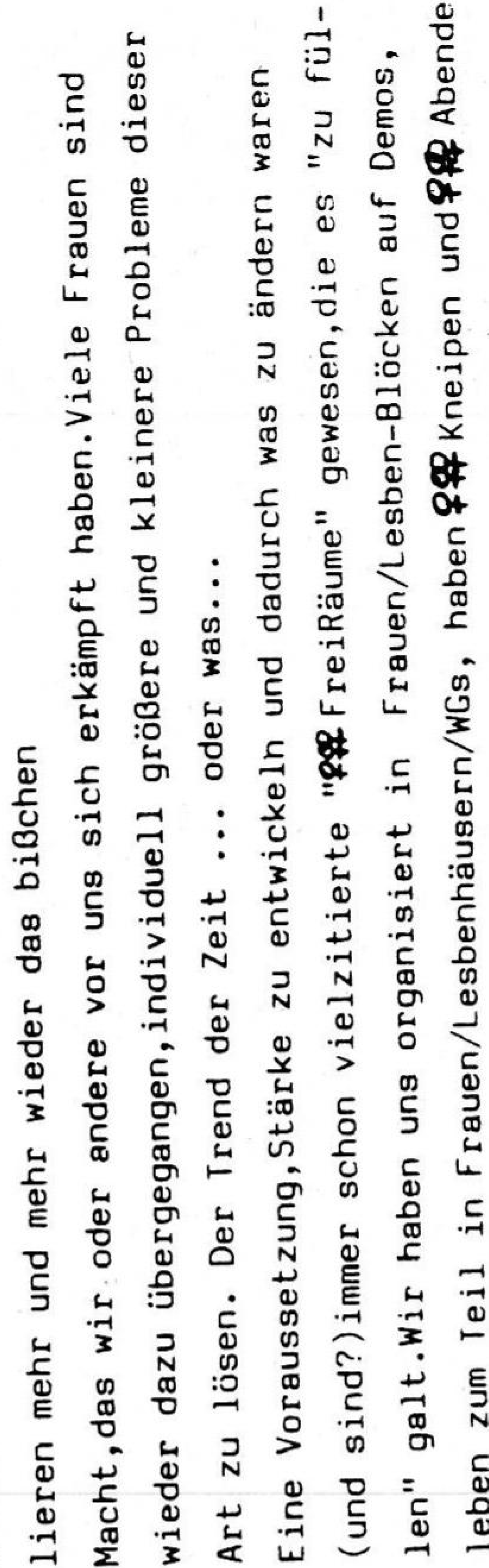
Für viele Konzertveranstalter war es ein Problem,daß sie weder die Frau noch den Typ kannten.Es kamen dann nervige Anrufe, wo sich Veranstalter "rückversichern" wollten.Ziemliche Scheiße fanden wir auch ,daß von und über die Frau Erklärungen verlangt wurden.

Die Frau wurde sogar selber ans Telefon verlangt.Für uns sah das alles nach Rechtfertigung aus.Auch wenn einige Menschen das Verhalten der Frau an einigen Punkten nicht nachvollziehen konnten,(es haben bis auf eine Frau nur Typen angerufen),können wir nicht verstehen,warum der Boykottaufruf aus der Steffi so hinterfragt wurde.

Wir fänden es gut, wenn der Informationsaustausch zwischen den Konzertveranstaltern weiterläuft, damit Marshall nicht irgendwann mit der Band XY hier nochmal aufkreuzt;bzw.daß solche Sachen von vornherein verhindert werden können.

ES WIRD ALLES NUR SCHLIMMER

...wenn die ♀Räume schließen.



Ist das Klima nicht auch für uns wieder härter geworden in den letzten Jahren - und das nicht nur auf der Straße? Daß feministische Positionen zu vertreten, auch in der (gemischten)Szenefast schon bedeutet,sichlächerlich zu machen?
Immer öfter gibt es knallharte Reaktionen,die es frau schwerer machen, das nächste Mal`s Maul aufzumachen.Wir verlieren mehr und mehr wieder das bißchen Macht,das wir oder andere vor uns sich erkämpft haben.Viele Frauen sind wieder dazu übergegangen,individuell größere und kleinere Probleme dieser Art zu lösen. Der Trend der Zeit ... oder was...
Eine Voraussetzung,Stärke zu entwickeln und dadurch was zu ändern waren (und sind?)immer schon vielzitierte "♀♀FreiRäume" gewesen,die es "zu füllen" galt.Wir haben uns organisiert in Frauen/Lesben-Blöcken auf Demos, leben zum Teil in Frauen/Lesbenhäusern/WGs, haben♀♀Kneipen und♀♀Abende in den gemischten Kneipen uns als Treffpunkte geschaffen uvm.
Gibt es das Bedürfnis nach Treffpunkten nicht mehr,und sind diese Räume überflüssig geworden?
Tatsache ist,daß in vielen Kneipen angebotene ♀Abende kaum genutzt werden.Das ist auch(und jetzt kommtś) im EX nicht anders und das schon lange.
Den EX♀Abend abzuschaffen,wäre eine ätzende Konseqentz,aber so wie jetzt geht`s nicht weiter.
Auf jeden Fall wollen wir darüber nicht allein entscheiden und mit euch `ne knackige Diskussion darüber führen, ob ihr den Abend noch für sinnvoll haltet.

Kommt am **7.JULI** ab **19⁰⁰** ins **EX**

FORWARDS EVER BACKWARDS NEVER

DIE EX♀EN

"TAG FÜR TAG" autonomer LesbenFrauenkalender 1994

Der "Tag für Tag"-Kalender ist ein seit 1977 bestehendes autonomes Projekt. In jedem Jahr findet sich eine neue Gruppe von LesbenFrauen zusammen, die den Kalender nach ihren Vorstellungen inhaltlich und optisch gestaltet.

In diesem Jahr sind nach intensiven Diskussionen Artikel zu den folgenden Themen entstanden:

- Transsexualität
- Rote Zora
- Entwicklung der neuen Frauenbewegung
- Homöopathie
- Lesben und Asyl
- Krebsvorsorge
- Lesben und AIDS
- Feministische Psychotherapie

Jede neue Kalendergruppe versucht die erhaltene Kritik und Anregungen in die Praxis umzusetzen. So wird der Kalender 1994 dünner und übersichtlicher sein.

Darüberhinaus haben wir den Adressenteil am Ende des Kalenders aktualisiert und erweitert. Wie auch schon im letzten Jahr wird der Kalender im Selbstvertrieb geliefert. Zu kaufen ist er ab Anfang Oktober in allen Frauenbuchläden und ausgesuchten anderen Buchgeschäften. Bestellungen, Kritik und Anregungen können an folgende Adresse gerichtet werden:

Anna Frey
Postfach 110 160
Postamt Friedrichstraße
37046 GÖTTINGEN

Zeitgeist-"Experiment" + HERRschaftsinteressen = ZEGG

Politisch organisierte rechte Gruppen sind - dank antifaschistischer Recherche - inzwischen relativ gut dokumentiert. Doch der Feind lauert nicht nur in männerdominierten herumziehenden Nazihorden und/oder in reaktionär bis offen faschistischen Parteien/Initiativen. Weit mehr Menschen in der BRD als nur die, die sich selbst rechts nennen bzw. entsprechend organisiert sind, tragen faschistische Werte bzw. Ideologie(n) mit. Uns interessieren diese Werte , die Ideologie, und warum sie scheinbar so breit getragen werden (Faschismus im Kopf oder so).
Bei unseren Nachforschungen sind wir bei der Spiri- und Psychoszene gelandet ("New Age"), deren angeblich "naturnahe Spiritualität" oft mit reaktionär-völkischen bzw. nationalsozialistischen Inhalten verwoben sind. Es gibt Verbindungen der Neuen Rechten mit der New Age-Szene, diese sind jedoch noch relativ undurchsichtig. Gerade die - für den mittelständischen Geldbeutel zugeschnittene - New Age-Szene interessiert uns: Dort werden vordergründig viele Werte aus linken, feministischen, ökologischen Kreisen aufgegriffen; sind die Leute erst mal dort, folgt oft eine gewaltige Entpolitisierung, unter anderem weil alle Probleme dieser Welt individualisiert werden.
Die New Age-Bewegung ist ab 1985 sehr stark geworden. Ökonomische Krise, fortdauernde Zerstörung der Erde, zunehmende Durchtechnisierung und voranschreitende Vereinzelung gehen einher mit einer auffallenden Suche nach Sinn und einer Flucht in die Spiritualität. Am Wochenende (oder auf dem "Sommercamp") wird sich also selbst befreit, um am Montag (bzw. nach dem Jahresurlaub) wieder der Lohnarbeit nachzugehen. Eingebunden in einen Vollzeit-Job kannst du es dir als AngestellteR bzw. AkademikerIn auch leisten, den nächsten Selbsterfahrungstrip mit oder ohne (in der Regel männlichen) Guru zu erkaufen.
Für uns ist das ein völlig apolitischer Weg nach innen, der niemanden stört. Klar paßt es z.B. den FCKW-produzierenden Industrien besser in den Kram, wenn einige in Belzig (Sitz von ZEGG) das Ozonloch über der Antarktis wegmeditieren wollen, als wenn ebendiese Leute sie mal in ihrer Führungsetage "besuchen".

Auch bei ZEGG fanden wir das therapeutische Angebot, das "Ich selbst" zu renovieren: wenn die "Innenweltkrise" überwunden ist, ist es die "Umweltkrise" auch, so Rudolf Bahro[1], Anhänger und massiver Förderer von ZEGG.
Es gibt von feministischer und gemischter autonomer bzw. antifaschistischer Seite schon länger eine Auseinandersetzung um die (zusammengehörenden) Projekte **ZEGG /Projekt Meiga/ Sexpeace**. Auch uns waren diese Projekte bereits durch ihren krassen Antifeminismus und Sexismus aufgefallen; wir haben uns jetzt eingehender damit beschäftigt. "Wir" sind im übrigen eine antifaschistische Lesbengruppe. Wir beziehen uns auf die FrauenLesbenSzene (Sektion "Anti-Innerlichkeit").

Reise nach Belzig - "Liebe ist unvermeidlich"

Das ZEGG liegt eine Autostunde südwestlich von Berlin. Das Gelände ist 15 ha groß und frei zugänglich - die Tore sind offen. Das Gelände mit u.a Tagungshaus, "Dorfkneipe", "ZEGG-Universität" usw. hat gewollten Dorfcharakter. Es wohnen dort 50-70 Erwachsene und (je nach dem) ca. 10-15 Kinder. Die Kinder haben alle ein Zimmer bei ihren Eltern und eins im Kinderhaus, hinter diesem liegt der Kinderbereich.
Während der regelmäßig stattfindenden Camps leben viele BesucherInnen (gegen Geld und zwar nicht wenig) im ZEGG; 700 Leute etwa werden hier in den 3 Monaten "Sommercamp" durchgeschleust. Angesprochen von den Camps und den Veranstaltungen im ZEGG werden Frauen und Männer, die sich mit Spiritualität, Ökologie/Natur und Gemeinschafts- bzw. Beziehungsformen beschäftigen und vor allem Frauen und Männer, die sich (hetero-)sexuell "ausleben" bzw. "befreien" möchten. Alles in al-

1 Wollte in der DDR einen anderen Sozialismus, mußte dort wegen seinem Buch in den Knast und dann in die Ex-BRD. Hier bei den Grünen engagiert. Schwimmt jetzt mit auf der Innerlichkeitswelle und predigt die Katastrophe, u.a. in seiner Funktion als Prof der Humboldt-Uni. Wird von einigen wegen einem seiner Bücher als "Ökofaschist" gehandelt - wir haben das Buch nicht gelesen ...

lem etwa ein Spektrum von öko, spiri und irgendwie "alternativ"; der Zulauf aus Berlin dürfte gesichert sein.
Die Atmosphäre im ZEGG läßt vermuten, daß ein großer Teil der Frauen und Männer dort akademische Bildung bzw. Abschlüsse hat. Dies äußert sich darin, daß (zumindest nach außen) sehr großes Gewicht auf alle möglichen Arten von Forschung gelegt wird oder daß zumindest alles möglich unter dem Motto "Forschung" läuft (z.B. finden die angebotenen Bums-Touren nicht auf einem profanen Kutter statt, sondern mit dem "Delphinforschungsschiff Kairos"). Auch wird das Prestige der Arbeitsplätze im ZEGG sehr klassisch bürgerlich bewertet ("Kopfarbeit" mit Verantwortung und Repräsentation wird höher bewertet als "Handarbeit" - so gibt es scheinbar immer große Schwierigkeiten, eine/n für die Gartenarbeit zu finden). Zudem herrscht der reinste HeTerror, frei nach dem Motto: "wenn du an deinen Bedürfnissen arbeitest, merkst du schon, was deine eigentliche Lust ist". Zur Erklärung: die "eigentliche" Lust ist natürlich die Natürliche und die ist natürlich heterosexuell.
Die Versuche im ZEGG, "freie Sexualität" mit Partnerschaft zu verbinden, sehen zumindest aus unserer "unbefreiten" Sicht der Dinge doch wieder sehr nach herkömmlicher Kleinfamilie aus.

> Unser Lieblingszitat: *"Einem amerikanischen Forscher ist es gelungen, einen Kaktus ohne Stacheln zu ziehen. Er hat ein Vertrauen aufgebaut, das der Pflanze die äonenalte Angst und Verteidigungshaltung genommen hat"* (ZEGG 5/6,'93)

Das ZEGG ist eine GmbH, außerdem gibt es im ZEGG bzw. angeschlossen an das ZEGG noch weitere Firmen. Viele der ZEGG-Mitglieder sind Angestellte einer dieser Firmen oder direkt von ZEGG (Verwaltung etc.), einige verdienen ihr Geld außerhalb. Jede/r ist für den Gelderwerb und für die materielle Lebenssicherung selbst zuständig. Ob und wieviel Verdienst es gibt, wissen wir nicht, definitiv wissen wir nur in einem Fall, daß es für die geleistete Arbeit Kost und Logis gibt - es wird wohl nicht der einzige sein.
Um es nochmal klar zu sagen: ZEGG ist keine Landkommune, sondern ein durchkapitalisiertes Projekt mit Ambitionen zum Eso-Konzern, wo alle entweder Angestellte bzw. LeiterInnen vom ZEGG oder zahlende Gäste sind (z.B. müssen die, die beim Workcamp mitmachen auch noch 40 DM pro Tag zahlen, um dafür täglich 6 Stunden zu arbeiten; die Spiri- und Selbsterfahrungskurse sind wie üblich auch nicht gerade billig).
Die Struktur wird wegen der achso schrecklichen Kollektiv- bzw. Kommuneerfahrungen der letzten 20 Jahre im übrigen mit dem schicken Zeitgeistbegriff (hallo taz!) als "transparente Hierarchie" bezeichnet. Bedeutet: alle wissen wenigstens, wo oben und unten ist.

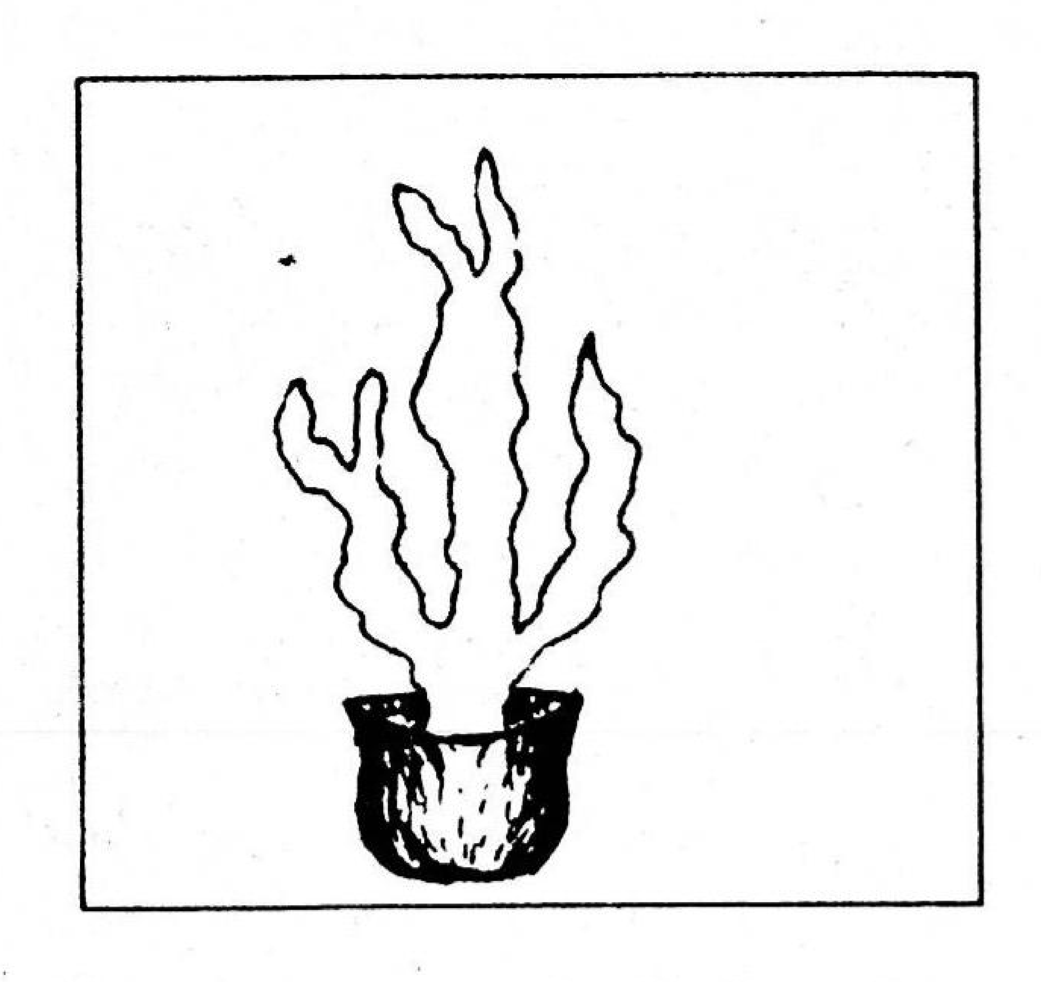
Der "Geist"

ZEGG ist dem eigenen Selbstverständnis nach eine Gemeinschaft, die Menschen anspricht, die "auf der Suche nach neuen Wegen" sind, um die gesellschaftliche und/oder ökologische Katastrophe zu bewältigen. Dabei begreift sich das ZEGG als ideologiefrei; politisch findet keine Selbstzuordnung statt, obwohl viele ZEGG-Mitglieder eine linke bzw. "alternative" Vergangenheit haben.
Die "politische Perspektive" für ZEGG entwickelt Dieter Duhm (Alt-68er, Ex-Sozialist und ehemaliges Mitglied der AAO-Kommune um Otto Mühl). In seinen Schriften legt er viel Wert auf pseudowissenschaftliche Formulierungen und verzichtet dabei auf jeden analytischen Gedankengang. Thesen und Beispiele werden willenlos aneinandergereiht ("Jugoslawien, Hunger in Afrika, Golfkrieg und Aids") und sind austauschbar, Hauptsache sie belegen die "apokalyptische Situation" - weiter wird dann nicht darauf eingegangen. Duhm geht es weder um Ursachen noch um Verantwortlichkeiten. Im Aufbau vieler ZEGG-Gemeinschaften, die "technisch und geistig" in der Lage sein sollen, die Welt zu retten, sieht er den Weg aus der Krise. "Wir wollen entsprechende Parzellen aufbauen, an verschiedenen ausgewählten Orten der Erde." Wer wann wo und wie die Erde rettet, bestimmen die ZEGGlerInnen bzw. Duhm. Daß das "Wir" weiß und europäisch ist, scheint selbstverständlich.
Auch die Message:
Technologiebegeisterung + konsumierte Spiritualität = *"Gesamtinformation für eine gewaltfreie Erde"* gilt scheinbar für alle Heten auf diesem Planeten[2] gleichermaßen.

Unter der Devise, Möglichkeiten zur Veränderung selbst neu zu entwickeln bzw. zusammenzutragen, wird wild in alle Richtungen gespäht, Berührungsängste gibt es im ZEGG nicht. Wenn eine/r was zu den zentralen Themen des ZEGG zu sagen hat, dann spielt es keine Rolle aus welcher Ecke er oder sie kommt. Je bekannter die ReferentInnen, desto besser, weil publikumswirksamer.
Viel Wert wird z.B. auf die Aneignung des "uralten Indianerwissens" gelegt. Dazu werden auch Workshops angeboten. Da viele Native Americans aber überhaupt nicht (mehr) bereit sind, irgendwelchen dahergelaufenen EuropäerInnen ihr spirituelles Wissen und ihre Traditionen zu vermitteln, wird im ZEGG auf die Plastikmedizinmänner[3] bzw. die von ihnen ausgebildeten

---

[2] heterosexuelle Menschen auf der Erde
[3] Plastikmedizinmänner zeichnen sich dadurch aus, daß sie:
- nicht im Stammesverband leben und bei "Ihren" Stämmen oft unbekannt sind,
- eine entpolitisierende Wirkung haben
- Rituale und Zeremonien aus dem kulturellen und sozialen Kontext reißen und verfremden
- guruhaft auftreten
- "indianische Spiritualität" kommerzialisieren
- im deutschen Sprachraum Schülergemeinden aufbauen und weiße Neoschamanen ausbilden.



Neoschamanen als ReferentInnen zurückgegriffen. Das hat außerdem den Vorteil, daß die zahlenden Work-Shopper nicht mit irgendwelchen politischen Forderungen der unter Ethnozid-Bedingungen lebenden Natives belastet werden: die "Medizinmänner und -frauen" des (künstlichen) *Deer Tribe*[4] mit ihrem "Häuptling" *Swift Deer* sind dafür bekannt, Inhalte und Anliegen der Natives und der Solibewegung zu entpolitisieren bzw. in reaktionäre Bahnen zu lenken.

Ebenfalls als Referent ins ZEGG geladen war Peter Caddy von der "Findhorn"-Gemeinschaft.
"Findhorn" war 1962 in Schottland als Wohnwagenpark gegründet worden, heute ist daraus ein multinationaler Esoterik-Konzern entstanden; eine New-Age-Großgemeinschaft, unter deren Dach verschiedene Firmen betrieben werden[5]. Findhorn ist vom britischen Staat von Steuern befreit, hat gute Connections zu verschiedenen Wirtschaftsriesen und finanziert sich u.a. von "den Suchenden": Genau wie bei ZEGG können Interessierte gegen Kohle ackern oder Geld für Spiri-Seminare abdrücken. Voraussetzung für die Aufnahme in die Findhorn-Gemeinschaft sind die Aufgabe des "freien Willens" und die Unterordnung unter die Disziplin(en): Sauberkeit, Gottesfürchtigkeit und Pünktlichkeit. KritikerInnen fliegen wieder raus.

Für den New-Age-Propheten David Spangler - der nebenbei bemerkt in Findhorn als Reinkarnation von Christus verehrt wird - ist Findhorn ein "Übungsplatz und neugebildetes Heiligtum für die 5. Wurzelrasse".
Peter Caddy (ehem. Mayor der britischen Luftwaffe) ist der Gründer von Findhorn und Anhänger der "Lehre von den Wurzelrassen" der Mme Blavatsky, daher auch sein Ziel, die "6. Wurzelrasse" zu züchten. Die Wurzelrassentheorie ist eine esoterische Rassentheorie. Sie besagt, daß es sieben Wurzelrassen gibt, die evolutionär aufeinander folgen, und daß die "niederen Rassen" (Zitat: "Rothäute, Eskimos, Papuas, Australier usw.") aussterben müssen, um der "höheren Rasse" Platz zu machen; die höchst entwickelte Rasse wäre lt. Blavatsky die "arische".

Insgesamt wird im ZEGG aus allen esoterischen bzw. spirituellen Richtungen konsumiert, was genehm ist, der Rest (wie auch immer er sei) wird angeblich ignoriert.

Im Namen der Täter

Im Juni 1992 begann in Köln ein Prozeß gegen einen 40jährigen Erzieher, er wurde wegen sexuellem Mißbrauch an Kindern angeklagt. Da er laut ZEGG "ein engagierter Gast auf Tagungen des Projekts Meiga gewesen war und seither zum Interessentenkreis des ZEGG gehörte" (ZEGG extra, S. 9), fühlten sich die ZEGGlerInnen genötigt, sich in einer Zeitungssondernummer mit dem Titel "Sexualität und Kinder" zum Thema zu äußern. Das Verhalten des Angeklagten wird hier in keinster Weise thematisiert - schuldig sind laut ZEGG "durchgedrehte Radikalfeministinnen". Ihnen wird vorgeworfen, aus Mangel an anderen Themen Kindern den sexuellen Mißbrauch erst einzureden und sie somit "psychologisch zu vergewaltigen". Außerdem seien die Feministinnen Teil einer "neuen Mißbrauchsindustrie", die sich in diesem sozialen Bereich ihre Arbeitsplätze sichern wolle. Schuldig sind auch Presse und Kirche. Allesamt bilden sie laut ZEGG die neue "Anti-Sex-Allianz".
Vordergründig wird in dem Sonderheft "im Namen der Kinder" geschrieben und sich vom "Sex mit Kindern" distanziert.
Die Darstellung des Prozesses, die Erklärungen von ZEGG zu sexuellem Mißbrauch, die Feinderklärung vor allem an Frauen, die gegen sexuelle Gewalt an Mädchen (und auch Jungen) arbeiten, die Polemik der Artikel sowie die Eigendarstellung von ZEGGlerInnen über ihr Verhalten Kindern gegenüber machen deutlich, daß hier im Namen der Täter geschrieben und agitiert wird.
Die Täterentlastung der ZEGGlerInnen funktioniert auf drei Ebenen:
a) *sexueller Mißbrauch ist eine Erfindung "durchgedrehter Radikalfeministinnen" und der "Anti-Sex-Allianz"*. Es gibt ihn also faktisch nicht.
b) *sexueller Mißbrauch ist Produkt einer kaputten Gesellschaft und einer entfremdeten Gesellschaft* - also Tat(en) sogenannter Perverser.
c) *sexueller Mißbrauch ist von Kindern ausgelöst* - also die Opfer sind schuld. (Dieselbe Argumentation wird von Dieter Duhm seit 20 Jahren gegen vergewaltigte Frauen ins Feld geführt, siehe D.D.: "Angst im Kapitalismus", 1972).
Fazit: ZEGG propagiert nicht Sex mit Kindern! Sie haben aber ein großes Interesse an Täterentlastung. Jede (eigene) Verantwortung der realen Täter wird bestritten, sexuelle Gewalt an Mädchen und auch Jungen wird bagatellisiert. Wenn dann auch noch die Opfer und die, die gegen sexuelle Gewalt arbeiten, diffamiert werden, wird sexuelle Gewalt letztendlich unterstützt.
Aus der Art und Weise wie ZEGG mit sexueller Gewalt an Mädchen und auch Jungen umgeht, schlußfolgern wir, daß ihr "sexueller Humanismus" auf einer zutiefst patriarchalen Vorstellung basiert. Hierarchien und Gewaltverhältnisse zwischen Kindern und Erwachsenen und auch zwi-

---

4 "tribe" = "Stamm"
5 Findhorn wurde auch in Öko-Kreisen u.a. dadurch populär, daß sie angeblich durch spirituelle Zeremonien selbst auf kargem Boden ungeheuerliche Ernteerfolge bei Nutzpflanzen erzielen konnten, z.B. Riesenkürbisse etc. Leider wissen wir heute, daß das Gelände (ein ehemaliger Luftwaffenstützpunkt) hochgradig radioaktiv verseucht ist ...

schen Frauen und Männern werden von ZEGG negiert; Frauen, die die sexuelle und sexistische Gewalt als Struktur öffentlich machen, verursachen dieser Logik zufolge erst das "gestörte Geschlechterverhältnis:
"Es ist aber unleugbar, daß ein gewisser Flügel der Frauenbewegung uns Männer gegenwärtig als unbeherrschbare Vergewaltiger betrachtet, vor denen kein Kind sicher ist (...) das heißt, mit diesem einen Satz (...) machst du eine ganze Generation von Mädchen innerhalb von 10-12 Jahren total frigide. Das ist die wirkliche Katastrophe, die uns bevorsteht." (ZEGG extra, S. 21) Dieses männliche Horrorszenario stammt aus dem erlauchten Mund des Sexualwissenschaftlers und "Neue Revue"-Briefkastenonkels Ernst Bornemann, auf den sich im ZEGG immer wieder bezogen wird. Er wiederum findet ZEGG unheimlich prima, weil für ihn dort der "Geschlechterkrieg" nicht tobt. Herr Bornemann ist außerdem der Ansicht, daß zur Zeit ein wahrer "Krieg gegen die Heterosexualität" stattfindet. Es gibt seiner Meinung nach eine stetige Abwanderung aus dem "Lager der Heterosexuellen" in das "Lager" der "sexuellen Minderheiten" (d.h. bei ihm Homosexualiät, S/M, Fetischismus), darin drückt sich für ihn das "zunehmende Mißtrauen gegenüber dem anderen Geschlecht" aus (alles nachzulesen in diversen ZEGG-Zeitschriften).
Bornemann geht von der nicht sehr progressiven These Wilhelm Reichs aus, Heterosexualität sei natürlich, Homosexualität stelle eine Ablenkung vom Eigentlichen dar (dies scheint auch bei ZEGG Konsens zu sein). Er spaltet auf in "echte Lesben" und (abgewanderte) "Pseudo-Lesben". Lustvolles FrauenLesbenLeben gegen die Mär, daß jede Frau einen Mann brauche, wird unsichtbar gemacht.
Feministinnen, Lesben und Schwule sind laut Bornemann verantwortlich für das miserable Geschlechterverhältnis. ZEGG nimmt solche Thesen dankbar auf. Denn auch bei ihnen geht es ausschließlich um sexuelle Freiräume von heterosexuellen Frauen und Männern.

ZEGG muß weg!

Hinter dem soften Geblubbere in den Publikationen von ZEGG stehen Allmachtsphantasien: In eurozentristischer Manier baut ZEGG den "neuen Menschen" auf, will "weltweit" vernetzen, gibt Rassisten Raum. Die ZEGGlerInnen haben einen enormen Expansionsdrang und wollen in 10 Jahren eine ganze Stadt sein. Sie sind penetrant missionarisch. Der von ihnen propagierte "sexuelle Humanismus" steht für die Verschleierung und dadurch Tolerierung von sexueller Gewalt an Mädchen, Jungen und auch Frauen und für Schwulen-/Lesbenfeindlichkeit. Zur Befreiung der Sexualität trägt ZEGG soviel bei wie zwischen Nagel und Finger paßt.

Es gibt wie aufgeführt 1000 gute Gründe, gegen ZEGG zu sein. Das muß nicht mit Superlativen ohne Aussage wie z.B. "faschistische Sex-Sekte" begründet werden. Zudem diese ungefüllten Schlagworte auch Interessierte für Argumente unempfänglich machen.

Ob es sich bei ZEGG tatsächlich um eine Sekte handelt, können wir nicht abschließend beurteilen; unseres Wissens gibt es freien Zu- und Abgang und kein Interesse, Ausstiegswillige in Belzig zu halten.

Viele sind auf der Suche nach anderen Lebens-/Liebe s-/Arbeitsformen. Oft ist das zu wenig Thema und/oder wird privatisiert. ZEGG kann hier nicht das Ziel sein.

ZEGG-Publikationen bitte in die blaue Tonne. Keinen Raum für ZEGG: wenn schon innerlich, dann konsequent!

Für ein HERRschaftsfreies, lustvoll-befreites Leben - ohne ZEGG!



V.i.S.d.P.: M. Dietrich, Lustgarten, 12345 Berlin

Auf den Weg zum eigenen Gartenzwerg oder Die Zwiebel nicht aus den Augen verlieren

Seit dem 2. Juni (welch denkwürdiges Datum) wurden mindestens in Kreuzberg 36 Drohbriefe an BewohnerInner von Dachgeschosswohnungen im sozialen Wohnungsbau verschickt (siehe Kasten in der Mitte). Wir haben von der Aktion per Zufall erfahren. Am Anfang waren wir noch unschlüssig, ob wir darauf überhaupt eingehen sollen. Aber im Laufe unserer Diskussionen wurde uns immer klarer, wie nötig es ist, uns über Wege und Ziele einer Anti-Umstrukturierungspolitik in bedrohten Bezirken auseinanderzusetzen.

Wir, das sind Leute, die seit einigen Jahren Stadtteilpolitik machen und die mit vielen verschiedenen Aktionen gegen die drohende Umstrukturierung unserer Kieze Front gemacht haben. Wegen dieser Erfahrungen teilen wir auch die Einschätzung der Schreiberlinge, dass private Luxusmodernisierung, Umwandlungen in Eigentumswohnungen und Dachgeschossausbauten Teile einer Umstrukturierungs- bzw. Vertreibungspolitik sind. Doch auch hier muss differenziert werden. Durch private Luxusmodernisierungen und Umwandlungen in Eigentumswohnungen werden ganz gezielt Menschen mit geringen Einkommen aus ihren Häusern, aus ihren Kiezen vertrieben. Aber trotzdem sind die, die dort wohnen bleiben, nochlange keine gutverdienende Profiteure. Denn diese Wohnungsnot führt dazu, dass sich die Menschen lieber bei vielem einschränken, mehr arbeiten gehen, als irgendwann ohne Dach über dem Kopf dazustehen.

Dachgeschossausbau hingegen schafft erstmal neuen Wohnraum - dagegegen wäre so erstmal nichts einzuwenden, wenn diese Wohnungen bezahlbar für die Menschen im Kiez wären. Dies ist aber in den meisten Fällen nicht der Fall, d.h. diese Wohnungen kosten zwischen 20 und 30 DM pro qm, bis auf die wenigen "sozialen" Dachgeschosswohnungen, die sich in ihrem Mietniveau dem "sozialen" Wohnungsbau anpassen und auch genauso lange in der Mietbindung sind. Wir sagen das mit den "sozialen" Dachgeschosswohnungen deswegen, weil damit klar wird, dass nicht jeder Dachgeschossausbau ein <u>direkter</u> Beitrag zu Yuppisierung der Kieze darstellt.

Aber zurück zu den Drohbriefen. Auch wenn diese Art von Drohungen nichts als heisse Luft sein könnte, finden wir es fatal, solchen Terror gegen die NutzerInnen dieser Wohnungsbaupolitik zu richten und nicht gegen die VerursacherInnen. In Zeiten extremer Wohnungsnot kann es wohl keiner/m verübelt werden, sich der Mietenexplosion, so weit es möglich ist, anzupassen. Sicher fällt die Grenzziehung zwischen VerursacherInnen und ProfiteurInnen bei machen Fällen nicht so leicht, doch der Kampf gegen die Umstrukturierung unserer Kieze wird nur Erfolg haben, wenn Aktionen vermittelbar in Öffentlichkeitsarbeit/Propaganda eingebettet sind und gegen die direkten VerursacherInnen gerichtet sind. So eine undifferenzierte, breitgestreute persönliche Bedrohung kann nicht unser Kampfmittel sein, weil eben die Grenzziehung zu den VerursacherInnen nicht vollzogen wird. Es gibt massenweise Spekulanten, Baufirmen und verantwortliche PolitikerInnen, deren Büros und Fahrzeuge nur auf einen Besuch warten! Es ist doch eher ein Zeichen von Ohnmacht und ein Mangel an zielgerichteter Perspektive, an die nicht ranzugehen.

Wer Leute persönlich angreift bzw. das androht, sollte sicher sein, dass es die Richtigen trifft!

Um es hier nochmal in aller Schärfe zu sagen: Wir halten eure Briefterroraktion für absolut kontraproduktiv. Und damit ihr nicht noch vollkommen durchknallt und demnächst ungezielt MieterInnen in luxusmodernisierten Häusern angreift, einen Tip für euch proletarische HeldInnen. Wenn euer Kampfmittel schon Drohbriefverschicken ist, dann schickt die doch wenigstens an die Spekulanten im Grunewald.

Hallo Ihr Dachgeschoßschmarotzer !

WIßT IHR EIGENTLICH,DAß :

-*hier proletarisches Terrain ist,hier 14 % der Menschen mit Sozialhilfe und 20 % mit Arbeitslosengeld überleben*

-*Mietspekulanten sich breit machen,die uns mit Luxusmodernisierungen und Eigentumwohnungsumwandlungen aus dem Stadtteil vertreiben wollen*

-*naive Schmarotzer,wie Ihr,davon profitieren und hier herziehen*

-*als Antwort darauf Brandanschläge auf Karrieristenautos,überfälle auf Luxusrestaurants,Einbrüche in Luxuswohnungen,körperliche Angriffe auf Typen wie Euch in letzter Zeit im Viertel zugenommen haben*

-WIR AUCH EUCH IM FADENKREUZ HABEN ?!?!

VERSCHWINDET-IHR SEID HIER UNERWÜNSCHT !

DER KRIEG "KLASSE GEGEN KLASSE" KOMMT BALD AUCH IN EURE STRAßE !

2.6.93

Ausserdem ist Kreuzberg schon lange kein proletarisches Terrain mehr, auch wenn ihr es mit eurem verklärten Blick nicht wahrhaben wollt. Eure Grenzziehung zwischen "Gut und Böse" macht sich an einem überholten Klassenbegriff fest, dass es fast schon beliebig erscheint, wer noch dazugehört und wer "ins Fadenkreuz" gehört.
Da ihr euch auf den Krieg "Klasse gegen Klasse" bezieht, haben wir die längst schon weggelegte, gleichnamige Broschüre "Klasse gegen Klasse" (seit März in der Szene verteilt) wieder rausgekramt. Daraus auch folgendes Zitat zur Klassenzusammensetzung.

> Auch zuletzt aus dieser Einschaetzung heraus definieren wir die Zusammensetzung unserer Klasse, also all diejenigen, bei denen wir ein objektives und subjektives Interesse an einer revolutionaeren Umwaelzung vorraussetzen koennen, in der BRD, wie folgt:
> - alle Arbeiter, auch Facharbeiter und kleinen Angestellten, Zeit-, Leih- und Schwarzarbeiter
>   gegen den Mythos des priviligierten und darum korrumpierten Facharbeiters sollten mal die niedrigen Facharbeiterloehne beispielsweise im Metall-Elektrobereich betrachtet werden. Zudem sind alle Industriebereiche von der zugespitzten Krise betroffen.
> - Arbeitslose, alle die in Fortbildungs-, Umschulungs- und ABM-Programmen stecken, Sozialhilfeempfaenger, Obdachlose, Empfaenger niedriger Renten, Mehrheit der Behinderten und alleinerziehenden Muetter
> - Fluechtlinge
> - Mehrzahl der Heim- und Knastinsassen
> - alle diejenigen aus den Mittel- und Oberklassen, die sich bewusst und tatkraeftig auf die Seite unserer Klasse stellen

(Zitat aus der Broschüre "Klasse gegen Klasse")

Wir fanden den letzten Aspekt sehr passend für eure Genauigkeit. Denn einerseits ist es wohl eure eigene Eselsbrücke, um euch auch noch "Klasse" fühlen zu können. Und zum anderen seid ihr euch wohl überhaupt nicht bewusst, dass ihr bei euren ungezielten Angriffen auch immer mal wieder Menschen aus "eurer Klasse" im Fadenkreuz habt. Z.B. MieterInnen von Dachgeschossen im "sozialen" Wohnungsbau oder in luxusmodernisierten Wohnungen.
Und überhaupt wird in der Broschüre ein eindimensionaler Haupt- und Nebenwiderspruchsansatz verbraten, der nur den Klassenwiderspruch kennt, und die rassistischen und patriarchalen Widersprüche in diesen Rahmen zwängt. Diese Klassen"analyse" fällt weit hinter denen aus der Zeit der IWF Mobilisierung zurück. Sie scheint auch nur zu einem Zweck gemacht worden zu sein, nämlich der billigen Propagierung eines einfachen Schwarz-Weiss bzw. Freund-Feind Schemas. So wichtig es ist, klare und deutliche Trennungslinien zwischen uns und unseren Feinden zu ziehen, so wichtig ist es auch, diese Linien immer wieder zu überprüfen und ggf. neu zu stecken. Wer nicht mehr überprüfen will, wer es verlernt hat zu differenzieren, ist auf dem besten Weg Stalin in seine/ihre Arme zu schliessen.
Lernt endlich Zielen!

Exkurs in die Geschichte - August 87 - CARP-Kongress

Eine Gruppe plant eine Bombendrohung gegen den CARP-Kongress im ICC unter dem Namen "Rote Zelle 1. Mai". Diese Aktion und der sich daraus abgeleitete unbegründete Spitzelvorwurf gegen zwei Menschen aus dieser Gruppe, lassen eine heftige Kontroverse entstehen. Gerade die verschiedenen Gruppen (einige davon kommunistisch angehaucht), die diese Diskussion angezettelt hatten, ziehen nach den endlosen Diskussionen eine klare Grenze, die grosse Teile der Szene so mittragen: Die geplante Bombendrohung gegen den CARP-Kongress war eine eindeutige Conter-Aktion.

> Kritik kam an unseren eigenen Strukturen, die es moeglich machten, dass solche Counter-Aktionen mit Bezug auf uns und in unseren Zusammenhaengen ueberhaupt geplant werden koennen.
>
> Alle unsere Aktionen muessen politisch inhaltlich klar bestimmt sein und sich uwber diesen Inhalt auch vermitteln lassen. Das heuisst konkret, dass eine politische Bestimmung von Aktionen hin zu revolutionaer selbstbestimmtem Handeln nur erfolgen kann, wenn ausgehend von einer gemeinsamen inhaltlichen Diskussion Jeder und Jedem die politische Zielsetzung klar ist.
> Genau in diesem Zusammenhang sind die Bombendrohung gegen die Taz und das Anstecken des Kellers im Wohnhaus, in dem Nowakowski wohnt, fuer uns Counter-Aktionen.

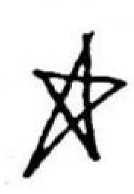
(Zitat aus dem Flugblatt "Nachbereitung der VV im SO 36 am 13.6.87)

Für die Verteidigung der Stadtteile –
Gegen die Umstrukturierung!
Die Häuser denen die drin wohnen, bzw. denen die sie brauchen!

An den/die VerfasserIn des Textes "Autonome Imperative", Interim vom 3.6.93! (Gedanken zu einem autonomen Politikverständnis)

Du schreibst in diesem Text, daß Kant und Sokrates für Dich "Vordenker...der autonomen Bewegung" seien. Ich kann da nur hoffen, daß Du damit der später von Dir erhobenen Forderung nach Selbstironie nachkommen wolltest. Deinen umfangreichen Ausführungen zufolge, muß ich allerdings annehmen, daß Du es ernst meintest...
Um mit meiner Kritik einmal ganz allgemein anzufangen:
Eine autonome Politik braucht keine Vordenker! Nicht nur ,wie von Dir gefordert, "erzwungene Autortäten" lehne ich ab, sondern jede Autorität (Autorität definiere ich also in Verbindung mit Macht. Eine wissenschaftliche Autorität als eine Person, die zunächst einmal nur viel weiß, ist also nicht unbedingt gemeint)
Wir brauchen keine andren Herren, sondern keine!!!
Die tatsache, daß ich hier Brecht zitiere, zeigt daß ich eine Auseinandersetzung mit DenkerInnen begrüße, möchte sie aber besten - falls als GedankenanregerInnen verstanden sehen. Es ist an der Zeit, daß wir endlich ~~lernen~~ **selber** denken lernen, und uns nicht von irgendwelchen Mackern vordenken lassen, wie es leider in vielen "autonomen Zusammenhängen" noch der Fall ist!
Ich denke, nicht Marx, nicht Lenin, nicht Alice Schwarzer und schonmal garnicht Kant! Sie können mir bestenfalls "auf die Sprünge helfen". Daher möchte ich auch keinen Imperativen folgen (=Befehl, Forderung). Ein "autonomer Imperativ", wie dein Text überschrieben ist, sei diese Formel nun von Dir oder der Reaktion gewählt, ist für mich ein Widerspruch in sich, ein Paradoxon. Es ist schlimm genug, daß auch in der autonomen Szene Imperative **herrschen**.
Es muß um die Ablehnung jeglicher Imperative gehen, seien sie nun "autonomer" oder gar kategorischer Art.
Nun also zu Kant und seinem kategorischen Imperativ(=unbedingte Moralforderung). An einem vielzitierten Beispiel möchte ich zeigen, was Kant in seiner Extremform darunter verstand:
Die Situation: Menschen verfolgen eine Person, die Du für schützenswert und unschuldig hälst. Du versteckst sie in Deinem Keller. Nun klingeln die VerfolgerInnen(ich glaube es handelte sich um einen Mörder) an Deiner Türe, und fragen Dich ob Du besagte Person versteckt hälst. Und wie sollst Du nun antworten, ganz autonom?? Mit Ja!!! Denn, so Kant, ist die Lüge freilich eine arg verwerfliche Tat. Um die Welt nun vom Übel zu befreien, sollst Du also nicht, d.h. nie lügen, also auch in dieser Extremsituation nicht! Wir sollen ja **stets** so handeln, das unsre Handlung zugleich als "Maxime füf eine allgemeine Gesetzgebung gelten kann".
Einmal davon abgesehen, was wir von einer allgemeinen Gesetzgebung halten sollen, zeigt sich im Kern des kategorischen Imperativs also reiner **Dogmatismus**. Wenn Du damit auch Probleme haben magst, wirst Du, oder zumindestens einige der geneigten LeserInnen; mir darin zustimmen, daß ein Steinwurf u.U. eine angemessene Handlung sein kann, da sie z.B. das einzig mögliche Mittel ist. Kurz: ein Steinewurf kann legitim sein. Das bedeutet nun aber nicht, daß er zur obersten Maxime erhoben werden soll oder gar in einem allgemeinen Postulat formuliert werden kann.
Der kategorische Imperativ widerspricht also kategorisch einem Verständnis autonomer Politik, welches ich, ohne mir dabei über Geschichte und Verwendung des Begriffes bewußt zu sein, eine "Situationsethik" nennen möchte. Für mich bedeutet dieser Begriff, daß hierbei moralische Forderungen nicht pauschalisierend, etwa in Form von Gesetzen, auf jede beliebige Situation angewendet werden, sondern gerade für eine bestimmte Situation Kriterien von mündigen, und damit letztlich autonomen Individuen entwickelt werden. Das bedeutet eine grundsätzliche Ablehnung jeglicher Institutionalisierung, womit natürlich eine gewisse Unfähigkeit einhergeht, in einer stark institutionalisierten Gesellschaft "effektiv" handeln zu können. Damit beweist im Grunde die Hand-

lungsunfähigkeit,die auch Du beklagst,die Autonomie der Autonomen. Das soll jetzt nichts beschönigen oder von(strukturellen)Problemen ablenken.Tatsache ist nur,daß eine Form der Politik,die der der Herrschenden diagonal entgegengesetzt ist,nicht so sehr äußeren Erfolg verzeichnen kann,wie es letzter tut. Zur Fragestellung "Autonomie oder Institutionalisierung",wie es für die Frauenbewegung so bedeutend ist,möchte ich noch anmerken, daß gerade aus dieser Situationsethik heraus,u.U.eine Zurückgreifen auf Institutionen im Sinne eines Sich-Bedienens auch aus autonomer Position heraus möglich sein kann.
Um aber nochmal auf Kant zurüchzukommen:Er war doch derjenige, der eine London-Reiseführerin schrieb,ohne selber jemals dagewesen zu sein.Und was darf ich mit den Menschen tun,(um es einmal polemisch auszudrücken)die ihr Wissen nur aus Büchern haben? Ich darf sie getrost ins Regal stellen!
Eine autonome Politik sollte meiner Meinung nach auch ein umfassenderes Menschenbild berücksichtigen,als/es die Aufklärung tat. Der Mensch ist nicht nur Verstand.Er/Sie ist auch Körper,Seele und Geist.
Dem Vorwurf,die von mir propagierte Situationsethik würde einem neuen Dogma gleich kommen,möchte ich dahingehend begegnen,daß sie per se undogmatisch,da in gewisser Weise beliebig zu füllen, ist.Darin sehe ich dann auch eher das Problem."Moralische"und zugleich undogmatische Positionen zu entwickeln,dürfte die Aufgabe sein.Eine Kontinuität von Kant zur autonomen Bewegung zu ziehen wäre nicht nur traurig,sondern inhaltlich wie auch empirisch falsch.
Vielleicht meinen wir das Gleiche.Aber das war nix mit dem Kant!

Gundel Gaukeley 

---

betr.: Interim Nr. 245 Seite 17-19 "Notizen vom Konkret-Kongreß"

EINE KURZE GEGENNOTIZ

Einerseits möchte ich festhalten, daß die in dem oben genannten Artikel geäußerten Unterstellungen gegen a.f. (S. 18 unten und Seite 19 oben) nicht zutreffend sind.
Andererseits stellen sich mir einige Fragen: Warum ist es der Redaktion beim Machen der Nummer 245 nicht aufgefallen, daß hier ein namentlich genannter Genosse auf üble Art persönlich denunziert wird ? In dem ganzen Text wird kaum inhaltlich über den "Konkret"-Kongreß berichtet und Positionen benannt, sondern es werden nacheinander Personen vorgestellt und entweder "abgeschossen" oder über den grünen Klee gelobt. Dies entspricht einen politischen Verständnis von den "großen Männern und Frauen", nur eben auf pseudolinksradikal.
Ist es nicht möglich, Kriterien aufzustellen, die es verunmöglichen, daß jedeR aus der Sicherheit der Anonymität heraus irgendeinen Blödsinn über irgendjemand behaupten kann, der dann erstmal so dasteht und für den/die LeserIn nicht überprüfbar ist? Wäre es nicht vorstellbar, von AutorInnen - die namentlich benannte Personen aus der Linken und Szene angreifen - zu verlangen, daß sie sich selbst namentlich kenntlich machen ? Dies gilt meiner Meinung nach auch für den mit "Hamburg -März '93" unterzeichneten Beitrag auf Seite 10-11 in der Nummer 245 oder vor mehreren Wochen den Beitrag betreffs Mathias A. ? Muß mensch nicht deutlich zwischen "Anklage" und "Wahrheit" unterscheiden können ? So abgedruckt erscheinen "Anklagen" als "Urteil" und "Wahrheit". Dem Mißbrauch ist Tür und Tor geöffnet.
Aufgefallen ist mir noch, daß mich dieser Stil erst richtig ankotzte, als es einen Bekannten von mir betraf und ich die "Ohnmacht" des Genannten gegenüber dem nun in aller Öffentlichkeit auf dem Papier Stehenden mitbekommen habe.
Ich erwarte eine Diskussion dazu in der Zeitung und die Erarbeitung von Kriterien, die zumindest in Zukunft solche Fälle verhindern.

ein an der "Interim" Beteiligter

EINE KURZE GEGEN-GEGENNOTIZ

Ohne den Artikel in der Nr. 245 über den Konkret-Kongreß auch nur verteidigen zu wollen, finden wir es unmöglich, diese Kritik gleich mit der Anzweiflung von zwei Vergewaltigungen zu ergänzen. Vergewaltigung als unbelegte (!) Behauptung von irgendeinem Blödsinn???
Zwei an der Interim Beteiligte

Im Gegensatz zur Konkret und Herrn Gremliza steht uns der Feminismus nicht ganz so fern.

ERKLÄRUNG

Am 3.Mai 1993 entdeckten wir im " Tagesspiegel " einen Leserbrief der Charlottenburgerin Heidrun Kündiger. In dem Schreiben tut sie ihren Gesinnungswandel kund, nach welchem sie sich mittlerweile auf die Seite der Olympia-BefürworterInnen begeben hat, da ja nichts dagegen einzuwenden sei, " junge, leistungsbereite Ausländer " in Berlin zu empfangen, die zudem den BerlinerInnen noch schöne Sportstätten hinterließen. Demgegenüber brächte sie aber kein Verständnis mehr für den Zustrom " armer, mittelloser Ausländer " auf, die hier lediglich auf Kosten unseres Wohlstandes leben wollten.

Daraufhin forderten wir den " Tagesspiegel " auf, in der Ausgabe des 13. Juni 1993 eine von uns verfaßte Richtigstellung abzudrucken, die zum Ausdruck bringt, daß Frau Kündiger sich vom Inhalt des erwähnten Leserbriefes distanziert und dieser auch nur durch ein Mißverständnis zustande gekommen sei; anderenfalls übernehme der " Tagesspiegel " die Verantwortung für die Konsequenzen, die Frau Kündiger zu tragen hätte. Der " Tagesspiegel " reagierte nicht.

Um nicht weiterhin zu tolerieren, daß der " Tagesspiegel " o.a. Tageszeitungen - in Gewißheit um einen sozialen Burgfrieden - rassistische Propaganda verbreiten dürfen, sowie um Schreiberlinge inder Art der Frau Kündiger aus ihrer Anonymität zu reißen, haben wir einige Tage später ein mit Frau Kündiger gezeichnetes Schreiben an die AnwohnerInnen ihres Kiezes verteilt, in dem sie ihrem Ärger über " Ausländer und Asylanten " Luft macht und " betroffene " BürgerInnen zu einem Erfahrungsaustausch einlädt.

Es ist gewiß keine Neuigkeit, daß der relative Wohlstand Deutschlands und anderer " Industriestaaten " nicht ohne Ausbeutung im internationalen Maßstab denkbar ist. Menschen, die wegen der aggressiven Ausbeutung in dieses Land kommen müssen, nicht im eigenen deutschen Blickfeld zu haben, ist mit dem Begriff Zynismus nicht annähernd zum Ausdruck gebracht. Ein Denken wie das von Frau Kündiger, die Renommierprojekte wie Olympia in Berlin unterstützen will und gleichzeitig wieder nur den eigenen wirtschaftlichen Vorteil durch die ausländischen SportlerInnen erkennen kann, folgt jener imperialistischen Ausbeuterlogik.

Argumentationen wie die ihre bereiten die Grundlage für faschistische Anschläge und unterstützen aktiv die Vertreibung und Ermordung nichtdeutscher Menschen. Die Verbreitung rassistischen Gedankengutes leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verschärfung eines Klimas, deren Folge eine latente Diskriminierung und Bedrohung von Menschen nichtdeutscher Herkunft ist. Wird jene Propaganda von militanten Nazis in die Tat umgesetzt, erleichtern die ach so betroffenen BürgerInnen ihr Gewissen durch eine verbale Verurteilung solcher Verbrechen, während sie geflissentlich übersehen, daß die von ihnen vorgenommene Unterscheidung in arbeits-, leistungs- und anpassungswillige bzw. -unwillige " Ausländer " gerade selbst Bestandteil jener Unterdrückung ist.

Wir können und werden es nicht länger hinnehmen, daß in diesem Land rassistische und reaktionäre Propaganda betrieben wird, egal ob durch Privatpersonen oder institutionell vermittelt durch die Medien.

Berlin, 18.6.1993

ra
radikale antiimperialistinnen

Na prima! Jetz organisieren **wir** die RassistInnen, vielleicht ja um sie hinterher einfacher angreifen zu können? Oder wie sonst ist eure Erklärung zu verstehen. Wenn das nicht mal nach hinten losgeht. (d. S.)

Ausbruch im Do-it-yourself-Verfahren

Marseiller Gruppe verschickt Knast-Bauzeichnungen

Paris (taz) — Seit einigen Tagen bekommen die Anwohner der Marseiller Gefängnisses ein praktisches Do-it-yourself-Paket zugestellt. Direkt ins Haus und ohne weitere Verpflichtungen. Inhalt der Sendung: detaillierte Pläne der Haftanstalten nebst Hinweisen über den Verlauf von Abwässer- und Elektroleitungen, Belüftungsschächten, nicht zu vergessen eine umfangreiche Abhandlung über das Sicherheitssystem der Anstalt, die Stärke von Wänden, Türen und Glasscheiben — kurz: alles, was es zu einer erfolgreichen Resozialisierung von Gefangenen so braucht.

Absender des Pakets ist eine Gruppe „Os Cangaceiros", die in einem Begleitbrief Aufklärung gibt: „Wir hoffen lebhaft, daß [unsere Sendung] den Gefangenen helfen kann, die mit einem Ausbruch liebäugeln. Besonders die Insassen des Isolationstrakts, die Schwierigkeiten haben, sich auf dem Gefängnisgelände zu orientieren. [...] Wir möchten Sie einladen, die Dokumentation möglichst weit zu verbreiten. Mit vorzüglicher Hochachtung [...]"

Nach Angaben der Justizbehörden handelt es sich bei den Plänen um technische Zeichnungen von Knastneubauten, die anläßlich des öffentlichen Baugenehmigungsverfahrens aus diversen Rathäusern verschwunden waren. Mit dem Auftauchen anderer, noch präziserer Dokumente müsse gerechnet werden, so ein Magistrat gegenüber dem 'Figaro', weil auch bei beauftragten Baufirmen Einbrüche festgestellt worden seien. „Os Cangaceiros" hat seit 1985 verschiedene Attentate gegen Hafteinrichtungen verübt. Unter anderem, so die Gruppe, sei bei Neubauten Zucker (ein Kilogramm auf eine Tonne Beton) in die Betonmischer gekippt worden, um die Gefängnismauern spröder zu machen.

Die Pariser Regierung ist dabei, ein umfangreiches Knast-Neubauprogramm durchzuführen. Die katastrophale Überbelegung der französischen Knäste führt nicht allein regelmäßig zu Häftlingsrevolten, sondern — auch ohne das Do-it-yourself-Paket von „Os Cangaceiros" — zu spektakulären Ausbrüchen und Ausbruchsversuchen. Erst am Montag vergangener Woche ließen sich vier Gefangene per Hubschrauber vom Dach der Anstalt Lannemezan (Pyrenäen) abholen und in Richtung Spanien ausfliegen.

smo

LEIPZIG

Brandanschlag zugegeben

Ermittlungen gegen „militante MIETERINNEN“

Eine Gruppe namens „militante MIETERINNEN“ hat sich zu dem Brandanschlag auf eine Mercedes-Limousine am Montag vergangener Woche in der Waldstraße (die LVZ berichtete) bekannt. Dabei war das rund 230 000 Mark teure Cabriolet der Frau eines Hotelbesitzers von zwei Brandflaschen schwer beschädigt worden.

Die Polizei prüft derzeit ein Papier, das mit „Erklärung zum Anschlag auf eine Bonzenlimousine“ überschrieben ist. Ein Sprecher des Dezernates Staatsschutz bei der Kripo sagte gestern: „Wir nehmen die Sache sehr ernst.“ Vom Inhalt des Schreibens her sei eine Ernsthaftigkeit gegeben, deshalb werde sein Dezernat, das sich ansonsten mit Straftaten extremer Gruppierungen beschäftigt, die Ermittlungen aufnehmen.

In der Erklärung, die der LVZ vorliegt, heißt es unter anderem: „Wir haben heute eines der Statussymbole der besitzenden Klasse angesteckt. Wir wollen damit denjenigen, die mit ihrem Geld, ihrem Gesetz, ihrer Macht in diesem Viertel die Existenz von Kindergärten, Kleinläden und Menschen aus ärmeren Bevölkerungsgruppen zerstören, zeigen, daß wir damit nicht einverstanden sind und etwas dagegen unternehmen werden.“ In dem Schreiben wird weiter beklagt, das dadurch kinderreiche Familien aus dem Viertel gedrängt würden und stattdessen Büros, Nobelboutiquen und Luxuswohnungen für ein paar wenige Privilegierte gebaut würden.

Die „Makler, Miethaie, Hausbesitzer“ würden denken, sie könnten mit ihrem Geld „regieren, kommandieren, befehlen“. „Natürlich haben sie das Recht auf ihrer Seite, aber wer das Recht nicht bricht, wird vom Recht gebrochen“, heißt es. Das Schreiben schließt mit den Worten: „BIS BALD EURE militanten MIETERINNEN.“

In einer Berliner Szene-Zeitschrift war vor nicht langer Zeit ein ähnlicher Aufruf abgedruckt. Darin wurde es als „Volkssport“ bezeichnet, möglichst die größten und teuersten Wagen zu zerstören. Die Polizei prüft derzeit, ob zwischen den Schreiben Verbindungen bestehen, steht jedoch vor einem Rätsel. Denn obwohl das „Bekennerschreiben“ vom Inhalt eher der linken Szene zugeordnet wird, ist von einer solchen Gruppierung im Waldstraßenviertel nichts bekannt.

Die Vorsitzende des Bürgervereines Waldstraßenviertel, Barbara Baumgärtel, erfuhr gestern zum ersten Mal von den „militanten MIETERINNEN“ und distanzierte sich von deren Gewalt. „Das ist absolut nicht unser Anliegen“, sagte Frau Baumgärtel.

Auf eine zielgerichtete Aktion gegen die Betreiber eines frisch renovierten Hotels im Viertel scheint indes ein weiterer Vorfall hinzudeuten: So war Sonnabend mitten in der Nacht die Feuerwehr vor dem Gebäude erschienen und hatte die Bewohner geweckt, weil ein Anrufer einen Brand in dem Hotel gemeldet hatte. Der Anruf entpuppte sich hinterher als böswilliger Alarm. *-tv*

OLYMPIA KOMMT AUF LEISEN SOHLEN

(unvollständige Liste der Bullenaktionen gegen (z.t. ehemals) besetzte Häuser in Friedrichshain)

März '93 : begrünte Badevannen vor Palisadenstraße und Liebigstraße 34 verden um 6:00 durch das Tiefbauamt unter Bullenschutz (eine Wanne) abgeräumt

4.4.'93 : Hausdurchsuchung, Beschlagnahmungen, Festnahmen (alle ED-behandelt) in der Schreinerstr. 47. Begründung: Anti-Olympia Transparent

17.-21.4.'93 : IOC Besuch, belagerungsähnlicher Zustand durch Bullen vor den Häusern

Ende April : Hausdurchsuchung in der Kinzigstr. 9

1.5.'93 und die Tage vorher und nachher : erneut Belagerungszustand vor den Häusern, extrem provozierendes Auftreten der Bullen

14.5.'93 : erneut begrünte Badevannen mit Hilfe grüner Wannen vor der Liebigstr. 34 durch das Tiefbauamt abgeräumt

28.5.'93 : "Cafe Parklücke" (autonomes Straßencafe) vor der Liebigstr. 16 durch blaulicht Räumkommando (drei Wannen, zvei Dosen) und Tiefbauamt/Baufirma (abgeklebte Firmenschilder) zerstört

3.6.'93 : Rigaerstr. 83/84 Treppe zum Infoladen, Fahrradständer, Blumenkästen und geparkter Zirkusvagen um 9:00 abgeräumt (vieder Tiefbauamt, Bullenvannen und gesperrte Straße). Der Zirkusvagen vird am darauffolgenden Tag auf dem Gelände des Tiefbauamts zerstört

9.6.'93 : Scharnveberstr. 29 Hausdurchsuchung (eine Wohnung) durch schvarz vermummte SEK Bullen und mindestens 7 Wannen plus Zivis

10.6.'93 : Rigaerstr. 77 nächtliche Bullenprovokation (versuchen Kneipe zu durchsuchen, besichtigen davor abgestellten Campingbus) und knüppeln grundlos Bevohner vom Fahrrad

16.6.'93 : Grünbergerstr. Hausdurchsuchung durch sechs bis acht Bullen und Zivis

Weitere Bullenübergriffe passierten in der Samariterstr., Pfarrstr., Rigaer Str. und Kreuzigerstr. Es ist viel geschehen, aber da vir genaueres z.Zt. nicht vissen, sind diese Bullen'Aktionen' hier nicht aufgeführt.

Da bestimmt nicht nur in Friedrichshain 'Aktionen' dieser Art laufen, ohne daß die Leute untereinander davon erfahren (oder erst mit Verspätung), ist es wohl mal wieder an der Zeit sich besser zu koordinieren!









Materialien zur Stalindiskussion

Der folgende Beitrag zur Stalinismus-Diskussion ist schon drei Jahre alt. Wir haben ihn nochmal rausgekramt, weil er Momente stalinistischer Herrschaft beleuchtet, die in der aktuellen Debatte zu kurz gekommen sind. Wenn ihr lieber im Original lesen wollt, müßt ihr die Interim 108 rauskramen.

"Ber Betrug hat aufgehört nur ein
Mittel zu sein, er ist zur
Einrichtung geworden"
(Manes Sperber, Wie eine Träne im Ozean)

Eine weitere Vorbemerkung: Eine Diskussion über den Stalinismus ist an sich nicht ohne die Einbeziehung der jeweiligen wirtschaftlichen, außenpolitischen und sozialpolitischen Verhältnisse der UdSSR zu führen. Sie läuft sonst sehr leicht Gefahr, zu einem Austausch und Abklatsch von Bekenntnissen und dogmatisch verfochteten vermeintlichen historischen Fakten zu verkommen - also einer gänzlich unmaterialistischen Herangehensweise. Die nachfolgenden Thesen sind insofern genaugenommen auch ohne Bezug auf die historisch unterschiedlichen Entwicklungsphasen des Stalinismus. Dieser Bezug wird nur an verschiedenen Stellen angedeutet, mehr nicht. In der Diskussion auf dem geplanten "Seminar" über Stalinismus und dessen Relevanz für die radikale Linke, wird vieles von dem nachgeholt werden müssen, was hier stillschweigend vorausgesetzt wird. Aber mir ging es vornehmlich um die Darstellung der Wesensmerkmale stalinistischer Herrschaft.

A) Staatsebene und Partei:

1. Der demokratische Zentralismus transformierte sich unter Stalin sehr schnell zur Diktatur der Partei des Proletariats über das Proletariat und der Führungsclique über die Partei. Durch das Zurückdrängen des politischen Einflusses der Sowjets und durch das 1921 von Lenin und Trotzki verhängte Fraktionsverbot (u.a.gegenüber der "Arbeiteroppostion" in der KPdSU) waren Jahre vor dem Machtantritt Stalins alle Weichen für seinen Aufstieg zum Diktator und zur Entmündigung der Klasse gestellt.
Einige Erläuterungen: Infolge des Bürgerkrieges von 1918 bis 192o war die proletarische Massenbasis der Bolschewiki arg dezimiert worden. Die Partei war zu einer "Partei ohne Proletariat" am Ende des 'Kriegskommunismus' (Lenin) verkommen. Ohne proletarische Basis handelt die Parteiführung quasi stellvertretend für die Klasse. Aber nicht nur die Zerstörung der russ. Industrie und Landwirtschaft infolge des Krieges hatte dazu beigetragen, sondern auch die Politik von Lenin, Trotzki und anderen trug zur Aushöhlung der prolearischen, plebejischen Basis bei. Vor allem die von Trotzki propagierte "Militarisierung" der (Soldaten-)Räte im Bürgerkrieg und ihre politische Entmachtung in den Fabriken und auf den Dörfern sowie die vollständige Unterordnung der Gewerkschaften unter das Diktat der Parteiführung (Gewerkschaften als 'Transmissionsriemen' in der sozialistischen Erziehung der Massen,so Lenin) hatten am Ende des Bürgerkrieges die Diktatur der Partei über das Proletariat und die BäuerInnen hervorgerufen. Genau davor hatte Rosa Luxemburg 1918 gewarnt:"Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktaturen unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Aufbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats. Jawohl Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorehen, unter unmittelbarer Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen." (in: Zur russischen Revolution)
Durch die katastrophale Wirtschaftskrise und die Hungersnöte sahen sich die führenden Bolschewiki gezwungen, mit militärischer Gewalt ab 1919 Getreide und andere Lebensmittel von den Bauern zu requirieren. Das bewirkte jedoch eher das Gegenteil, die Millionen von Kleinbauern, denen die Revolution von 1917 zwar eigenes Land aber kein Saatgut, Vieh und Ackergerät brachte, rückten die Ernte nicht raus bzw hatten

kaum selbst genug zu essen. Auf dem land herrschte zudem weiter die Großbauern (Kulaken) über die KleinbäuerInnen und die sogenannte Dorfarmut. Vor allem blieben die über 20 Millionen Dorfarmen in quasi feudaler Abhängigkeit von den Mittel- und Großbauern. DerEinfluß der Bolschewiki sank durch die Getreidezwangseintreibungen rapide unter den Bauern. In nicht mal jedem 7. Dorf gab es überhaupt eine Parteizelle, die Dorfsowjets wurden von den Kulaken beherrscht. Im Winter 20/21 spitzte sich die Versorgungslage in den Städten weiter zu, es kam zu Massenstreiks gegen die Politik der Bolschewiki, besonders in Petersburg und Moskau. Hier wie aber auch auf dem Land in der Ukraine (Machno-Bewegung) waren die Anarchisten und Linkskommunisten und Sozialrevolutionäre besonders stark und beherrschten die örtlichen Sowjets. In Petersburg, besonders in Kronstadt spitzte sich die Unzufriedenheit der ArbeiterInnen soweit zu, daß die Räte die Absetzung der von der KPdSU eingesetzten Politkommisare und die Neuwahl der Sowjets verlangten. Lenin und Trotzki stuften das als offene Rebellion ein und ließen den Kronstädter Aufstand zusammenschießen. Damit hatten die Bolschewiki endgültig 'die Unschuld der Revolution' abgelegt, und nach der Zerschlagung der mit ihnen zusammen gegen die Imperialisten kämpfenden anarchistischen Bauern der Machno-Bewegung nun auch die Vorhut der Arbeiterklasse mit militärischen Mitteln besiegt, in die Unmündigkeit verwiesen. Dem folgte auf dem folgenden Parteitag der Bolchewiki das 'Fraktionsverbot' für die proletarische Gruppe "Arbeiteropposition". Die Partei wurde vollständig auf den Kurs von Lenin und Trotzki eingeschworen. 'Autorität und Disziplin' wurden von Lenin in Anlehnung an den Führer der SPD vor 1914, Kautsky, von der Partei verlangt. Wie Kautsky ('Theoretiker' der SPD) es sich vorstellte: "Die politisch revolutionäre Massenpartei ist ein Staat im Staate", so entwicklete sich die KPdSU nun im Eiltempo.
Mit dem Machtantritt Stalins 1923/24 wuchs der Parteiapparat mehr und mehr in den Staatsapparat hinein. Der Staat, der Staatsapparat bekam auf allen gesellschaftlichen Ebenen absolute, diktatorische Vollmachten zur Beherrschung und Ausplünderung des Volkes, der BäuerInnen und Arbeiterklasse. In der Partei bereitete sich ein immer aufgeblähter Funktionärsapparat aus, der 10 bis 30 mal höher bezahlt als normale ArbeiterInnen, ungeheuer priveligiert wurde und völlig von oben, von der Führungsspitzte um Stalin abhängig war. Die Politkommissare und lokalen Funktionäre wurden durch die sogenannte 'Nomenklatura' von Stalin von oben eingesetzt. Die Sowjets hatten ab 1928 überhaupt nix mehr zu sagen und wurden völlig bedeutungslos. Durch periodische Säuberungswellen und Neuaufnahmen von jungen, politisch überhaupt nicht geschulten Parteimitgliedern, die schnell in die Funktionärsetagen aufstiegen, schaffte sich Stalin eine fügsame innerparteiliche Gefolgschaft, die loyal, und oft mit ihren Aufgaben überfordert, auf Befehle von oben warteten, wodurch die Macht des Apparats, der Bürokratie immer noch mehr wuchs. Zudem verstand es Stalin geschickt, sich gegenüber Trotzki und Bucharin als Wahrer der Einheit der Partei aufzubauen, das ihm die Parteibasis durch bedingungslose Gefolgschaft in denbevorstehenden Stürmen der Zwnagskollektivierung dankte. Diesen Säuberungswellen fielen ca 1 Millionen Kommunisten zum Opfer. Am Vorabend des Ausbruchs des Weltkrieges saßen in den sowjetischen Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern mehr Kommunisten als unter den Nazis in West- und Mitteleuropa!
Zusammengefaßt: Weder in der Phase des Bürgerkrieges (noch später) hatten die Oppositionsgruppen gegenüber dem ZK der Bolschewiki die organisatorische Fähigkeit und politische wie militärische Macht, eine Gegenmacht u.a. mithilfe der Sowjets aufzubauen. Später versäumten es erst Trotzki, dann Bucharin u.a. durch gröbste taktische Fehler und durch die Verkennung der Bedeutung des von Stalin geschaffenen Parteiapparats, rechtzeitig eine starke innerparteiliche Opposition aufzubauen. Entscheidend waren jedoch der von Stalin's Chergen beherrschte Geheimdienst, mit dem es Stalin gelang, jede abweichende Meinung mundtot zu machen bzw die Opposition zu liquidieren.

B) Produktionsebene

2. Innerhalb von nur 10 Jahren, von 1929 bis 1939, stieg die SU zur zweitgrößten Industriemacht der Welt auf - dafür brauchten England und Deutschland mehr als 100 Jahre! Allerdings waren die Opfer irrsinnig: Nur mithilfe der Terrorisierung aller sowjetischen Völker, der völligen Entrechtung der Bauern und ArbeiterInnen gelang es Stalin die Industrialisierung und Zwangskollektivierung in (einem) Tempo durchziehen, das (ander) in der Geschichte der urspründlichen Akkumulation des Kapitals seinesgleichen sucht.
In den Kolchosen und Industriekombinaten herrschte eine strenge Einmannleitung. Die Direktoren (Frauen gabs an der Spitze nahezu überhaupt nicht!) waren der Parteileitung eingesetzten Politkommisaren verantwortlich und nur von ihnen auch absetzbar - wovon in den 20er und 30er Jahren auch reichlich Gebrauch gemacht wurde. Der gewerkschaftliche Einfluß und vor allem der Einfluß der ArbeiterInnen und LandarbeiterInnen ging auf Null zurück. Durch die Einführung von 'Arbeitsbüchern' und dem Paßgesetz sowie durch das Verbot des Arbeitsplatzwechsels entstand die nahezu totale Kontrolle der Partei- und Betriebsleitung über die einzelnen ArbeiterInnen. Ein ausführliches innerbetriebliches Bestrafungssystem nach militärischem Muster (was Trotzki 1919 und 1923 mit z.T. nur geringem 'Erfolg' schon eingeführt hatte!) sorgten für die Unterdrückung des ArbeiterInnenwiderstandes. Die massenhafte Existenz von Arbeitslagern (1939 vegetierten über 10 Millionen in den Lagern, mehr als 5% der gesamten sow. Bevölkerung!) schüchterte die ArbeiterInnen zusätzlich ein. Doch die ständigen Hungersnöte, die unvorstellbare Wohnungsmisere (allein in Moskau über 500.000 Obdachlose) und die nie zu brechende Macht, Qualifikation der ArbeiterInnen und BäuerInnen in den Fabriken und Kolchosen belebten den Widerstand gegen Stalins Politkommissare, Aufseher und sozialistische Kader immer wieder aufs Neue. Die häufigsten Formen des Widerstandes waren Arbeitsplatzwechsel, Absentismus, Verweigerung der Einhaltung der Akkordsätze und Sabotage. In den 30 er Jahren wurde der Arbeitstag drastisch verlängert: von zunächst 7 auf 8, später auf 10 und 12 Stunden, der Urlaub wurde völlig abgeschafft und die durchgehende Arbeitswoche ohne einen einzigen freien Tag eingeführt.
Zur vollkommeneren Beherrschung der ArbeiterInnen wurde eine hochgradige Arbeitsteilung mit der herausragenden Stellung der 'sozialistischen Kader' (so Stalin), die "fast göttliche Ehren und ein immer höheres Gehalt" (Trotzki) beanspruchten und eine ausgeprägte Lohndifferenzierung unter den ArbeiterInnen (die größer als in vergleichbaren kapitalitischen Betrieben war) eingeführt. Wissenschaft und Technik unterstützten das Akkordsystem, das Dreischichtsystem und die tayloristische Arbeitsteilung. Die Sowjetunion wurde zu einer vollkommenen Arbeitsgesellschaft mit einer ideologisch und materiell hochgehaltenen 'sozialistischen Arbeitsethik' der 'Bestarbeiter' u.a.
Mitentscheidend für den Erfolg des Repressionsystems in den Betrieben war aber die massenhafte Existenz der Zwangsarbeitslager, der GULAG's. Die Rücknahme des im marxschen Sinne freien Lohnarbeiters, seine Umwandlung in einen Arbeitssoldaten mithilfe der Stalinschen Arbeitsverfassung war ein Baustein. Der andere, ökonomisch und militärisch ebenso wichtige war die Drohung mit dem Arbeitslager. Ende der 30 er Jahre genügte das dreimalige Zuspätkommen im Betrieb um ins Arbeitslager deportiert zu werden, oder die bloße Denunziation wegen angeblichen Langsamarbeitens reichte aus, ins Arbeitslager abgeschoben zu werden, was zumeist den sicheren Tod bedeutete, (so betrug die durchschnittliche Lebenserwartung in der größten sow. Goldmine, in Kolyma nicht mehr als 5 Wochen!). Es läßt sich nachweisen, das die Zwangsarbeitslager besonders Ende der 30 er Jahre sehr stark zunahmen, als die Hebung der Arbeitsproduktivität mittels Lohnanreizen ins Stocken geraten war und für die Stalinisten kein anders Druckmittel zur Ausbeutung der ArbeiterInnen mehr zur Verfügung zu stehen schien als eben die Arbeitslager. Durch Zwangsarbeit wurden mit die größten sowjetischen Infrastrukturmaßnahmen, wie Kanal- Eisenbahn- Kraftwerksbau besonders in schwer zugänglichen Gebieten wie in Sibirien durchgeführt. Die Lager ersetzten so die koloniale Arbeitskraft und teure Kapitalinvestitionen wurden eingespart durch Unterernährung, völlig fehlende menschenwürdige Behausung etc etc. Die hunderte von Arbeitslager waren also für die sowjetische Planwirtschaft äußerst rentabel - und es war , um es deutlich zu sagen, die Vernichtung durch Arbeit! Berija, der letzte Geheimdienstchef unter Stalin ließ an die Lagertore die Inschrift: "Arbeit ist Ehrensache, Ruhm, Mut und Heldentum" anbringen. Die Vergleiche zu den KZ-Toren liegen auf der Hand.
Zusammengefaßt: Die Bedeutung der Existenz der Zwangsarbeitslager ist bisher von der Linken völlig unterschätzt bzw geradezu ausgeblendet worden. Abgesehen hiervon, Stalin entwickelte das Leninsche Konzept des Aufbaus des Sozialismus nur weiter: Es basiert vor allem auf dem Verständnis der Hebung der Produktivkräfte mittels der Übernahme kapitalistischer Technologie und Managementmethode sowie einer zentralisierten Wirtschaftsplanung. Dabei sind sämtliche Produktionsmittel verstaatlicht und dem Staatsapparat kommt die absolute Lenkungsfunktion zu.

3. Am Ende des Bürgerkrieges 1921 standen die Bolschewiki vor einem wirtschaftlichen Chaos: Die industrielle Produktion war auf 5% der Vorkriegsproduktion gesunken, die BäuerInnen lieferten nur noch mit militärischem Zwang Getreide und andere Lebensmittel in die Städte. Dort verhungerten Hunderttausende im strengen Winter 1920/21. DerSchwarzhandel blühte, von gesellschaftlicher Planung des Aufbaus der Wirtschaft konnte keine Rede sein. Auf dem Lande waren viele Kulaken enteignet worden, dennoch blieben der Großgrundbesitz wirtschaftlich und politisch vorherrschend. Die Kulaken und Mittelbauern beherrschten die Dorfsowjets, viele Millionen Dorfarme und KleinbäuerInnen hatten zwar durch die Revolution Land erhalten, doch die Bestellung der Felder war eine unvorstellbare Plackerei geblieben. Männer und frauen mußten auf vielen kleinen Höfen wie zur Zarenzeit mit dem Holzpflug die Böden bearbeiten, es mangelte an guten Saatgut, Maschinen und Transportmöglichkeiten. Die landwirtschaftliche Anbauweise blieb mittelalterlich : Noch 1925 bauten 95% der über 25 Mio. bäuerliche Betriebe nach den Regeln der Dreifelderwirtschaft ihre durchschnittlich 4 ha großen Landstücke an. Die über 2o Mio. Dorfarmen lebten von den Almosen und dem Gemeindeeigentum der obscina, der jahrhundertealten traditionellen Subsistenzwirtschaft des russischen Dorfes.
Die freiwillige Belieferung der Städte mit Getreide durch das Land blieb vor allem wegen der sogenannten 'Preisscheere' aus. Im Vergleich zu den Industrieprodukten waren die landwirtschaftlichen Erzeugnisse völlig unterbewertet, die BäuerInnen mußten immer mehr Produkte erzeugen, um Waren aus der Stadt oder Maschinen kaufen zu können.
Mit der Einführung der Neuen Ökonomischen Politik 1921 nahmen die Bolschewiki einen salto mortale rückwärts vor. Auf einmal wurde wieder das Privateigentum und die Kulakenwirtschaft auf dem lande gefördert, der Austausch zwischen Stadt und Land reguliert sich über den Markt. Selbst Lenin sprach von der vorübergehenden Einführung des Staatskapitalismus in der SU. DOoch trotz gestiegener Preise und gestiegener landwirtschaftlicher Produktion verbesserte sich die Versorgungssituation in den Städten nur für ein paar Jahre. Die Auseinandersetzungen im Politbüro über den geeigneten Weg zur Industrialisierung des Landes nahmen an Schärfe zu. Die linken Bolschewiki wie Preobraschenski oder Trotzki waren eher für die Durchführung der ursprünglichen Akkumulation auf Kosten des Landes, besonders der Großbauern. Während die rechte Fraktion um Bucharin, Stalin eher für eine 'behutsame' Politik gegenüber den BäuerInnen und Kulaken eintraten.

Die Getreidekrise brach 1927/28 trotz gestiegener Preise wiederum aus. Die sowjetische Industrie war mit Gedeih und Verderb auf die Getreideexporte ins kapitalistische Ausland angewiesen um mit den erzielten Devisen neue Maschinen und Ausrüstungsgegenstände kaufen zu können. Diese Getreideexporte gingen gegen Null und die Versorgungslücken in den Städten wurden größer und größer. Wieder wußten sich die führenden Bolschewiki nicht anders zu helfen und gingen mit Waffengewalt gegen die Zurückhaltung des Getreides durch die Kulaken vor. Die Bolschewiki wollten so ihre fehlerhafte Planung , die auch zu der Landflucht in die schnell wachsenden Städte geführt hatte, übertünchen. Die erneuten Zwangsrequierierungen brachten nun vollends alle BäuerInnen gegen die Bolschewiki auf, was selbst Stalin in einem berühmten Prawdaartikel eingestand. Die Diskussionen um den ersten Fünjahresplan (28-33) im Politbüro und im Partei- und Staatsapparat und die darin enthaltene abnorm hohe Investitionsplanung für die Industrie (von dem zu verdoppelnden Nationaleinkommen waren 40% nur für Industrieinvestitionen vorgesehen) entwickelten jetzt eine unaufhaltsame Eigendynamik. Die Polikommissare und Parteibürkraten auf dem Lande schritten zu"außerordentlichen maßnahmen", Konfiskationen, Versteigerungen ganzer Güter, Verteibung vom eigenen Land , das war der tägliche Terror gegen die Groß- und Mittelbauern. Diese wehrten sich mit regelrechten bewaffneten Armeen, z.T. unter der Unterstützung der rechten Sozialrevolutionäre, die Größenordnungen von meheren Zehntausenden annahmen. Mord und Totschlag von Partei- und Staatsfunktionären fanden nahezu in jedem Dorf 1928/29 statt. Als diese brutale Zwangseintreibungspolitik die Versorgungssituation auch nicht einschneidend verbesserte, glaubte Stalin 1929 den gordischen Knoten mit dem Schwert durchhauen zu können. Die Zwangskollektivierung all derjenigen Groß- und Mittelbauern setzte ein, die nicht schon zuvor in den Bankrott getreiben waren. Die Dorfarmut (immerhin 20% der ländlichen Bevölkerung) wurde in die Fabriken vertrieben. Innerhalb eines Jahres war mehr als 3/4 des bebaubaren Landes in Kolchosen zusammengefaßt. Diese Politik wurde jetzt auch von den rechten Bolschewiki wie Bucharin nicht mehr mitgetragen. Trotzki war längst aller Parteiämter enthoben und in sibirischer Verbannung.

Die Zwangskollektivierung war 1929/30 durchaus nicht unter allen BäuerInnen einhellig abgelehnt worden. Besonders die sogenannte Dorfarmut und die KleinbäuerInnen begrüssten die Einführung der Kolchosenwirtschaft, regional entstand ein regelrechter Kollektivierungstaumel, weil besonders den Armen die Verbesserung ihres Lebenstandards und die endgültige Befreiung aus der auch noch nach der Revolution vorherrschenden "sklavenähnlichen Arbeit" (so die Plattform der Linksopposition Anfang der 20 er) versprochen wurde. Doch die Ernüchterung folgte rasch. Im Frühjahr 1930 gestand selbst Stalin das übereilte Tempo der Kollektivierung ein, es fehlte überall an Saatgut, Maschinen und Transportmitteln um die riesigen Kolchosen von über 50.000 ha zu bewirtschaften. Was jetzt folgte war ein Auf- und Ab in der Kollektivierung: Im Sommer 1930 waren weit mehr als die Hälfte aller Kolchosen durch die Austrittswelle der BäuerInnen wieder aufgelöst, die Felder verwilderten, der Hunger kam in die Städte zurück. Doch nun gab's für Stalin's Planer und Politkommissare kein Zurück mehr. Im Frühjahr 1931 wurden die BäuerInnen mit Waffengewalt auf die Felder getrieben und die Zahl der Kolchosen stieg wieder an. Doch trotz allen Terrors und der einsetzenden Landvertreibung besonders der ehemaligen Dorfarmut sank die landwirtschaftliche Produktion unter das Vorkriegsniveau. Selbst die katastrophale Hungersnot 1932/33 mit ihren über 5 Millionen Opfern brachte Stalin nicht mehr vom Kurs ab. Die bäuerlichen Einkommen sanken auf nahezu Null, in den Kolchosen herrschte der sozialistische Feudalismus mit Frondienstarbeit und absoluter Abgabepflicht der gesamten Ernte. Das Überleben sicherten sich die BäuerInnen mit ihren kleinen Pachtparzellen, also der vom Staatsapparat instrumentalisierten Restform bäuerlicher Subsistenzwirtschaft.
Die Preisschere blieb bestehen: niedrige landwirtschaftlicher Erzeugerpreise, dagegen hohe Industrieproduktpreise. Für die ArbeiterInnen in den Städten stiegen jedoch die Ausgaben für Lebensmittel rapide, so daß innerhalb von nur drei Jahren von 1927 bis 30 die Reallöhne halbiert wurden. Den Mehrwert schöpfte der Staatsapparat ab und finanzierte damit seine Bürokratie und das Industrialisierungsprogramm.
Trotz aller Mechanisierungserfolge in der zweiten Hälfte der 30 er Jahre lag die durchschnittliche Produktionsleistung der landwirtschaftlichen Betriebe am Vorabend des 2. Weltkriegs nicht höher als vor der Zwangskollektivierung. Stalin hatte gegen einen fundamentalen Leninschen Grundsatz verstoßen (" Der Wille der Mehrheit ist für uns stets verbindlich, und diesem Willen zuwiderhandeln heißt Verrat üben an der Revolution") als er mit allen terroristischen Mitteln die über Jahrhunderte gewachsene Form der asiatischen Produktioneise mit ihren feudalistischen aber auch mit ihren kollektiven Formen der Dorfgemeindewirtschaft zerstörte. Dennoch stand Stalin sehr wohl in der Tradition leninschen Denkens, der den russischen Bauern als rückständig, vorkapitalistisch einstufte. Lenin sah nicht, wie Dutschke in seiner Kritik hervorhebt, "die große Errungenschaft der asiatischen Produktionsform, die'Verbindung von Ackerbau und Manufaktur'(Marx), und da s damit objektiv gegebene besondere Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie im gesellschaftlichen Prozeß des Übergangs zum Sozialismus". Die sowjetische Bevölkerung mußte diese stalinsche Politik bitter bezahlen: Bis zum Beginn des 'Großen Terrors' und der 'Moskauer Prozesse' 1937/38 wird die Zahl der Opfer auf 17 bis 18. Mio. Menschen von Medwedjew geschätzt (siehe 'moskau news Jan.'90).

C) Gesellschaft und Partei

4. Ungebrochene patriarchalische Herrschaft

Gleich nach der Revolution 17/18 erließen die Bolschewiki einige für die damalige Zeit sehr fortschrittliche Gesetze zur Befreiung der Frau und Zerstörung der patriarchalischen, zaristischen Familie. Dazu gehörte die Legalisierung der Abtreibung, Ehen und Scheidungen mußten nur noch den Ämtern gemeldet werden, das Sorgerecht für die Väter, das unter dem Zarismus noch geltende Prügelrecht des Mannes wurde aufgehoben. Doch die erlassenen Gesetze wurden nur zeitweise und das auch nur in den Großstädten materielle Wirklichkeit für die Frauen. Auf dem Lande änderte sich fast gar nichts. Die Frauen bebauten traditionell die Subsistenzfelder, arbeiteten daneben natürlich in den Genossenschaften mit bzw auf den Feldern der Großbauern als LohnarbeiterInnen und hatten wie eh und je für die Aufzucht der Kinder allein zu sorgen. Kinderkrippenplätze standen bis Ende der 30er Jahren großenteils nur auf dem Papier. Die Durchschnittslöhne der Frauen waren dabei halb so groß wie die der Männer. Die klassische Hausarbeit blieb klassisch unbezahlt. Die geschlechtliche Arbeitsteilung und Rollenzuweisung wurde wie bei den SPD/KPD-Theoretikern Clara Zetkin auch von den fortschrittlichsten russ. Feministinnen wie Alexndra Kollontai nicht hinterfragt. Im Gegenteil: so heftig Kollontai gegen die überkommene Familie wetterte so klar war es auch für sie, daß es eine "Mutterschaft als soziale Pflicht" gab. Der Kampf von Kollontai für die sexuelle Befreiung gegen die Patriarchen i n der KPdSU wie Lenin (in einem hitzigen Streitgespräch forderte sie von ihm anzuerkennen, daß'Sexualität wie Glas Wasser konsumierbar' sein müsse) war nahezu aussichtslos. Als Mitglied der Gruppe 'Arbeiteropposition' wurde sie schnell aufs politische Totengleis gestellt und ging resigniert alsbald als Botschafterin nach Schweden. Noch in den 20er Jahren wurde die vollständige Legalisierung der Abtreibung stufenweise wieder zurückgenommen und im Zuge des einsetzende Arbeitskräftemangels in der Industrie Anfang der 30 er Jahre wurde das Nachtarbeitsverbot für Frauen aufgehoben.
Nur während des 'Kriegskommunismus'1919-21 gabs in den Großstädten Ansätze von kollektiven Lebensformen. So ernährten sich in Moskau und Leningrad damals über die Hälfte aller Einwohner durch Volksküchen (in denen allerdings vorwiegend die Frauen die Arbeit machten) und in mehr als 40% aller Häuser in Moskau existierten damals Wohngemeinschaften. Diese kurze Phase der Erschütterung der Vorherrschaft der Familie wurde rasch vom Staatsapparat beendet. Die Familien bekamen Einzimmerwohnungen zugewiesen und von der Parteiführung wurde die kleinbürgerliche Moral der Ehetreue, Sexualunterdrückung und des 'Mutterglücks' wieder in den höchsten Tönen gepriesen. Doch es dauerte noch Jahrzehnte bis die propagierte Familienidylle auch ihre materiellen Voraussetzungen erhielt. Zunächst wurden die Famielien infolge der Stalinschen Zwangsumsiedlungen, der Einführung der Schicht- und Frauenindustriearbeit auf harte Belastungsproben gestellt. Hinzukam eine weitverbreitete Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen, die sich zu Hunderttausenden zu Jugendbanden zusammenschlossen, in den Städten häufig die Mehrheit der Obdachlosen stellten bis schließlich Stalin die Todesstrafe schon für 12-jährige Kriminelle einführte oder sie in die GULAG's abschob.
1936 wurde das letzte den Fortbestand der patriarchalischen Familie gefährdende Gesetz durch Stalin aufgehoben, nämlich die Legalisierung der Abtreibung und zugleich ein Mutterorden nebst Prämien für mehr als 5 Kinder in der Kleinfamilie eingeführt. Somit war ein zentrales Fundament stalinistischer Herrschaftsorganisation endgültig abgesichert: Die vollständige Unterdrückung der Frau in und durch die patriarchalische Familie.

5. Die Dialektik von Partei und Klasse wird abgeschafft.

Aufgrund des zunächst von Bucharin, später dann von Stalin behaupteten "gesetzmäßigen Übergangs zum Sozialismus" bedurfte es keinerlei Masseninitiative von unten, von den Klassensubjekten, um den Sozialismus aufzubauen. Dieses blieb allein der Partei und dem Staat vorbehalten. Folglich vertrat die Partei die Interessen der ArbeiterInnen und BäuerInnen. Die Partei erhielt von Stalin die Aufgabe, die Massen zum Sozialismus zu "erziehen". Der Dialektik von Partei und Klasse, von Lenin immerhin noch beschworen, folgte die Herrschaft der Partei über die Klasse. Alles, was sich gegen die Direktiven der Partei stellte, wurde zum Klassenfeind abgestempelt, aus der Partei mit den berüchtigten stalinschen Schlägertrupps rausgesäubert. In den 30er Jahren betraf dies Hunderttausende von Kommunisten der 1. Stunde. Der berühmt berüchtigte Denunziantenparagraph 58 wurde eingeführt und die GULAG's füllten sich mit den aberwitzigsten Anschuldigungen behafteten Kommunisten.(Später nach Stalin's Tod füllten sich statt der GULAG's die Irrenhäuser mit den politischen Häftlingen. Ihre vermeintliche'Krankheit war der Nonkonformismus' wie es die sowjet. Psychiatrie sagt.)
Um den Einfluß der Partei auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu sichern, führte Stalin ein völliges Organisationsverbot außerhalb von Partei und Gewerkschaft ein. Kollektive Lebenszusammenhänge wurden somit völlig verunmöglicht und wenn überhaupt in den Bereich des Privaten, der Familie abgedrängt.

6. Die Degeneration des Marxismus

Der Marxismus als revolutionäre, emanzipative Theorie, Wissenschaft und seine Dialektik von Theorie und revolutionärer Praxis wurde von Stalin umgewandelt, pervertiert in ein reines Herrschaftsinstrument.
Wir erwähnten schon den "gesetzmäßigen Übergang zum Sozialismus": Mit diesem Hockus-Pockus wird die Dialektik von Sein und Bewußtsein aufgehoben in eine mechanische Widerspiegelungstheorie (wie in vielen anderen theoretischen Fragen des Marxismus war auch hier Lenin der 'Stichwortgeber' für Stalin's Lakeien der marxistischen Ideologieproduktion) Die marxsche Erkenntnistheorie, das dialektische Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, seine Kritik bürgerlicher Verkehrsformen in der Warengesellschaft, seine Kritik des Entfremdungsbegriffs werden eliminiert.
An die Stelle des Subjekts in der Geschichte, des Klassensubjekts im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Entfremdung tritt die einzig richtige, objektive,

marxistische Wissenschaft des "gesetzmäßigen Übergangs" vom Kapitalismus zum Sozialismus. So nimmt es nicht wunder, daß der Marxismus unter Stalin zu einer bloßen Ansammlung von Leerformeln verkam. Ein e kleine Kostprobe: Stalin kennzeichnete einmal den Marxismus so:"Der Marxismus ist nicht nur die Theorie des Sozialismus, sondern eine in sich geschlossene Weltanschauung, ein philosophisches System, aus dem sich der proletarische Sozialismus von Marx logisch ergibt. Dieses philosophische System heißt dialektischer Materialismus"(!!!) Hier ist von'Systemen'und'Weltanschauung' und von Logik die Rede. Dieses Zitat aus einer frühen Schrift Stalin's von 1906 kennzeichnet trefflich die ganze Verballhornung des Marxismus durch den Großen Vorsitzenden. Wo von Weltanschauung gesprochen wird ist von Glaube und Unterwerfung unter die reine Lehre die Rede, wo von 'System' gesprochen wird, ist geschichtlicher Prozeß, Klassenkampf, Widerspruch, Kampf zwischen Männern und Frauen natürlich nicht mehr vorhanden. Die Analyse der klassenmäßigen Zusammensetzung der zu revolutionierenden Staaten, der ökonomischen Systeme wird ersetzt durch die Verwalter der objektiven Wahrheit, eben der Weltanschauung, des Politbüros, der Kominternführung der KPdSU. Wer das Gelöbnis auf die'reine Lehre' nicht ableistete, wer gar den(dialektischen) Widerspruch zwischen dem Überbau des Partei-Staates und der Basis der materiellen Wirklichkeit zur Sprache brachte, wurde von den Tempelwächtern in Moskau als Konterrevolutionär abgeurteilt. So wurde definitionsgemäß und wunschgemäß der Marxismus zur Glaubenslehre und damit zugleich gegen jegliche innerkommunistische Kritik immunisiert. Diese Form von Marxismus legitimiert somit die Herrschaft des Apparats, die Herrschaft des wissenschaftlich fundierten Gesetzes über das Subjekt, über das einzelne wie kollektiv formulierte Interesse. Die Eleminierung des handelnden Subjekts in Wissenschaft und Gesellschaft ist zentraler Eckpfeiler des bis zum Ende des realen Sozialismus vorherrschenden Marxismus in Osteuropa.
Die theoretische Verkümmerung (und das ist noch sehr milde ausgedrückt) hatte aber auch fatale Folgen in der politischen Praxis der Kominternpolitk (Beispiele: die Sozialfaschismusthese der Komintern bezüglich der Antifa-Bündnispolitik gegenüber der SPD, das Nichterfassen der eben nicht nur im ökonomischen Bereich liegenden Ursachen der Faszination des Nazi-Faschismus - oder die völlige Fehleinschätzung Stalins der revolutionären Kraft der bäuerlichen Bewegung in China unter Mao).
Fazit: In der Sowjetunion und später in den Ländern des realen Sozialismus trat der Marxismus, verwaltet von den Hohepriestern der Partei der Avantgarde als ideologisches herrschaftsinstrument der Klasse der ArbeiterInnen und BäuerInnen gegenüber. Jede/r, der die Politik der Partei kritisierte, sich ihr widersetzte, war damit per Definition kein Marxist, Kommunist. Der Marxismus degenerierte somit zur Legitimation der Herrschaft einer Parteiclique über das historische Subjekt des Marxismus, das Proletariat. Diese Form des Marxismus wie sie sich nahezu unverändert bis Ende der 80 er Jahre gehalten hat, hat nun mit Marx soviel zu tun wie der Stalinismus mit Rosa Luxemburg - nämlich gar nix!

7. Komintern und Internationalismus

Nach dem Scheitern der Revolutionen in Westeuropa, besonders in Deutschland, auf die die Bolschewiki so gesetzt hatten, ging die Parteiführung ab 1923 daran, den Aufbau des Sozialismus in der SU außenpolitisch abzusichern. Das Ende des Bürgerkrieges, der militärischen Intervention der imperialistischen Mächte und das erste bedeutende außenpolitische Abkommen, der Vertrag von Rapallo mit Deutschland ermöglichte Stalin ab 1924 das von ihm propagierte Konzept des 'Sozialismus in einem Land' zu realisieren.
Entgegen allen ideologischen Beteuerungen wurde die Politik der III. Internationalen (Komintern) völlig den außenpolitischen Interessen Stalins untergeordnet. Das Konzept der Unterstützung der Weltrevolution, das Grundanliegen der Komintern, wurde nach dem Scheitern des Sachsenaufstandes 1923 in Deutschland zu den Akten gelegt.
Auf der politischen und ideologischen Ebene - nicht zuletzt durch die von Stalin beauftragten Kominternmitarbeiter - wurde die kommunistische Weltbewegung vollständig auf die Linie Stalins eingeschworen. An oberster Stelle stand für jeden Kommunisten die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion. KritikerInnen wurden auch auf internationaler Ebene aus den KP's ausgeschlossen, von der GPU verfolgt, verschleppt in die sowjetischen Zwangsarbeitslager oder erschossen. Stalins Schergen haben mehr Kommunisten auf dem Gewissen als die weltweit ebenfalls operierenden Gestapo-Jäger! Von daher ist die politische und zeitweise militärische Unterstützung der revolutionären Bewegung in Spanien 1936, in Frankreich 1936, in China (bis 1945 unterstützte Stalin nicht Mao sondern seinen Erzfeind Tschiang Kai Tschek!) immer aus den taktischen diplomatischen und außen- und wirtschaftspolitischen Interessen Stalins ableitbar. Die 1935 von der Komintern propagierte Volksfrontpolitik, das Bündnis von Kommunisten und fortschrittlichen bürgerlichen Kräften gegen den Faschismus wurde vor allem gegen Ende des 2. Weltkrieges geradezu zum konterrevolutionären Element Stalinscher Außenpolitik. Stalin richtete sich in dieser Zeit mehr nach den Interessen der Allierten als nach den Interessen der revolutionären Bewegung und Partisanen in Jugosslawien, Griechenland und Italien. Das aufoktroyierte Bündnis von Proletariat und Kleinbürgertum machte die Kommunistische Partei zum Erfüllungsgehilfen der von den Yankees und Briten unterstützten Konterrevolution. An Stelle des revolutionären Internationalismus trat die Praxis der 'friedlichen Koexistenz'. Als der von den USA angezettelte Kalte Krieg ausbrach und plötzlich wieder von imperialistischer Politik und antikolonialen Kampf geredet wurde, war die Komintern schon von Stalin höchstpersönlich aufgelöst.

D) Die abgewandelte Form des Stalinismus in der DDR

8. Partei und Gesellschaft

Mit Beginn des Kalten Krieges 1947 und der Absicherung der Vorherrschaft der von# Stalin eingesetzten Kommunisten um Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck wurden die in den beiden Jahren nach 1945 so wichtigen Betriebs- und Antifakommitees politisch entmachtet. Die Masseninitiative zum Aufbau eines antifaschistischen und antikapitalistischen deutschen Staates wurde ersetzt durch die Parteiinitiative. Der Aufbau der staatlichen Bürokratie und seiner Kontroll- und Überwachungsorgane ging einher mit Vereinzelung, Entrechtung der Klasse auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Zwar wurde das wesentliche stalinsche Herrschaftsinstrument, der Knast und die Arbeitslager nur für wenige Jahre übernommen, doch verschwanden in den Lagern des russ. Geheimdienstes nicht nur Nazi-Schergen, sondern auch Tausende Oppositionelle. Darunter waren vor allem die aus dem westlichen Exil heimgekehrten Kommunisten, die gegen die Diktatur der SED-Führung opponierten, darunter waren vermeintliche Trotzkisten und Titowisten, aber auch viele jugendliche Arbeitsverweigerer, hunderte von ArbeiterInnen, die sich gegen die DEportation von Industrieanlagen durch die sowjetische Militärverwaltung wehrten.
Als mit Beginn der 50er Jahre der Aufbau des Sozialismus zum Staatsziel erklärt wurde, war paradoxerweise das LohnarbeiterInnenverhältnis auf der Produktionsebene fest zementiert. Unter Sozialismus wurde die Hebung der Produktivkräfte über das Niveau der kapitalistischen Konkurrenz hinaus verstanden. Der Staat und damit das Politbüro der SED bekam die alleinige Lenkungsfunktion, in den Betrieben herrschte die Einmannleitung, die einzelenen ArbeiterInnen hatten den Planvorgaben durch Handhebung zuzustimmen. Frühzeitig wurde die tayloristische Arbeitsorganisation und die Akkordarbeit zur Beherrschung der Klasse in den Betrieben eingeführt. Die Lohnabhängigen waren zur gesellschaftlichen Ohnmacht verdammt und entwickleten in diesen entfremdeten Arbeitsverhältnissen die aus dem Kapitalismus bekannte Lohnarbeitermentalität mit dem entsprechenden Folgen der Herausbildung eines kleinbürgerlichen Bewußtseins: Hinnahme, Unterwerfung unter die Befehle von oben, konsumptive Haltung, Desinteresse an gesellschaftlichen Fragen, zu denen sie so und so nicht gefragt wurden.
Nur einmal, während des 17. Juni rebellierte die Klasse gegen diese Form von gesellschaftlicher Arbeitsteilung (Gierek beschrieb sie 1970 so: "Ihr werdet gut arbeiten und wir werden gut regieren"). Die Klasse entwickelte nach dieser gescheiterten Revolte ein listiges System des passiven Widerstands. Die von oben initierten Masseninitiative, wie die Neurerbewegung konnte das Interesse der Klasse an einer Hebung der Arbeitsproduktivität nicht erwecken. Leistungsverweigerung und Absentismus kennzeichnen das Verhalten der IndustriearbeiterInnen. Das System der organisierten Verantwortlosigkeit, wo keiner für nichts zuständig ist, wo alle alles auf den bürokratischen Plan abschieben können, machte das Chaos in der Produktion perfekt. Die Warenmatur der Ware Arbeitskraft wurde unter Honnecker zugegeben und mit dem Prinzip der "materiellen Interessiertheit", der Orientierung auf die Ware Geld und den Konsum versuchte die Partei das Interesse am Arbeitsergebnis zu wecken.
Letztlich war dies die Bankrotterklärung der SED. Sie gestand damit indirekt ein, daß entfremdete Arbeitsverhältnisse fortbestanden und eine Vergesellschaftung der Produktion in die Hände der Klasse ausgeblieben war. Um ihre Herrschaft in der Produktion zu vervollkommnen versuchte die SED wie die KPdSU Wissenschaft und kapitalistische Technologie als Herrschaftsinstrument gegen die ArbeiterInnen in den Betrieben durchzusetzen. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die daraus sich herleitende Rationalität und Objektivität der Herrschaft der Manager und Techniker über die Produktion verdammte die ArbeiterInnen auch in der sozialistischen Produktion zum bloßen Anhängsel der Maschinerie, zu verdummender, repetiver Arbeit. Doch gelang die Durchsetzung der Automatisierung nur mit begrenztem Erfolg. Immer wieder konnten sich die ArbeiterInnen erfolgreich gegen die Durchführung von Rationalisierungsvorhaben wehren, besonders dann, wenn damit eine Prämienkürzung verbunden werden sollte.

Trotz aller ideologischen Verheißungen über die "sozialistische Arbeitsethik" (O-TON der DDR-Arbeitswissenschaftler), die "schöpferisch" ihre Anwendung durch die Betriebskollektive fand, war letztlich in der Produktion die Vereinzelung der Arbeiter das erwünschte, ja aus dem Warencharakter der Produktion auch logisch hervorgehende Ergebnis. Dieser Vereinzelung der Lohnarbeiter entsprach auf der Parteiebene das isolierte Parteimitglied. Eine Kontrolle oder gar Entscheidung über die Politik der Funktionäre war schon seit Stalin's und Lenin's Zeiten als proletarischer Grundsatz verschwunden. Die Partei erscheint so notwendig dem einzelnen Arbeiter wie ein äußeres, von ihm unabhängiges Wesen. Einzig die Partei stellt die Einheit der Klasse, des Klasseninteresses her, die Autonomie im unmittelbaren Produktions- und Reproduktionszusammenhang wird unterdrückt (so Enzo Modugno "Arbeiterautonomie und Partei"). Daß an solch einer Form von Parteivergesellschaftung die ArbeiterInnen keinerlei Interesse haben,dürfte auf der Hand liegen. Partei verkam so zur Karriereleiter und zum Hort des Opportunismus und der Duckmäuserei.

9. Staat, Familie, Individuum - oder warum sind DDR-BürgerInnen auf "Führer" fixiert?

Auf allen gesellschaftlichen Ebenen wurde von der Partei -trotz eines liberalen Scheidungsrechts- die patriarchalische Familie gefördert. Die Lohnarbeitsverhältnisse, der eingestandene Warencharakter der sozialistischen Produktion und Konsumption trug auch mit zur Herausbildung bürgerlicher Verkehrsformen bei. Mit all den uns verhaßten 'Nebenerscheinungen' wie Erziehung zur Sauberkeit, Gehorsam gegenüber dem Vater und natürlich auch den Vorgesetzten, der Unterdrückung einer befreiten Sexualität, einer unglaublichen Spießigkeit (um das heute mitzubekommen braucht mensch sich in Ostberlin nur für ein paar Stunden in einen öffentlichen Park setzen und beobachten wie die Erwachsenen mit ihren Kindern umgehen). Der sich immer steigernde Warenkonsum wurde zum Ersatz und Mittel zugleich für fehlende gesellschaftliche Anerkennung. Die Förderung der "sozialistischen Warengesellschaft" und die systembe-

dingte Unmöglichkeit den Warenhunger in dem Tempo wie der kapitalistische Westen zu befriedigen, führten so logischerweise zu ökonomischen Zusammenbruch des Systems, in dem "alles real ist, nur nicht der Sozialismus" (Dutschke).
Aber wir müssen noch etwas genauer auf den stalinistischen Sozialisationstypus eingehen, denn daraus können wir Erklärungsansätze für die Ursachen des Rassismus und der Anfälligkeit für autoritäre, faschistische Strömungen herleiten.
Das System bewirkte durch seine gesellschaftliche Erziehung in Schule, FDJ, Betrieb, Kinderkrippe usw bei den Individuen eine repressive Fixierung auf Staat und Familie. Dadurch entstand laut dem DDR-Psychiater Maaz eine Charakterverformung die neurotische Züge annahm, es kam zu einer "regelrechten Angst vor Freiheit und Selbstbestimmung": Der stalinistische Sozialisationstypus ruft die "Unterdrückung der Gefühle, Verbot von Wut, Schmerz und Lust, stattdessen Erziehung zu Disziplin und Härte und damit zu einer (Selbst-) Verlogenheit, die schließlich zur zweiten Natur wird " (Maaz)hervor. Dieser Charaktertypus hat auffällig viele Übereinstimmungen mit dem 'autoritären Charakter', den Adorno in den 40 er Jahren bei US-Amerikanern feststellte, die eine Disposition für faschistisches, rassistisches Denken aufweisen. Mit seiner berühmten "F-Skala" hat Adorno Charaktermerkmale beschrieben, die sich fast alle auf die DDR-Durchschnittsbevölkerung anwenden lassen. Wir wollen sie jetzt nicht alle aufzählen, sondern lediglich an einem Beispiel das erläutern mit einem längeren Zitat aus der Arbeit Adornos. Es geht um das Phänomen des 'autoritären Syndroms': "Nach Horkheimers Theorie in der gleichen Arbeit zu 'Autorität und Familie' geht äußere gesellschachtliche Repression mit innere Verdrängung von Triebregungen zusammen. Um die 'Internalisierung' des gesellschaftlichen Zwanges zu erreichen, die dem Individuum stets mehr abverlangt als sie ihm gibt, nimmt dessen Haltung gegenüber der Autorität und ihrer psychologischen Instanz, dem Über-Ich, einen irrationalen Zug an. Das Individuum kann die soziale Anpassung nur vollbringen, wenn es an Gehorsam und Unterordnung Gefallen findet; die sadomasochistische Triebstruktur ist daher beides, Bedingung und Resultat gesellschaftlicher Anpassung". Da bleiben dann Aggressionspotentiale und Ängste übrig. Die können sich an dem Fremden,'Anderen' entladen. Der geforderte blinde Glaube an die Autorität, an Vater Staat, geht einher mit der Bereitschaft das anzugreifen, was vermeintlich störend, schwach ist - die Opfer sind dann immer die vermeintlichen gesellschaftliochen Außenseiter: Die Farbigen, die 'Anderen', die Punks, die Juden usw. Erziehung zu Gehorsam, zur Fixierung auf Nation, Staat, auf "unsere DDR" ist eine der Ursachen für den vorhandenen Rassismus in der DDR-Bevölkerung.
Die SED hat diese Erziehung zur nationalen Identitätsbildung, Staatsfixiertheit tatkräftig gefördert, das kann mensch sehr schön in den einschlägigen Schulbüchern nachlesen, sie hat aber die Folgen: Rassismus und Fremdenhaß nicht sehen wollen bzw in der Öffentlichekeit unterdrückt, wegzensiert. Letztendlich ist die SED dafür mitverantwortlich das es in der DDR Rassismus und Neofaschismus als Massenphänomen gibt. Überhaupt war der Antifaschismus offizielle Staatsdoktrin - und durch die völlige Verkennung der viel komplexeren Ursachen des Nazifaschismus als es mit bloßen Reduktion auf die wirtschaftspolitischen Ursachen die KPD und Komintern erklärte -, ein richtiger gesellschaftlicher Bruch trat in der 40 jährigen DDR-Geschichte - im Gegensatz zur BRD-Studentenbewegung 1968 - nicht auf. Eltern und Staat wurden nie hinterfragt, welche Elemente autoritärer Erziehung, kleinbürgerlicher Spießigkeit sie aus der Zeit des Nazifaschismus mit übernommen hatten - eben weil ja der DDR-Staat von vornherein, quasi per Definition, ein antikapitalistischer und damit eben auch antifaschistischer Staat von Geburt an war. Nur welche Zusammenhänge z.B. die patriarchalische Familie und die Sexualunterdrückung mit autoritären, männlichen Denken hat, wurde nie thematisiert. Das war auch in der Weimarer Zeit in der KPD nicht anders. In den heute noch überall zu kaufenden proletarischen Groschenromanen von Schönstedt u.a. ist häufig von "sittlicher Verwahrlosung", "leichtfertigen Frauenzimmern" zu lesen,für Kommunisten natürlich kein Vorbild. Sondern das ist die anpassungswillige, sich mit ihrer Rolle als Frau, Sexualobjekt und Mutter abfindende proletarische Frau. Die proletarische Familie ist monogam, die geschlechtliche Rollenverteilung und die entsprechende Arbeitsteilung entspricht der aus dem Bürgertum und Patriarchat übernommenen. Befreiung der Frau heißt in der DDR bisher vor allem die Integration in den Produktionsprozeß, staatliche Hilfe bei der Kindererziehung. Ansonsten blieb alles beim alten. Die sexuelle und ökonomische Ausbeutung in der Familie durch den Mann konnte fortgesetzt werden und war natürlich auch nie öffentliches Thema. Genauso wenig wie die Gewalt gegen die Frauen, Kindesmißhandlung usw. Alles öffentliche Tabu-Themen: So konnte auch nicht der Zusammenhang von Frauenunterdrückung, Sexualfeindlicher Erziehung in Familie und Schule und die Herausbildung des autoritären Charakters in der politischen Öffentlichkeit thematisiert werden. Um so hilfloser stand die SED-Führung auch nach der Wende dem an sich ja per Staatsgründung überwundenen faschistischen Denken gegenüber. Die geforderte Anpassung und Unterordnung rief zugleich den Wunsch nach "einem Führer" hervor. Die Angst vor Freiheit und Selbstbestimmung auf allen gesekllschaftlichen Ebenen ist das Resultat einer völlig verfehlten autoritären Partei-Politik, die sich immer gegenüber dem Votum der Klasse, der Massen abgeschottet hat und stattdessen Befehl und Gehorsam predigte. Der offizielle Antifaschismus blieb so immer aufgesetzt, ja die Partei förderte durch die skizzierte Erziehung eher die gegenteilige Tendenz. Die SED hat damit zweifelsohne über 40 er Jahre ihre Herrschaft nach innen absichern können. Aber letztendlich hat die SED damit das System reifgeschossen für "den Anschluß". Das ist die eigentliche Hypothek und die historische Erblast der SED. Durch einen bloßen Namenswechsel kann sich die Partei nicht aus derVerantwoertung stehlen. Zumal sie in ihrem neuen Pareeiprogramm an keiner Stelle auf die von ihr produzierten Charaktermasken des stalinistischen Sozialisatypus eingeht und die patriarchalische Familienstruktur in der DDR leugnet. Natürlich wird auch in der PDS die alltägliche Gewalt der sozialistischen Männer gegen die Frauen zum Tabuthema erklärt. Stalinismus wird immer nur auf die Gleichsetzung von Partei und Staatsapparat und den Stasi bezogen. Daß Stalinismus auch sehr viel mit Familie und autoritärem Charakter zu tun hat, ist bisher nur das Thema von ein paar fortschrittlich DDR-Psychologen.

10. Einige Schlußfolgerungen

Die Krise des Marxismus setzte nicht erst seit der Entdeckung der Verbrechen Stalins ein, sondern spätestens seit dem Scheitern des von den Bolschewiki und der Komintern propagierten Konzepts der "Weltrevolution" im Jahr 1923. Durch Stalin wurde danach das Leninsche Konzept der Diktatur des Proletariats in die Diktatur der Pa rtei über das Proletariat transformiert. In der Geschichte der linksradikalen Bewegung gab es die Kritik am leninschen Konzept der Diktatur des Proletariats seit Bakunin und Luxemburg. Nur gelang es dem bürokratischen Staatskapitalismus unter Stalin immer, den ideologischen Anstrich des Sozialismus mit der Peitsche der Säuberungen und Verfolgungen in der kommunistischen Weltbewegung durchzusetzen - unter Breschnew und Honnecker wurde die Methoden feiner, subtiler, doch die Ausgrenzungen von Trotzkisten oder Anarchisten ging weiter; die Autonomen wurde z.B. bis vor kurzem in der DDR als "kleinbürgerliche Elemente" abgestempelt.

In der BRD-Presse, aber auch in der DDR wird derzeit kräftig an der Gleichsetzung von Stalinismus und Nazifaschismus gearbeitet. Auffällig ist dabei der Versuch, insbesondere von den Herrschenden in der DDR (die bürgerlichen Parteien haben in der BRD ihre Verantwortung für die kollektive Verdrängung des Nazifaschismus schon vor Jahren weit von sich gewiesen), sich der Verantwortung für die Aufrechterhaltung der stalinistischen Herrschaft unter der SED zu entziehen - alle waren nur Mitläufer, alle waren nur Opfer. Und alle wollten doch nur das Eine: bürgerliche Demokratie, Recht und Freiheit. Diesen Unschuldslämmern des Humanismus, die sich in jedem autoritärem System sofort zu den eigentlichen Opfer erklären, hat Andre Glucksmann am Ende seiner Bemerkungen zu Solschenizyn's Archipel GULAG den Spiegel vorgehalten: "Zwischen den Erfindern und den Restaurateuren der bürgerlichen Staaten, zwischen dem von oben eingesetzten jakobinischen Schrecken und den Nazi-Schrecken steht die UdSSR in der Mitte: Mit ihrem Verdächtigungsgesetz und ihren Lagern, unter dem Banner des Marxismus und dem Artikel 58. Nicht der asiatische Despotismus erfand das 'Hopital General', die Guillotine und die einsparende Rationalisierung durch Zwangsarbeit, sondern unser Abendland. Jetzt aber zögert es, seine eigene Geschichte im russischen Spiegel wiederzuerkennen".- Anders gesagt: Wer vom Stalinismus redet, sollte vom alltäglichen Terror des Kapitalismus und seiner humanistischen Verklärung nicht schweigen. Im Namen der Freiheit und des Humanismus werden seit 500 Jahren ganze Erdteile unterjocht, ganze Völker vertrieben, niedergemetzelt und ausgerottet oder in die modernen Zwangsarbeitslager der Weltmarktfabriken der Multis oder die Hungerlager der Homelands und Wehrdörfer gesteckt. Davon redet keine/r der Wendehälse.

Es wird unsere Aufgabe bleiben, den Finger immer wieder auf diese Wunde zu legen. Damit verhindert wird, daß Konservative und Rechte in Ost und West durch die Hochstilisierung der Verbrechen Stalins und seiner Geheimdienste die Verbrechen der Nazis an Kommunisten, Juden u.a. relativieren und damit bagatellisieren. Die Tendenz dazu besteht derzeit in einigen Kreisen in der DDR, wie an dem Beispiel des NKWD-Lagers bei Fürstenwalde, wo Tausende verhungern mußten, es deutlich wird: An die Spitze der Ankläger hat sich eine Frau gesetzt, die in der Nazizeit Mitglied des BDM war!

Große Teile der westdeutschen Linken, vom 'Arbeiterkampf' über 'Konkret' bis hin zu etlichen Autonomen jaulen über den "Zusammenbruch" des realen Sozialismus. Von 'Zusammenbruch' eines Systems, was sich als 'sozialistisch' ausgab, kann jedoch nicht die Rede sein - ganz einfach, weil es diesen Sozialismus (im Marxschen, Luxemburgschen Sinne) nie gab. Erstaunlich, das selbst in der Sowjetunion Parteihistoriker mittlerweile zu dieser Erkenntnis gelangen: "Wir wissen nicht, was Sozialismus ist, aus dem einfachen Grunde, weil es keinen gibt." Und der Historiker Podschekoldin fügt laut FR vom 28.3.90 hinzu, nur in der Auseinandersetzung zwischen 1922 und 1924 habe in der UdSSR eine Chance bestanden, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Erstaunlich, daß die Herrn Gremliza, Reents und die weniger prominenten Autonomenjetzt aus der Sowjetunion links überholt werden!

In West-Berlin ist es in den letzten Monaten zwischen verschiedenen linksradikalen Gruppen (u.a. zwischen Autonomen und den RIM-Leuten) zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. In alter K-Gruppen-Tradition hält die RIM immer noch das Portrait Stalins auf Demos hoch und feierte erst kürzlich seinen 110. Geburtstag. Die Auseinandersetzungen darüber verliefen zumeist höchst polemisch, zu einer sachlich fundierten Debatte um Stalin, Stalinismus und seinen verheerenden Auswirkungen auf die Linke, besonders in der Zeit des "Großen Terrors", fand nicht statt. Hier sollten endlich klare Trennungsstriche zu den Ewig -Gestrigen gezogen werden. Wer heute noch die Stalinschen Methoden der Trennung zwischen 'Revolutionär' und 'Konterrevolutionär', zwischen Parteikarriere und Arbeitslager im Prinzip rechtfertigt, nur das Ausmaß und die "Willkür" kritisiert, der hat in unseren Zusammenhängen nichts zu suchen!

Aber auch zwischen, in den autonomen, antiimperialistischen Gruppen gibt es Verhaltensweisen, Relikte, die aus den eben gar nicht so glorreichen Zeiten der KPD und der Komintern übernommen wurden: An erster Stelle ist der auch unter den Autonomen sehr häufig anzutreffende Dogmatismus zu nennen - wie häufig meinen wir die Wahrheit mit sieben Löffeln gefressen zu haben, die einzig richtige Analyse vorzuweisen und wie schnell trennen wir zwischen 'Revolutionär' und 'Refor-

mist , ohne die einzelnen Personen und deren individuelle Geschichte, Motive zu kennen. Wenn wir mal dann rauskommen aus unserem Ghetto, stellen wir häufig fest, daß die 'Bürgers' gar nicht so blöd sind und auch durchaus ihren Protest in ihre eigenen Formen des Widerstandes umsetzen können.(siehe Wackersdorf, Startbahn oder der an sich von der Definition her 'reformistische' Freundeskreis Hafenstraße).

Überhaupt ist unter den Linksradikalen eine frappante Unfähigkeit zu erkennen, kontroverse Debatten zu führen, Widersprüche, Gegensätze über den'richtigen' Weg zur Revolution auch mal stehen lassen zu können. Sehr häufig haben auch wir die Neigung intern und erst recht nach außen nur eine Linie, eine Meinung gelten zu lassen. Auch hierdrin unterscheiden wir uns gar nicht so sehr von den alten KP's.

Auffällige Parallelen lassen sich auch in unsere Sprache, in den formelhaftigen Worthülsen unserer Flugblätter mit den Flugschriften der Weimarer KPD aufzeigen. Bierernst, humorlos, polit-ökonomischer Jargon, immer abstrakt, seltenst unsere Gefühle rüberbringend - so sehen die meisten Flugis von der Struktur und Sprache aus und ähnlich sich verteufelt mit den Erklärungen der ZK's der KPD. Daß Witz, Lebendigkeit, Betroffenheit und die Schilderung konkreter Geschehnisse die Menschen auf der Straße viel eher ansprechen, daß hat uns am besten die Spaßguerilla in den 60er Jahren gezeigt.

Seit 2, 3 Jahren gibts immer wieder Versuche, die'Organisationsfrage' unter den Linksradikalen neu aufzurollen. Immer wieder wird dabei die Parteifrage aus dem Hut gezaubert . Klar, es wird der demokratische Zentralismus kritisiert, es werden die Auswüchse des Stalinismus und des Personenkults thematisiert, aber eine wirklich fundierte kritische Aufarbeitung der Geschichte der kommunistischen Parteien findet nicht statt. Es wird sich dabei auch nicht die einfache Frage gestellt, ob und wo es jemals eine parteikommunistische Organisierung der Klasse gab, wo es keine hierachische und patriarchalische Struktur in den KP's gab. Es wird nicht genau gefragt, inwieweit die KP's durch ihre Parteistruktur die Herausbildung von proletarischen Selbstbewußtxsein und selbstbestimmten Handeln nicht eher verhindert haben. Solange solche Fragen u.a. nicht geklärt sind, hat es auch keinen Sinn die historisch untergegangenen KP-Strukturen wiederzuerwecken.

Völlig deplaziert scheint mir auch die selbst unter Autonomen feststellbare Symphatie für Gregor Gysi und die PDS zu sein. Solange wir nicht selbst uns die verschiedenen Facetten stalinistischer Herrschaft vor Augen geführt haben, und kritisch die'Bewältigung' der stalinistischen Vergangenheit der PDS hinterfragen, genau hinsehen ob diese Partei jetzt endlich eine egalitäre Struktur entwickelt, entwickeln kann, was sie mit dem riesigen Parteivermögen macht, ob sie es den rechtmäßig zustehenden ArbeiterInnen überschreibt oder ob sie es meistbietend an die Kapitalisten verscheuert - solange sollten wir genauso kritisch diesen Verein unter die Lupe nehmen wie z.B. die 'Radikale Linke'. Unsere lokale und überegionale Organisationsstruktur ist katastrophal. Wir sollten aber nicht in der Verzweifelung darüber nach dem falschen Strohhalm greifen und alte Fehler nur wiederholen. Das wären eher zwei Schritte zurück als ein Schritt vorwärts.
hau

Zu guterletzt das Allerletzte:

Das moralische Gesicht des neuen sozialistischen Menschen,

der sich in dem edlen Kampf um den Sieg des Sozialismus entwickelt, wird bestimmt durch die Einhaltung der grundlegenden Moralgesetze

1. Du sollst Dich stets für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse und aller Werktätigen sowie für die unverbrüchliche Verbundenheit aller sozialistischen Länder einsetzen
2. Du sollst Dein Vaterland lieben und stets bereit sein, Deine ganze Kraft und Fähigkeit für die Verteidigung der Arbeiter-und Bauern-Macht einzusetzen.
3. Du sollst helfen, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen.
4. Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen.
5. Du sollst beim Aufbau des Sozialismus und im Geiste gegenseitigen Hilfe und der kameradschaftlichen Zusammenarbeit handeln, das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.
6. Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.
7. Du sollst stets nach Verbesserung Deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.
8. Du sollst Deine Kinder im Geiste des Friedens und des Sozialismus zu allseitig gebildeten, charakterfesten und körperlich gestählten Menschen erziehen.
9. Du sollst sauber und anständig leben und Deine Familie achten.
10. Du sollst Solidarität mit den um ihre nationale Befreiung kämpfenden und den ihre nationale Unabhängigkeit verteidigenden Völkern üben.

Diese Moralgesetze, diese Gebote der neuen, sozialistischen Sittlichkeit, sind ein fester Bestandteil unserer Weltanschauung.

(Aus dem Referat Walter Ulbrichts auf dem V. Parteitag der SED, 1958)

Schluß mit der Kriminalisierung von AntifaschistInnen !!!

Betrifft: Hausdurchsuchungen am 15.06.1993 in Bremerhaven, Bremen und Berlin

Am 15.06.93 zwischen 9.00 und 12.00 Uhr wurden verschiedene WG's und Wohnungen in Bremerhaven, Bremen und Berlin durchsucht. Als Vorwand für die Durchsuchungen benutzten die Bullen eine Anschuldigung wegen Vorbereitung eines Explosionsverbrechens gegen das DVU-Büro in Bremerhaven im September 1992.
Bei der Durchsuchung wurden die unterschiedlichsten Dinge beschlagnahmt, u.a. eine Gebrauchsanleitung für einen Taschenrechner, Füllgranulat für Jonglierbälle, Zeitschriften und Kalender. Vorübergehend wurden drei Personen festgenommen, wovon eine ED-mißhandelt wurde.
Eine der Beschuldigten war zum Zeitpunkt der Durchsuchung nicht anwesend, was die Bullen zum Anlaß nahmen, gewaltsam in die Wohnung einzudringen.

Wir sehen dieses als Versuch, AntifaschistInnen zu kriminalisieren.
Dadurch sollen Menschen, die sich nicht dem rassistischen Normalzustand beugen wollen, eingeschüchtert werden.
Während bundesweit Menschen von Faschisten tyrannisiert und ermordet werden, hat die Staatsmacht anscheinend nichts wichtigeres zu tun, als weiterhin gegen AntifaschistInnen vorzugehen.

- Einstellung aller Verfahren!
- Rückgabe aller beschlagnahmten Sachen!

Anna und Arthur haltens Maul.
Keine Aussagen an Bullen und Justiz!

Autonome AntifaschistInnen
15.06.93 Fishtown

Nach Anschlag Durchsuchungen

Nordsee Zeitung 16.6.93

Festnahmen zehn Monate nach Tat

Großaktion der Polizei zum versuchten Sprengstoffanschlag auf das Büro der rechtsextremen DVU vom 23. August 1992: In mehreren Städten sind gestern auf Beschluß des Amtsgerichts Bremerhaven Durchsuchungen gelaufen. Drei Verdächtige – zwei in Berlin, einer in der Nähe der Seestadt – sind nach Festnahmen und Verhören wieder auf freiem Fuß.

Bei den Aktionen in Nesse, Bremerhaven, Bremen und Berlin hat die Polizei umfangreiches Beweismaterial gefunden, das in den nächsten Tagen ausgewertet werden soll. Konkrete Ergebnisse gibt es noch nicht.

Bei dem versuchten Anschlag im August hatten die Täter einen selbstgebauten Sprengsatz vor die Tür des DVU-Büros in Surheide gelegt. Durch einen technischen Fehler ging die Bombe nicht hoch, die nach Ansicht der Polizei hohen Sachschaden bewirkt und Familien in einem angrenzenden Wohnhaus gefährdet hätte. Die Kripo rechnet die Täter der linken autonomen Szene zu.

Neue Hinweise erhoffen sich die Beamten (☎ 599 - 333 oder ☎ 599 - 361) von den Sprengsatzteilen. Inzwischen haben sie festgestellt, daß ein kleiner, offener Metallkasten aus Weißblech in einem Lehrbetrieb Bremerhavens hergestellt worden ist. Er ist etwa 20 Zentimeter lang und hat die Form einer Lastwagenkippmulde. Auch dürften nach Ansicht der Polizei ein Achtkant-Doppelgewinde (in Fachkreisen „Doppelnippel" genannt) und die dazu passenden Verschraubkappen aus einem hiesigen Sanitär- oder Werftbetrieb stammen. Sie tragen die Prägung „EO 2W" und „Woeste 2". Die Schaltuhr stammt von Weckuhren der Marken Diehl oder Junghans.

Bekennerbrief


Zu dem versuchten Anschlag hatte sich das „Autonome Antifaschistische Kommando Samuel Yeboah" in einem Schreiben an die NORDSEE-ZEITUNG bekannt. Es legte danach Wert auf die Feststellung, daß es sich um keinen Brand-, sondern um einen Sprengsatz gehandelt habe, der als Warnung an „die rechtsextreme DVU sowie andere faschistische Gruppierungen" verwandt worden sei.

Durchsuchungen und drei Festnahmen

ndt. Im Zusammenhang mit dem versuchten Sprengstoffanschlag auf das Büro der Deutschen Volksunion am 23. August 1992 in Bremerhaven sind jetzt in der Seestadt, in Nesse, Bremen und Berlin gleichzeitig mehrere Wohnungen durchsucht worden. Dabei wurden drei Personen vorläufig verhaftet sowie umfangreiches Belastungsmaterial sichergestellt. Bei dem Sprengsatz, der durch einen technischen Defekt nicht explodierte, handelte es sich um einen Metallkasten aus Weißblech, der, wie die Ermittlungen inzwischen ergeben haben, in einem Bremerhavener Lehrbetrieb hergestellt worden ist. Weitere Hinweise erhoffen sich die Beamten über ein unversehrt aufgefundenes Achtkant-Doppelgewinde mit den Einprägungen „EO2W" und „Woeste 2". Wer Hinweise auf Hersteller oder Verwender der Teile geben kann, wird gebeten, sich mit der Kriminalpolizei in Verbindung zu setzen.

LEBEN ANSTELLE VON BETON

Widerstandscamp gegen den Bau der A33 zwischen Osnabrück und Bielefeld in Dissen



Die A 33 zerschneidet Naturpark

Die A 33 ist eine Ende der 50er Jahre geplante Autobahn von der A 30 bei Osnabrück über Bielefeld und Paderborn zur A 44. Über weite Strecken führt sie durch naturnahe (Feucht)gebiete, eine bislang halbswegs intakte bäuerliche Kulturlandschaft mit zahlreichen Kulturdenkmälern und zerschneidet im Naturpark Nördlicher Teutoburger Wald den Berg in einer Tiefe von mehreren zig Metern. Genau hier hinter einem Bergeinschnitt in Dissen Erpen haben wir uns festgesetzt und werden auch nicht weichen!

Das Camp im Widerstand

Die BesetzerInnen wollen mit ihren Aktionen an Widerstandstraditionslinien zu Beginn der 80er Jahre anknüpfen, als bei Osnabrück mit einem Hüttendorf eine mehrmonatige Bauverzögerung erreicht werden konnte. Diesmal wollen wir erfolgreicher sein und auch mehr bekämpfen als nur die A 33. Es geht um die Wurscht.

Die A 33 - GegnerInnen lehnen die Bonner Betonpolitik, die statt des Ausbaus des ÖPNV auf Landschaftsbetonierung setzt, rundweg ab. Die Bonner Verkehrspolitik wird wieder einmal auf dem Rücken der Armen ausgetragen, die sehen können, wo sie bleiben, wenn sie sich Auto oder Vignette nicht leisten können und aufgrund eines nicht vorhandenen öffentlichen Personennahverkehrs aus dem automobilen Teufelskreis nicht austeigen können

Besetzt!

Seit dem 24. April haben Gegnerinnen und Gegner der A 33 ein Trassenteilstück in Dissen a. T. W. besetzt. Sie demonstrieren damit gegen die A 33, insbesondere auch gegen den sofortigen Vollzug der Baumaßnahme, obwohl selbst vor Gericht noch nicht einmal in der Hauptsache das Verfahren abgeschlossen worden ist.

Solidarität gegen Beton

Mit dem Camp wollen wir ein deutlich sichtbares Zeichen gegen den Autowahn zu setzen, einen Anlaufpunkt zu bilden,
für Menschen, die ausbrechen wollen aus einem betonorientierten Leben,
für Menschen, die schon jahrelang Widerstand gegen die A 33 leisten und trotz ständigen K(r)ampfes mit Behördenwillkür und PolitikerInnenbomierthert ihre Utopien noch nicht aufgegeben haben,
für Menschen, die der Solidarität anderer bedürfen, um ihre Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben in Natur statt in Beton umzusetzen,
für Menschen, die aus dieser Leistungs- und Konsumgesellschaft ausbrechen wollen oder die die Gesellschaft nicht zuläßt,
für Menschen, die schlicht etwas anderes wollen, als diesem Land und einer Regierung zu huldigen.

Wir sind gern bereit, zu euch zu kommen, euch zu informieren mit einer Diaschau übers Camp, die A33 u. ä. Meldet euch

V. i. S. d. P. und Kontaktadresse: A33 - Camp
c/o Dieter Rahmann
An der Bundesstr. 19
4807 Borgholzhausen
Tel.: 05425/5532

Verbringt den Sommer im A33-Camp!

Für ein selbstbestimmtes Leben in Natur statt Beton

Ein Ziel des Camps ist es, den Widerstand gegen die A 33 zu verbreitern. Entsprechend vielschichtig angelegt ist die Themenpalette, in denen die BesetzerInnen politisch tätig sein wollen. Nicht nur Verkehrspolitik, und insbesondere der Verfahrensstand, die Auswirkung der A 33 und der Widerstand gegen die A 33 steht im Mittelpunkt des Camps, auch die Hintergründe dieser Art von Verkehrspolitik, die Verflechtung mit den großen Auto-, Militär-, und Mineralölmultis wird thematisiert. Und entsprechend dem Campmotto ***Leben in Natur statt in Beton*** wird auch Einblick gegeben in ökologische Bauweise und Energieversorgung.

30 Jahre erfolgreicher Widerstand

Der Widerstand gegen die A 33 lief schon seit Beginn der Planung. Obwohl schon die Hälfte der Strecke im Bau ist, ist so ein Widerstand schon beachtlich, wenn man bedenkt, daß es die Betonpolitiker in 30 Jahren trotz übelstem politischen und wirtschaftlichen Druck verschiedenster interessierter Kreise noch nicht zu viel mehr als diesen paar Kilometern geschafft haben. Mitte der 80er Jahre war der Widerstand gegen die A 33 auch bundesweit bekannt. Die Initiativen vor Ort konnten der NRW Landesregierung ein Nein zum Autobahnbau abtrotzen. Damit stellt die A 33 in der Geschichte des bundesdeutschen Autobahnbaus bislang eine einmalige Sonderstellung dar, da nirgendwo sonst der Bund gegen den (verlautbarten) Protest eines Bundeslandes und der betroffenen Kommunen seine Pläne durchzieht. Das hat auch zu Verzögerungen beim Bau geführt.
Aber ein Meinungsumschwung in den kommunalen Räten und bei der NRW-Betonregierung, sowie insbesondere bei der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen bläst den regionalen A 33 GegnerInnen derzeit sehr heftigen Wind ins Gesicht.

!SPENDEN!
Spendenkonto: Kreissparkasse Halle/W, Ktonr. 6514384, Aktionsgruppe gegen A33
BLZ 48051580

Das Informationsbüro "Rote Säge" sucht Menschen, die interessiert sind, die Freiheit aller politischen Gefangenen zu erkämpfen und darüberhinaus sich mit allen möglichen politischen Themen auseinanderzusetzen.

ROTE SÄGE - Falckensteinstraße 46 - 1/36
Öffnungszeiten:
DI 18 - 20 Uhr und Fr 17 - 19 Uhr

Mi 23.6. 20.00 Treffen von Arbeitslosen und Interessierten gegen die Meldepflicht

Do 24.6. 20.00 Veranstaltung zum schwarzen Widerstand in USA mit Videos und Dias. Infocafe Vamos, Marchstr.23





Fr 25.6. 20.00 Infoveranstaltung von ProTotal mit Film "Einberufung".(Potse)
22.00 Solikonzert im Drugstore für Eine-Welt-Laden Baobab mit Aaargh, Abyssinia, Lillywhite (Eintritt frei)
beides Potsdamer Str. 180

Sa 26.6. 15.00 Knastkonzert vorm Knast Moabit
--.-- Kümmerlingparty im Subversiv. Brunnenstr.

So.27.6. 20.00 Film "Der Aufstand" und "AgitProp aus Chile", danach Party für ein Zeitungsprojekt der FMLN. KOB

Seminarreihe zur Politischen Ökonomie Am 27.6.93, 12 Uhr

6. Teil

Wir stellen immer wieder fest, daß wir politische Situationen kritisch erfassen können, es uns aber schwer fällt, Zusammenhänge zu begreifen.
Wir wollen die Hintergründe- daß eben nichts zufällig passiert, sondern mit System- begreifen, um besser zu verstehen, was sich in dieser Welt abspielt

ORT:
LAZ, Crellestr. 22
1000 Berlin 62
U-Bhf Kleistpark
S-Bhf Yorkstr.

Wir wissen, Gemeinsamkeiten lassen sich nicht erzwingen, aber dennoch müssen wir uns wenigstens über unsere Unterschiede austauschen. Ein Minimum an Kommunikation ist notwendig, um gemeinsame Aktionen zu organisieren, die den Herrschenden effektiven Widerstand entgegensetzen.

Veranstaltung:
Fr., 2.Juli 93,
Mehringhof, blauer Salon oder Veranstaltungsraum

19.00 Uhr: Überraschungsfilm aus dem alten Palästina
21.00 Uhr: Diskussion 1.Mai-Nachbereitung, Perspektiven linker Bündnispolitik

Alternative Linke

Das nächste Frauen- und Lesbentreffen zur Vorbereitung von Aktionen gegen imperialistische Kriege ist

am Dienstag den 29.6.93 um 20 Uhr im Blauen Salon im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 1-61.

Termine:

jeden Mo, 19°°-21°° Uhr, Kriegsdienstverweigerungs-Beratung von der IDK

Mi, 30. Juni
21°° Uhr, Clash: "Linie 1" (Film)

CLASH, Uferstr. 13 / Wedding
U-Bhf Pankstr. od Nauener Pl.
Öffnungszeiten: Mo-So ab 19 Uhr

1.Juli

LA MARSEILLAISE F . 1938 OMU

R.: Jean Renoir B.: Jean Renoir, Carl Koch, N. Martel Dreyfuß, Madame Dreyfuß (hist. Beratung)

Film 20.30 Uhr

KAA 14 (Ökodorf)
Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30

VON WEITERSTADT
BIS MOABIT - DYNA, DYNA,
DYNAMIT!

KNASTKONZERT
Vor der JVA Moabit Alt-Moabit 12a

26.6. SA 15⁰⁰
U: Turmstr. S: Bellevue

FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNASTE!